

DANIEL BELLING

Gibt es einen ‚Geist‘ des Finanzmarkt-Kapitalismus?

Zum Aktualitätsgehalt des Ansatzes von
Boltanski/Chiapello

MASTERARBEIT

Arbeit zur Erlangung des Abschlusses
Soziologie Master of Arts

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Max-Weber-Institut für Soziologie
Betreuer: Dr. Mateusz Stachura

Vorgelegt von Daniel Belling
Datum der Abgabe: 18.12.2012

Kontaktadresse:
K4 1
68159 Mannheim
daniel.belling@gmx.com

Inhalt

Einleitung.....	2
I. Die Kontroverse um den ‚neuen Geist‘	5
Zu den Grundlagen der weberianischen Forschungstradition	5
Der moderne rationale Kapitalismus bei Max Weber	7
Kapitalismus und kapitalistischer Geist bei Boltanski und Chiapello	10
Eine wertrationale Fundierung des Kapitalismus	16
II. Die Dynamik des Kapitalismus und der Kritik	20
Die institutionelle Ordnung des Kapitalismus	20
Kritik und Rechtfertigung.....	22
Die Wirkungsweisen der Kritik und die Quellen der Empörung.....	23
Die Formen der Kritik.....	25
Die Einflusspfade der Kritik.....	27
Reaktionen auf die Kritik.....	37
III. Entstehung und Wandel des Finanzmarkt-Kapitalismus	44
Die Entstehung des Finanzmarkt-Kapitalismus	45
Zur Herkunft der Finanzmarkt-Kritik.....	51
Der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus – Eine Beschreibung	57
Rechtfertigungsversuche	61
Schlussbetrachtung: Auf dem Weg zum ‚vierten Geist‘?.....	66
Anhang.....	I
Literatur	II
Zusammenfassung.....	VI
Danksagung	VII

Einleitung

Wie schafft es der Kapitalismus, seine Stabilität zu wahren, obwohl nur ein kleiner Bevölkerungsteil von der Kapitalakkumulation profitiert? Eine Antwort geben Luc Boltanski und Éve Chiapello in ihrer 1999 publizierten Studie „*Le nouvel Esprit du Capitalisme*“ (dt. „*Der neue Geist des Kapitalismus*“, Boltanski/Chiapello 2006): Die Legitimation der kapitalistischen Ordnung ergibt sich aus der Fähigkeit des kapitalistischen Geistes, als Rechtfertigungsordnung die gegen das Wirtschaftssystem gerichtete Kritik zu absorbieren, die kapitalistische Produktion auf Gerechtigkeitsideale zu beziehen und dadurch Arbeitskräfte zu mobilisieren. Sie sehen ihre Studie ausdrücklich als Fortsetzung der von Max Weber begonnenen Kapitalismus-Analyse und behaupten, dass eine Beschreibung des Kapitalismus als mechanisches System, welches sich durch strukturellen Zwang und zweckrationale Orientierung aufrechterhält, zu kurz greift. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist nach Boltanski und Chiapello nur dann überlebensfähig, wenn es wertrationale Komponenten in sich aufnimmt und dadurch die Beteiligten für die Produktion motivieren kann.

Während in der Literatur zahlreiche Erklärungen existieren, die von einer inhärenten Stabilität der Strukturen des Kapitalismus ausgehen oder aufgrund endogener Widersprüche sein Scheitern prognostizieren, gab es bislang kaum Ansätze, die die Stabilität dieses Wirtschaftssystems mit der Legitimation durch die an ihm beteiligten Akteure erklären. Zu dieser Lücke hat nicht zuletzt Max Weber selbst beigetragen, denn die Schlusspassagen seiner Protestantismus-Studie suggerieren, dass der moderne rationale Kapitalismus, sobald er einmal die systemische Form angenommen hat, keiner wertrationalen Stütze mehr bedürfe. Einer solchen Deutung widersprechen Boltanski und Chiapello in ihrer Studie und legen ausführlich dar, dass der kapitalistische Geist mit jedem neuen Produktionsregime in anderer Gestalt in Erscheinung tritt und Rechtfertigungsmuster bereithält, die sich auf außerhalb des Wirtschaftssystems liege Wertmaßstäbe beziehen. Zwar markiert die Berücksichtigung der Wertrationalität für die Stabilität des Wirtschaftssystems eine wichtige Weiterentwicklung in der Kapitalismusforschung. Mit der Betrachtung der Entwicklungen in der Arbeitswelt legen die Autoren den analytischen Fokus allerdings zu eng und blenden so wichtige Veränderungen der institutionellen Konfiguration des Kapitalismus aus.

Mit dem Auftreten des Finanzmarkt-Kapitalismus seit den 80er-Jahren haben sich wesentliche Verschiebungen vollzogen: Das ökonomische Ziel der Profitmaximierung erhält eine historisch einmalige Aufwertung und ist zu seiner Umsetzung nicht mehr unmittelbar an die Produktion gekoppelt. Es scheint so, als ließe sich eine Rechtfertigung für die Beteiligung am Kapitalismus gegenüber der arbeitenden Bevölkerung unter diesen Gegebenheiten nicht mehr länger aufrecht erhalten, da zu vermuten ist, dass die neuen Bereicherungsformen nicht mit ihren Gerechtigkeitsvorstellungen in Einklang zu bringen sind. Auf der anderen Seite scheint die Mobilisation von Arbeitskräften mit der Internationalisierung der Produktion kein größeres Problem mehr zu sein, weshalb auch der kapitalistische Geist an Bedeutung verliert. Aus dem Blickwinkel des Ansatzes von Boltanski und Chiapello würde dies bedeuten, dass die Stabilität des Kapitalismus gefährdet ist, da das zur Legitimation beitragende wertrationale Fundament zusehends erodiert. Indes ließe sich auch folgern, dass ihr Theorierahmen noch nicht ausreichend aufgespannt ist und der Finanzmarkt-Kapitalismus daher nicht adäquat erfasst werden kann. Die vorliegende Arbeit benennt die Schwächen in der Argumentation von Boltanski und Chiapello und erweitert ihren Ansatz so, dass er einer Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung gerecht wird, ohne dabei theoretisch überfrachtet zu werden. Mit dem erweiterten Instrumentarium kann schließlich der zentralen Frage dieser Arbeit nachgegangen werden: *Gibt es einen Geist, der es schafft, den Finanzmarkt-Kapitalismus zu stabilisieren und auf eine legitimierende Basis zu stellen?*

Diese Arbeit ist in drei Kapitel unterteilt: Zunächst wird in *Kapitel I* das theoretische Modell von Boltanski und Chiapello aufbereitet und der Frage nachgegangen, inwiefern ihr Ansatz als Teil eines weberianischen Forschungsprogramms und als Fortsetzung der von Weber begonnenen Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems gesehen werden kann. Das Ziel dieses Kapitels ist es, durch den Abgleich beider Ansätze ein genaueres Bild über die kritischen Punkte in beiden Studien zu bekommen. Aus einer differenzierungstheoretischen Perspektive im Anschluss an Weber wird daraufhin nach wertgeladenen Momenten gesucht, welche für die Stabilität des Kapitalismus unabdingbar sind.

Kapitel II widmet sich der Wandelbarkeit des Kapitalismus, welche bei Boltanski und Chiapello auf das Zusammenspiel aus Kritik am Kapitalismus und der Rechtfertigung durch den kapitalistischen Geist zurückzuführen ist. Ihr Veränderungsmodell trägt zwar den Interessenlagen und Deutungen der Akteure Rechnung und setzt sich so von rein funktionalen

Erklärungen ab, jedoch werden institutionelle Veränderungen, die sich als Prozesse der Ein- und Entbettung auf die gesamte marktwirtschaftliche Ordnung beziehen, unterbewertet. Die an Hirschman (1974) anschließende Unterscheidung von Exit- und Voice-Kritik eignet sich dafür, Pfade aufzuzeigen, auf denen sich die Kritik an der Wirtschaftsordnung äußert.

Schließlich kommen die Erweiterungen des zweiten Kapitels in *Kapitel III* bezogen auf den Finanzmarkt-Kapitalismus zur Anwendung. Es wird aufgezeigt, wie diese neue institutionelle Konfiguration durch Maßnahmen der Deregulierung und dem Aufkommen institutioneller Investoren entstanden ist und inwiefern sie das Motiv der Profitmaximierung aufwertet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wer die Träger der Kritik am Finanzmarkt-Kapitalismus sind – also diejenigen, die die Veränderungen der letzten Jahre beanstanden und die neuen Bereicherungsformen auf den Finanzmärkten für illegitim erachten. Zuletzt wird ausgelotet, inwiefern es einen Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus geben kann, der die Stabilität des Wirtschaftssystems garantiert.

I. Die Kontroverse um den ‚neuen Geist‘

Zu den Grundlagen der weberianischen Forschungstradition

Unzählige Autoren haben sich in ihren Arbeiten auf Max Weber berufen und je nach Bedarf Elemente aus seinen Werken in ihrem Sinne ausgelegt. Anspruchsvoller hingegen ist es, eine Studie durch Weber *methodologisch* anzuleiten – doch dafür lohnt sich ein solches Unterfangen in jedem Fall, denn man entgeht den Fallstricken monokausaler Erklärungsmuster mit universalem Anspruch.¹ Deutlich wird dies anhand der anspruchsvollen Kriterien durch die sich der weberianische Ansatz seine Exklusivität bewahrt und von anderen Theorieschulen unterscheidbar ist: Es reicht nicht, die bekannten Dichotomien zwischen Handlungs- und Ordnungsebene, Materialismus und Idealismus, einer beschreibenden und einer verstehenden Soziologie mit universaler (d.h. gesetzmäßiger) oder beschränkter Geltung aufzumachen. Das weberianische Forschungsprogramm kennzeichnet sich gerade dadurch aus, diese Dichotomien zu überbrücken und sie gleichsam in einen einheitlichen Erklärungsansatz zu integrieren (vgl. Schluchter 2005).

Tatsächlich muss sich eine Studie, sofern sie in der Tradition Webers stehen möchte, in ihrer Erklärungslogik von den monokausalen Erklärungen des Kulturalismus, Materialismus und Funktionalismus abzugrenzen wissen: Zwar gilt im Grundsatz, dass Kulturen für das Handeln der Menschen einen wichtigen Erklärungsfaktor abgeben (Harrison/Huntington 2000), dies erkennt allerdings die Heterogenität der Ideenwelt und kann nicht erklären, warum und vor allem wie *bestimmte* Ideen für Handlungen relevant werden (Interessenbezogenheit von Ideen, vgl. Lepsius 2009). Zwar formt das gesellschaftliche Sein auch das Bewusstsein der Menschen (Marx 1962: 9) und die Strukturen legen dem Akteur ein bestimmtes Verhalten nahe, doch geht aus der bloßen sozialen Lage nur unzureichend hervor, an welchen letzten Zielen sich die Akteure orientieren, auf welcher Grundlage sie also ihre Handlungswahl treffen, demnach welche materiellen *und* ideellen Interessen sie verfolgen (Ideenbezogenheit der Interessen).²

¹ Zu nennen sei hier die ‚neue Kulturtheorie‘ (dazu Pohlmann 2008)

² Wie Weber am Schluss der Protestantischen Ethik schreibt, kann es nicht die Absicht des Forschers sein, „an Stelle einer einseitig ‚materialistischen‘ eine ebenso einseitig spiritualistische kausale Kultur- und Geschichtsdeutung zu setzen. *Beide sind gleich möglich (...)*“ (Weber 1988a: 205, Hervorhebung)

Zwar kann der Funktionalismus mit eingängigen Erklärungen über die Beständigkeit bestimmter institutioneller Ordnungen aufwarten, bekanntermaßen schafft er es aber nicht, den Wandel solcher Ordnungen erklären zu können, da „der Kampf der Interessen, der Streit über Ideen, der Konflikt zwischen Institutionen“ (Lepsius 2009: 7) außer Acht gelassen wird.

Luc Boltanski und Ève Chiapello sind mit ihrer Studie „Der neue Geist des Kapitalismus“ das Wagnis eingegangen, eine Studie im Anschluss an Webers bekannte religionssoziologische Arbeit und unter Verwendung seiner Methodologie anzufertigen. In ihren historischen Abhandlungen legen sie dar, wie sich neue Interessen ausformen, an bestimmte Gerechtigkeitsvorstellungen anknüpfen und schließlich in der Kritik gegen die bestehende Ordnung zum Ausdruck kommen. Ihre methodologisch-individualistische Betrachtungsweise wird dort erkennbar, wo sie die Wandlungen des kapitalistischen Geistes schildern und die ideellen und materiellen Bedürfnisse und Ideenbezüge als Ausgangspunkt dieser Transformation benennen. Sie gehen damit auf Distanz zu einer funktionalistischen Erklärungslogik, die dem kapitalistischen Geist eine Vermittlerrolle zwischen dem sozialen System und der kapitalistischen Mechanik des ökonomischen Systems zuweisen möchte und dabei die Ausgestaltung des Geistes, den Konflikt zwischen verschiedenen Deutungen und die Dynamik der Veränderung des Geistes nicht thematisieren würde. In diesem Sinne *scheint* es angebracht, diese Studie als Teil eines weberianischen Forschungsprogramms zu sehen. Es gibt in der Studie aber ebenso Nachlässigkeiten, die an diesem Prädikat zweifeln lassen.

Bevor inhaltlich auf die Auslegung des Kapitalismus und des kapitalistischen Geistes bei Boltanski und Chiapello eingegangen wird, sollen die Befunde aus Webers „Protestantischer Ethik und der Geist des Kapitalismus“ aus dem Jahr 1905 nochmals aufgenommen und systematisch aufbereitet werden. Da es Weber um die Erklärung der Entstehungs- und Ausbreitungsbedingungen des modernen rationalen Kapitalismus ging, hingegen Boltanski und Chiapello die Bedingungen seiner Erhaltung in den Blick nehmen, ist dieses Vorgehen für ein besseres Verständnis beider Studien plausibel. Im Anschluss daran wird der Frage nachgegangen, inwiefern der Kapitalismus auf eine wertrationale Grundlage angewiesen ist.

im Original). Dazu Lepsius: „Interessen und Ideen bezeichnen so zwei Analyseperspektiven. Wenn man die eine wählt, muß man die andere nicht negieren.“ (Lepsius 2009: 43)

Der moderne rationale Kapitalismus bei Max Weber

Um die Genese des modernen rationalen Kapitalismus zu untersuchen, legt Weber seiner Analyse die Unterscheidung von *Form* und *Geist* zugrunde (Weber 1972: 171; vgl. Bachinger/Matis 2009: 471f.)³. Die Nationalökonomie, so kritisiert er, beziehe sich lediglich auf die Form, also den Kapitalismus als institutionalisiertes System und untersucht Rationalisierungsphänomene unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung. Der Ursprung jenes äußerlich als ‚ökonomisch rational‘ festgelegten Verhaltens bleibt ihnen hingegen fremd. Eine dem Sachverhalt gerecht werdende Untersuchung des Kapitalismus muss demnach auch den kapitalistischen Geist, worunter sämtliche ökonomisch relevante Einstellungen und die Art der Lebensführung zu fassen sind, in seinen jeweiligen historischen Erscheinungsformen mit einbeziehen. Wie Weber hervorhebt kann eine Form mit verschiedenen Arten von Geist gefüllt sein, jedoch setzt mit einem wachsenden Passungsgrad (im Vokabular Webers: die Wahlverwandtschaft) zwischen der Form und einer vorherrschenden Wirtschaftshaltung (dem Geist) ein größerer historischer Entwicklungsschritt in „auch innerlich ungebrochener Einheitlichkeit“ (Weber 1972: 171) ein.

Unter der Anleitung Webers ist es ratsam, das Verhältnis zwischen kapitalistischer Form und kapitalistischem Geist nicht als einseitig determiniert zu betrachten, sondern das wechselseitige Ineinandergreifen nachzuvollziehen. Dies geschieht im Folgenden durch die chronologisch-analytische Einteilung des Rationalisierungsprozesses hin zum modernen Kapitalismus anhand dieses Wechselspiels. Mit der retrospektiven Betrachtungsweise der Protestantismus-Studie werden (1) die *Entstehungsbedingungen*, (2) die *Verbreitungsdynamik* und (3) die *Bedingungen des Fortbestehens* des Kapitalismus als System erklärbar gemacht.⁴

(1) Es war bekanntlich das Anliegen Webers herauszufinden, welche Verkettung von Umständen dazu geführt hat, dass ausgerechnet im Okzident der Kapitalismus, jene „schicksalsvollste Macht unseres modernen Lebens“ (Weber 1988a: 4), in seiner modernen und systemischen Form entstehen konnte. Nach Weber waren sozialökonomische Bedingungen

³ Die weitere Unterscheidung zwischen objektivem Geist und seiner Aneignung als subjektiver Geist, wie sie bei Schluchter (2005: 73ff.) zu finden ist, soll erst an späterer Stelle erfolgen.

⁴ Zweck dieser Gliederung ist es nicht, historische Wegmarken nachzuzeichnen. Dass dieses Unterfangen dennoch möglich ist, zeigt Schluchter (1988: 407ff.) in seiner Ausführung dreier großer Transformationen, die die historische Sonderentwicklung des Okzidents erklären.

(wie etwa die Trennung von Haushalts- und Betriebsvermögen, die Kapitalrechnung, die doppelte Buchführung und die formell freie Lohnarbeit) dafür zwar notwendig, aber nicht Auslöser dieser Entwicklung. Stattdessen behandelt er in seiner Studie die „Bedingtheit der Entstehung einer ‚Wirtschaftsgesinnung‘: Des ‚Ethos‘, einer Wirtschaftsform, durch bestimmte religiöse Glaubensinhalte, und zwar an dem Beispiel der Zusammenhänge des modernen Wirtschaftsethos mit der rationalen Ethik des asketischen Protestantismus.“ (a.a.O.: 12).⁵ Erst der kapitalistische Geist mit seiner asketisch-rationalen Lebensführung konnte in Verbindung mit den vorherrschenden sozioökonomischen Bedingungen jene einzigartige Wirkungsmacht entfalten.

(2) Sodann gilt die Aufmerksamkeit der *Diffusion* der Praktiken, welche durch die planmäßige Berufsarbeit und den Konsumverzicht gekennzeichnet sind und in ihren ökonomischen Wirkungen durch Kapitalbildung und erhöhten Gewinnchancen eine Dynamik entfalten, die allmählich einen immer weiteren Kreis von Menschen auf das Dasein als Berufsmenschen festlegt. Zwar breitet sich die Berufspflicht als kapitalistische Wirtschaftsgesinnung gegen den vorherrschenden Traditionalismus aus, nicht aber der ursprünglich damit verbundene Bewährungsgedanke. Die vom kapitalistischen Geist beseelten Unternehmer reißen die traditionalistisch wirtschaftenden Menschen durch eine Verschärfung ihrer Auslese und Kontrolle aus ihrer Behaglichkeit (a.a.O.: 52) und sorgen auf diese Weise für härteren Wettbewerb zwischen den Produzenten und damit für eine Ausbreitung jener Wirtschaftshaltung. Rastloses Arbeiten hat nun nicht mehr die Erlangung eines Zeichens von Gnadengewissheit zum Ziel, sondern wird von religiösen Glaubensinhalten entkoppelt. Spätestens mit der Etablierung der rationalen Arbeitsorganisation ist der kapitalistische Geist in die Wirtschaftsform eingedrungen und hat die Arbeiter auf ein bestimmtes Wirtschaftshandeln festgelegt. Dies kommt bekanntlich in der Äußerung zum Tragen: „Der Puritaner *wollte* Berufsmensch sein, – wir *müssen* es sein.“ (a.a.O.: 203, Hervorhebung im Original)

(3) Damit erschöpft sich die Untersuchung der kapitalistischen Entwicklung nicht, denn auch die *dauerhafte Stabilität* des Kapitalismus als Wirtschaftssystem muss erklärbar gemacht werden. Man ist nach der Lektüre des letzten Abschnittes der Protestantischen Ethik leicht versucht zu

⁵ Wie Lepsius anmerkt, ist damit zugleich das Programm der Kulturosoziologie benannt, denn es geht ihr um das Zurückführen bestimmter Elemente des sozialen Verhaltens auf die Eigenart bestimmter Ideen, also um die Frage der Handlungsrelevanz von Ideen (Lepsius 2009: 33).

glauben, eine weitere Untersuchung des kapitalistischen Geistes im Zusammenspiel mit der sozioökonomischen Form, diesmal unter dem Aspekt der Bedingungen der Erhaltung des Kapitalismus, sei obsolet. Schließlich macht Weber deutlich, dass der Geist allein für die Genese, nicht aber den Fortbestand des Kapitalismus von Bedeutung war:

„Heute ist ihr Geist – ob endgültig, wer weiß es? – aus diesem Gehäuse entwichen. Der siegreiche Kapitalismus jedenfalls bedarf, seit er auf mechanischer Grundlage ruht, dieser Stütze nicht mehr.“ (Weber 1988a: 204)

Jener von Weber beschriebenen Dynamisierung und Institutionalisierung der Berufspflicht kann sich nunmehr niemand verweigern: Weder kann der Unternehmer im Wettbewerb um Tauschchancen ohne ein Gewinnmotiv dauerhaft bestehen, noch wird der unangepasste Arbeiter sich der Arbeitslosigkeit entziehen können (a.a.O.: 37). Der zum System gewordene Kapitalismus schafft es auf dem Wege der Konkurrenz die Wirtschaftssubjekte heranzuziehen, welche zu seiner Erhaltung notwendig sind. Man kann dieses System für widersinnig halten, doch man kommt nicht von ihm los.

Weber selbst beschreibt den zur Reife gebrachten Kapitalismus als „faktisch unabänderliches Gehäuse“, welches dem Einzelnen „die Normen seines wirtschaftlichen Handelns“ aufzwingt (ebd.). Diese ernüchternde und pessimistische Darstellung verweist darauf, dass jegliche wertrationale Handlungsorientierung, die Arbeit als Selbstzweck ansah, im Imperativ der strukturellen Alternativlosigkeit verdrängt werden musste. Mittlerweile, so ließe sich Weber weiterführen, dominiert eine zweckrationale Handlungsorientierung, wodurch das äußerlich gleiche Arbeitsverhalten wegen seiner Erfolge geschätzt wird (Lepsius 2009: 40). Konstitutiv für die Stabilität des Kapitalismus sind demnach die äußeren Normen der kapitalistischen Mechanik, welche die Individuen verinnerlicht haben, sodass ihnen ihre Wirtschaftshaltung als selbst gewählt erscheint.

Gegen diese Deutung des kapitalistischen Systems spricht ein zweiter Blick auf die letzten Passagen der protestantischen Ethik. Weber verzichtet darauf, eine Prognose für die Zukunft dieses Systems abzugeben und es erscheint daher nicht ausgeschlossen, dass der kapitalistische Geist in anderer Gestalt erneut in Erscheinung tritt. Der nächste Abschnitt wird sich der auf dieser Möglichkeit gründenden Studie von Boltanski und Chiapello zuwenden, bevor im

Anschluss allgemein über die Notwendigkeit einer wertrationalen Fundierung des Kapitalismus diskutiert wird.

Kapitalismus und kapitalistischer Geist bei Boltanski und Chiapello

Im Anschluss an den französischen Historiker Fernand Braudel grenzen Boltanski und Chiapello die Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft voneinander ab: Der *Kapitalismus* beinhaltet seinem Wesen nach die Forderung nach ständiger Reinvestition des Kapitals unter dem Einsatz formell friedlicher Mittel (Boltanski/Chiapello 2006: 39). Die *Marktwirtschaft* beinhaltet demgegenüber die institutionelle Einbettung, welche auf staatlichen und rechtlichen Regelungen und Konventionen beruht und die Selbstregulation der Marktkräfte bedingt. Jene Regeln wirken auf zwei Weisen: Erstens konstituieren sie den Markt, indem sie nicht nur Eigentumsrechte definieren, sondern auch das Verhältnis zwischen Wirtschaftsakteuren und die Rolle des Staates festlegen.⁶ Zweitens wirken diese Regeln hinsichtlich der Wahl der Mittel (sowohl der Ressourcen als auch des Verhaltens) restriktiv und tragen so zur kapitalistischen Selbstbeschränkung bei.

Wenn auch die Marktwirtschaft historisch gesehen schon vor dem modernen rationalen Kapitalismus existierte, so ist sie doch eine notwendige (gleichfalls nicht die einzige) Bedingung für dessen Entfaltung. Nur dort, wo es freie Arbeitsmärkte gibt, Eigentumsrechte definiert sind und die Produkte ohne eine staatliche Festlegung von Preisen und Mengen auf Märkten verkauft werden können, ist der Akkumulationsprozess des Kapitals überhaupt möglich. Zentral ist, dass es dabei gerade nicht um die Anhäufung von Gebrauchswerten (Reichtum), sondern um die planmäßige Reinvestition des Gewinns früherer Perioden und das Ausnutzen von Tauschchancen auf dem Markt geht (Weber 1988a: 4). Da sich der Kapitalbesitzer als Produzent auf dem Markt per Definition in steter Konkurrenz um diese Tauschchancen befindet, besteht für ihn immer die Gefahr

“(...) seinen Einsatz nicht mit Gewinn zurückzuerlangen. Diese Dynamik sorgt für eine ständige Unruhe und liefert dem Kapitalisten ein ausgesprochen mächtiges Motiv der

⁶ Ein Sachverhalt, der in der aktuellen Forschung unter dem Label „Varieties of Capitalism“ aufgegriffen und in inzwischen zahlreichen Untersuchungen zu den Unterschieden zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften verfeinert wurde (vgl. Hall/Soskice 2001).

*Selbsterhaltung, das ihn den Akkumulationsprozess unendlich fortsetzen lässt.“
(Boltanski/Chiapello 2006: 40)*

Im modernen rationalen Kapitalismus wäre es demnach systemisch bedingt, dass der Kapitalbesitzer diesem von Marx als maßlos und endlos beschriebenen Prozess der Kapitalmehrung nachgeht (Marx 1962: 166f.). Dies passiert allerdings nicht dadurch, dass die Kapitalisten ihren Erwerbstrieb nach Gutdünken ausleben, denn ebenso charakteristisch für den modernen Kapitalismus ist die Delegitimierung bestimmter Bereicherungsformen. Hierfür sorgen die äußeren institutionellen und konventionellen Beschränkungen, die zugleich das Kennzeichen der Marktwirtschaft sind.

Bei einer äußeren Beschreibung des Kapitalismus (der kapitalistischen Form) möchten es auch Boltanski und Chiapello nicht belassen, denn die Frage nach der Legitimierbarkeit des Kapitalismus ist damit noch nicht erklärt: Schon allein die Tatsache, dass nur jener kleine Teil von ihm profitiert, der direkt an der Kapitalakkumulation partizipieren kann, der weitaus größere Teil hingegen gezwungen ist, seine Arbeitskraft auf dem Markt zu verdingen, lässt den Kapitalismus als absurdes System dastehen (a.a.O.: 42).⁷ Die Paradoxie liegt darin, dass aber gerade jener Teil an Menschen für die Umwandlung von investiertem Kapital in marktfähige Güter notwendig gebraucht wird: Der Prozess der Kapitalakkumulation, und damit der Kapitalismus, ist zwar auf die Mobilisierung der Arbeitsbevölkerung angewiesen – diese jedoch nicht auf die Kapitalakkumulation.

Wirtschaftswissenschaftlich angeleitete Rechtfertigungen der Form, dass der Kapitalismus in höchstem Maße wachstumsfördernd, in der Güterallokation effizient und Katalysator der individuellen und politischen Freiheit sei, laufen Boltanski und Chiapello zufolge ins Leere. Dahinter steht der Irrglaube, eine Steigerung des Allgemeinwohls schlägt auch jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft als Gewinn zu Buche – ein seit Adam Smith bestehendes Missverständnis (a.a.O.: 49). Tatsächlich kaschiert es die einseitige Zunahme des Gewinns auf Seiten der Kapitaleigner und setzt damit gerade nicht an den lebensweltlichen Problemen der

⁷ Was dieses System vollends irrational erscheinen lässt ist der Umstand, dass die Kapitalbesitzer an einen „endlosen und unersättlichen, durch und durch abstrakten Prozess gekettet [sind], der von der Befriedigung der Konsumbedürfnisse – und seien es auch Luxusbedürfnisse – losgelöst ist.“ (Boltanski/Chiapello 2006: 42) Das bedeutet (zumindest theoretisch), dass im Grunde keiner der Beteiligten irgendeinen Vorteil an diesem System hat.

Menschen an. Diese Rechtfertigungen sind zu statisch und sorgen eher dafür, dass der Kontrast zwischen guten Quartalszahlen der Unternehmen auf der einen, und prekären Arbeitsverhältnissen und Entlassungen auf der anderen Seite zu Ungunsten des Kapitalismus noch verstärkt wird.⁸

Offensichtlich besteht eine Hauptaufgabe des Kapitalismus also darin, die Arbeitswelt so zu gestalten, dass die Unsicherheit der arbeitenden Menschen reduziert wird. Diese Unsicherheit wird nach Boltanski und Chiapello wesentlich durch drei Fragen hervorgerufen, auf die die Menschen vor dem Hintergrund der Bewältigung ihres Alltagslebens eine Antwort haben möchten (vgl. a.a.O.: 54; Hessinger/Wagner 2008: 25):

„— In welcher Form ruft die Einbindung in den Prozess kapitalistischer Akkumulation auch für die Enthusiasmus hervor, die nicht notwendigerweise die sind, die aus den erzielten Profiten den größten Nutzen ziehen? [,Anreizaspekt, D.B.] (...)“

— Wie können die, die in den kapitalistischen Kosmos eingebunden sind, für sich und ihre Kinder eine minimale Absicherung erhalten? [,Sicherheitsaspekt‘]

— Wie lässt sich, im Sinne eines Gemeinwohls, die Teilnahme am kapitalistischen Unternehmen rechtfertigen und im Hinblick auf die Vorwürfe der Ungerechtigkeit die Art verteidigen, mit der dieser Prozess angeregt und geleitet wird? [,Gerechtigkeitsaspekt‘]“ (Boltanski/Chiapello 2001: 462f.)

Der *Anreizaspekt* insistiert auf die aktive Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeit der Arbeitnehmer und betrifft damit unter anderem die Organisation der Arbeit, die ihm freie Handlungsräume jenseits strikter Direktiven bieten sollte. Wenn auch der Begriff „Enthusiasmus“ zu hoch gegriffen scheint (an anderer Stelle wird vom Kapitalismus als „Quelle der Begeisterung“ gesprochen, vgl. Boltanski/Chiapello 2006: 53), so geht es im Wesentlichen darum, ob die eigene Tätigkeit als sinnhaft angesehen werden kann und die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung durch die Arbeit besteht. Von einer Beteiligung am kapitalistischen System

⁸ „Freut sich jeder Arbeitnehmer wirklich darüber, dass seine Arbeit der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts seines Landes dient oder dass sie das Wohl des Konsumenten mehrt? Kann er sich wirklich dafür begeistern, Teil eines Systems zu sein, das der Unternehmens-, Kauf- und Erwerbsfreiheit einen nicht unbeträchtlichen Platz einräumt? Das ist zumindest insofern zweifelhaft, als es ihm schwer fallen dürfte, einen Bezug herzustellen zwischen den allgemeinen Wohltaten und den Lebens- und Arbeitsbedingungen, in denen er und seinesgleichen ihr Dasein fristen“ (Boltanski/Chiapello 2006: 51).

erwarten die Arbeitnehmer ebenso, dass sie dauerhaft von ihrer Arbeit profitieren, den einmal erreichten Lebensstatus halten und an ihre Kinder weitergeben können (ebd.). Der *Sicherheitsaspekt* geht damit über die bloße Absicherung vor prekärer Beschäftigung und die langfristige Bindung an ein Unternehmen hinaus, denn er beinhaltet die umfassendere Forderung nach (materieller) Existenz- und (sozialer) Statussicherung. Da die Arbeitnehmer nicht allein Träger ihrer Arbeitskraft sind, sondern auch bestimmte moralische Vorstellungen besitzen, ist es ihnen ein Anliegen, dass sich ihre Tätigkeit durch einen Nutzen für das Allgemeinwohl rechtfertigen lässt. Das bedeutet zugleich, dass die Leitung des kapitalistischen Unternehmens, in dem ein Arbeitnehmer beschäftigt ist, von bestimmten Bereicherungsformen Abstand nimmt und Rechenschaft über ihr Handeln bezüglich bestimmter Gerechtigkeitsnormen ablegt (*Gerechtigkeitsaspekt*).

Hessinger und Wagner gehen mit ihrer Interpretation der letztgenannten Forderung noch einen Schritt weiter und sehen diese nicht allein auf das eigene Unternehmen beschränkt, sondern beziehen sie auf den Kapitalismus insgesamt (Hessinger/Wagner 2008: 25). Demnach müssen die legitimen Grenzen des Gelderwerbs erkennbar und Überschreitungen sanktionierbar sein. Zwar werden auf diese Weise bestimmte Formen der Bereicherung delegitimiert (wie etwa die Korruption), das Streben nach Rentabilität muss dadurch aber keinesfalls aufgegeben werden. Im Gegenteil wird durch diese Einschränkungen für Investitionen der Kapitalbesitzer Unsicherheit zu Risiko transformiert, wodurch ein größeres Maß an Handlungssicherheit entsteht (Streeck 1997) und zugleich bestimmte Gerechtigkeitsvorstellungen implementiert werden können.

Schon Marx machte darauf aufmerksam, dass spätestens mit dem Heraufkommen der Aktiengesellschaften der Kapitalist keineswegs mehr identisch mit der Geschäftsführung ist, sondern darüber disponieren kann, wer in seinem Auftrag diese Tätigkeit ausführt (Marx 1962: 399f., siehe auch Bell 1975: 68f.). Dies führt dazu, dass auch das Führungspersonal⁹ vom Prozess der Kapitalakkumulation entbunden ist, gleichsam aber die Aufgabe hat, durch die Erwirtschaftung immer neuer Renditen diesen Prozess voranzutreiben. Letztlich verschärft sich bei ihnen das motivationale Defizit, denn sie befinden sich in einer Doppelrolle: Einerseits sind sie in der öffentlichen Wahrnehmung als Arbeitgeber Vertreter des Kapitalismus und damit

⁹ Im weiteren Verlauf dieser Arbeit (wie zuvor auch Boltanski und Chiapello) werden die Begriffe „Führungspersonal“, „leitende Angestellte“, „Manager“ und dergleichen synonym verwendet.

auch Zielscheibe der Kritik, andererseits haben sie als Angestellte ganz ähnliche Forderungen an das System wie die ihnen unterstellten Mitarbeiter (Boltanski/Chiapello 2006: 52). Sie teilen etwa das Bestreben nach größerer Autonomie am Arbeitsplatz und möchten nicht nur in finanzieller Hinsicht abgesichert sein. Gerade weil sie in den Augen der Menschen für das kapitalistische System Pate stehen, ist es ihnen ein Anliegen, Rechtfertigungsmuster zur Hand zu haben, mit denen sie begründen können, weshalb bestimmte Maßnahmen nicht nur aus Unternehmenssicht zweckrational angebracht, sondern auch moralisch geboten sind.

Den Erwartungen der Arbeitnehmer und Führungskräfte kann nicht mit ökonomischen Mitteln begegnet werden: Geld ist der falsche Motivator und entschädigt nicht für das Fehlen von Autonomie, Sicherheit und Gerechtigkeit. Notgedrungen ist der Kapitalismus auf andere Ordnungen verwiesen und muss zur Erhaltung der Kapitalakkumulation Gründe zur Mitwirkung bereithalten, die ihm seinem Wesen nach fremd sind:

“In der Tat ist der Kapitalismus wohl die einzige, zumindest jedoch die wichtigste historische Ordnungsform kollektiver Praktiken, die von der Moralsphäre völlig losgelöst ist. Sie findet ihre eigene Zweckbestimmung in sich selbst (...). Eine Rechtfertigung des Kapitalismus setzt demnach voraus, dass man auf Konstruktionen aus einer anderen Ordnung zurückgreift. Von dort aus werden Ansprüche abgeleitet, die sich grundlegend von den Erfordernissen unterscheiden, zu denen das Profitstreben zwingt.” (Boltanski/Chiapello 2006: 58)

Im Gegensatz zu den Ordnungen anderer Sphären schafft es die Wirtschaft in ihrer kapitalistischen Form nach Boltanski und Chiapello aufgrund ihres anethischen Charakters nicht, aus sich heraus Gründe zur Mitwirkung anzubieten. Damit bleibt die Frage, ob es eine Instanz gibt, die zwischen der Forderung nach Kapitalakkumulation auf der einen, und der Forderung nach Sinnhaftigkeit der Arbeit auf der anderen Seite vermitteln kann. Boltanskis und Chiapellos Antwort darauf ist naheliegend: Es bedarf einer Ideologie, die auf bereits legitimierte Rechtfertigungen anderer Ordnungen zurückgreift und sie so umformt, dass sie ein starkes Motiv für die Beteiligung an der kapitalistischen Produktion erzeugen. Dies ist das Wesen des kapitalistischen Geistes (a.a.O.: 59). Dabei ist der Begriff der Ideologie nicht in dem Sinne zu verstehen, dass sie eine aus Worten errichtete Fassade bildet, mit der die Herrschenden ihre Stellung sichern. Es geht den Autoren gerade darum, den Geist als Vermittler zwischen den

Interessen zu begreifen und die Möglichkeit der durch Kritik bewirkten tatsächlichen Veränderung der kapitalistischen Ordnung bestehen zu lassen.

Im Unterschied zu Max Webers Konzeption wird bei Boltanski und Chiapello der Geist als Garant für die dauerhafte Stabilität der kapitalistischen Ordnung betrachtet, unabhängig welchen normativen Inhaltes sich dieser Geist bedient. Weber sah den kapitalistischen Geist als gewissermaßen naturwüchsiges Produkt eines bestimmten Verhaltens der puritanischen Gläubigen – als *Maxime* der Lebensführung (Ethos), und als ebenso historisch einmalig wie elementar für die *Genese* des Kapitalismus in systemischer Form. Dieser Auffassung folgen die Autoren und konzipieren ihre Arten des kapitalistischen Geist dementsprechend *nicht* als funktionales Äquivalent zu jenem von Weber beschriebenen ursprünglichen Geist.

Hingegen mag es durchaus angebracht erscheinen, die Existenz eines kapitalistischen Geistes als funktional für die *Fortexistenz* des Kapitalismus zu betrachten, denn nichts anderes folgt aus der Darlegung der beiden Autoren. Falsch wäre es hingegen, dabei den konkreten Inhalt des kapitalistischen Geistes unberücksichtigt zu lassen und bei solch einer mechanisch anmutenden Beschreibung stehen zu bleiben.¹⁰ Erst die Analyse des Inhalts gibt Aufschluss darüber, wie es der Kapitalismus schafft, mit den an ihn gerichteten Herausforderungen umzugehen. Dafür muss sich der Geist stets selbst erneuern können, um „dem Rechtfertigungsbedürfnis derjenigen Menschen zu begegnen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt am kapitalistischen Akkumulationsprozess beteiligt sind“ (a.a.O.: 60). Dieser „dialektische Spannungsprozess“ (Pohlmann 2008: 120) zwischen dem Kapitalismus und den kulturellen Werten, die sich anderer Wertigkeitsordnungen entlehnen, ist das Herzstück des Veränderungsmodells bei Boltanski und Chiapello. Bevor darauf aber genauer eingegangen wird, soll im Folgenden diskutiert werden, inwieweit der Kapitalismus als Wirtschaftsordnung wertrational fundiert ist.

¹⁰ Auf diesen Aspekt macht schon Weber in einer Diskussion über seine Protestantismus-Studie aufmerksam: „Sowohl der Begriff: ‚Kapitalismus‘ wie, erst recht, der andere: ‚Geist des Kapitalismus‘ sind nur als ‚idealtypische‘ Denkgebilde konstruierbar. Und zwar beide entweder *abstrakt*, so, daß das *dauernd* Gleichartige in begrifflicher Reinheit herausdestilliert wird: alsdann wird der zweite der beiden Begriffe ziemlich inhaltsleer und fast reine Funktion des ersten. Oder *historisch*: so also, daß ‚idealtypische‘ gedankliche Bilder der – für eine spezifische Epoche im *Gegensatz* zu anderen – *spezifischen* Züge gebildet, die *generell* vorhandenen dabei also als ebenfalls gegeben und bekannt vorausgesetzt werden.“ (Weber 1972: 170, Hervorhebung im Original)

Boltanski und Chiapello bleiben nicht bei der Schilderung der bloßen Notwendigkeit stehen und entschieden sich dafür, jenen zweiten von Weber skizzierten Weg zu gehen. Idealtypisch zeichnen sie dafür die historischen Etappen des kapitalistischen Geistes nach (Boltanski/Chiapello 2006: 54ff.), beziehen allerdings den ursprünglichen Geist aus Webers Protestantismus-Studie nicht mit ein.

Eine wertrationale Fundierung des Kapitalismus

Nachdem der Kapitalismus aus dem *statu nascendi* herausgetreten ist und weltweit Verbreitung fand, müssen Faktoren ausfindig gemacht werden, die konstitutiv für die Stabilität dieses Wirtschaftssystems sind. Boltanski und Chiapello vertreten die These, dass der Kapitalismus es aus sich heraus nicht schafft, Gründe zur Mitwirkung bereitzustellen und daher auf andere Sphären verwiesen ist. Dieser bedeutende Dreh- und Angelpunkt der Studie setzt voraus, dass ökonomisches Handeln zweckrationaler Natur sein muss, denn um größere Menschenmengen zu mobilisieren bedarf es wertrational gestützter Gründe, die in der Wirtschaftssphäre nicht zu finden sind. Die Charakterisierung des Kapitalismus als anethisch bedeutet aber keineswegs, dass er nicht trotzdem von sich aus Gründe zur Mitwirkung bieten könne. Deutlich wird dies in einer an Weber anschließenden differenzierungstheoretischen Betrachtungsweise, welche Motive wirtschaftlichen Handelns hinsichtlich ihres für die Autonomie der Wirtschaftssphäre konstitutiven Charakters untersucht.

Das Heraufkommen des Kapitalismus markiert zugleich auch die Autonomisierung der ökonomischen Sphäre gegenüber anderen Sphären. Eine solche Ausdifferenzierung vollzieht sich stets als selbstreferentielle Schließung des Sinnhorizonts (Schimank 2010: 239), wobei im Sinne Webers diese Selbstreferenz über die letzten Werte einer Sphäre hergestellt wird. Anders ausgedrückt grenzt sich eine Wertsphäre von den anderen erst dadurch ab, dass sie über solche letzten Orientierungspunkte des Handelns verfügt. Schwinn macht deutlich, dass das Gewinnmotiv im Kapitalismus zum Eigenwert geworden ist, welches damit wirtschaftliches Handeln sinnhaft aufladen kann: „Dass ich Gewinn machen will, ist nicht durch den Markt erzwungen, sondern ein wertgesättigtes Motiv, das ich in den Markt hineintrage.“ (Schwinn 2001: 188). Das Gewinnmotiv ist der Wirtschaft zweifelsfrei endogen und für die Abgrenzung gegenüber anderer Wertsphären bedeutsam. Die Wechselseitigkeit von marktbedingtem Anpassungsdruck und dem Gewinnmotiv stellt Schimank heraus, wenn er schreibt:

„Doch auch bloße äußerliche Anpassung zieht Sozialisationseffekte nach sich – insbesondere dann, wenn sie soziale Bestätigung findet. Es wird somit psychologisch nahegelegt und ist psychologisch bequemer, Profitstreben als wertrationale Orientierung zu übernehmen.“ (Schimank 2010: 243)

Selbstverständlich sind auch andere Motive als das unbedingte Streben nach Gewinn in der ökonomischen Sphäre vorhanden, etwa ist auf Seiten der Konsumenten in erster Linie die Bedarfsorientierung anzugeben. Diese ist jedoch ein außerökonomischer Zweck und kann daher für die Wirtschaftssphäre nicht konstitutiv sein, bietet sich jedoch in Form des Konsums selbst als Mittel für die Realisierung des Gewinns an (Schwinn 2001: 191). Die Entstehung des Kapitalismus hat überhaupt erst die Ausdifferenzierung der Wirtschaft als eigene Wertsphäre ermöglicht, denn zur Überwindung des traditionellen, bedürfnisorientierten Wirtschaftens benötigte es dieses durch den kapitalistischen Geist hervorgebrachte Gewinnmotiv. Boltanski und Chiapello liegen durchaus richtig wenn sie vom anethischen Charakter des Kapitalismus sprechen, denn gegenüber nicht-ökonomischer Motive ist die ausdifferenzierte Wirtschaftssphäre in der Tat indifferent. Das bedeutet jedoch nicht, dass deshalb jegliche Wertrationalität auf der Strecke bleibt. Im Gegenteil: Die Wertrationalität liegt gerade in der sinnhaften Verfolgung des Gewinnmotivs als *unbedingtem Eigenwert*. Betrachtet man folglich den Kapitalbesitzer, so geht es ihm um die Erwirtschaftung von Renditen – nicht um diese zum eigenen Konsum zu verwenden, sondern um das Kapital wieder erneut in Umlauf zu bekommen.

Nach Boltanski und Chiapello ist er genötigt dies zu tun, da er sonst in der Konkurrenz mit den anderen Kapitalbesitzern untergehen würde. Doch kann dieses ‚Selbsterhaltungsmotiv‘ keineswegs als ernsthaftes Motiv gesehen werden, da es aus Sicht der Kapitalbesitzer ebenso plausibel, wenn nicht sogar höchst rational wäre, sich als Kapitalbesitzer nur zeitweise an der Akkumulation zu betätigen, und immer nur solange, bis der eigene Konsumbedarf durch den Kapitalgewinn gedeckt ist. Das würde bedeuten, so zu verfahren, wie es Weber dem italienischen Geschäftsmann Jakob Fugger unterstellt hat (Weber 1988a: 33) und wie es unter anderem Kapitalstiftungen für ihren jeweiligen Stiftungszweck praktizieren. In dem Moment aber, in dem das Gewinnmotiv als etwas an sich schon wertbehaftetes angesehen wird, ist die ständige Reinvestition des Kapitals subjektiv rational. Nicht materielle, sondern ideelle Interessen motivieren so den Unternehmer (bei Weber in der Gestalt von Benjamin Franklin, vgl. a.a.O.: 32ff.) zu seinem utilitaristischen Handeln, welches zwar areligiös und amoralisch, aber dennoch intrinsisch motiviert ist. Leider verkennen Boltanski und Chiapello, dass das ständige Reinvestieren des Gewinns *nur äußerlich* als unstillbarer Prozess und wider der

menschlichen Natur der Bedürfnisbefriedigung (Boltanski/Chiapello 2006: 519) beschrieben werden kann, dieser Prozess für die Kapitalbesitzer aber durchaus *subjektiv* rational ist.

Mit dem am Gewinn orientierten Wirtschaftshandeln eng verbunden ist das Leistungsethos, welches „unternehmerische und berufliche Leistungen (...) als hier und jetzt erfahrene Selbstverwirklichung in der Arbeit“ (Schimank 2010: 242) deutet und sich in der „Hingabe an den ‚Beruf‘ des Geldverdienens“ (Weber 1988a: 55) offenbart. Der Kapitalist ist ebenso wenig wie der Unternehmer ein Getriebener des Marktes, sondern sieht mit seinem Handeln selbst schon ein Ethos verbunden, welches umfassender als *Geist des Unternehmertums* bezeichnet werden kann. Wenn demnach kein von außen auferlegter Imperativ zur Kapitalakkumulation existiert, bedeutet dies, dass dieser Geist zugleich ein Geist der Kapitalakkumulation ist. Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Gründe, die als Rechtfertigung des unternehmerischen Handelns Teil dieses Geistes sind, denn auch die Aspekte von Autonomie, Sicherheit und Gerechtigkeit, wie sie bei Boltanski und Chiapello als wesentliche Größen zur Mobilisierung der Arbeitnehmer zu finden sind (Boltanski/Chiapello 2006: 54), können durchaus auch auf die Unternehmer übertragen werden. Seit Schumpeter wird der Kreativität der Unternehmer in der Dynamik der Märkte eine wesentliche Bedeutung zugesprochen. Dieses Wesensmerkmal kann sich schließlich nur dann entfalten, wenn der Spielraum für unternehmerische Entscheidungen groß genug ist und der Unternehmer in seinem Handeln frei von Direktiven bleibt. Gerade dieses hohe Maß an Autonomie bietet, gepaart mit der Idee, einen nicht unerheblichen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten, ein mächtiges Motiv zur Ausübung der Unternehmerrolle. Hinzu tritt für viele Unternehmer die Selbstverständlichkeit, ihr Unternehmen nach moralischen Maßstäben zu führen und sich über die betriebliche Tätigkeit hinaus zu engagieren.

Mit Recht sehen Boltanski und Chiapello diejenigen, die kein Gewinnmotiv auf den Markt haben, von wirtschaftseigenen Gründen zur Mitwirkung unberührt. Die Arbeitnehmer sind nicht auf den Prozess der Kapitalakkumulation angewiesen und müssen daher wie beschrieben mittels der Zuhilfenahme von Motiven anderer Sphären mobilisiert werden. Der Fleiß und die Leistungsbereitschaft (die „berufliche Strebsamkeit“, Schimank 2010: 240) ergibt sich erst durch die Anknüpfung an die vorherrschenden Wertvorstellungen, womit moralische Aspekte Eingang in die Arbeitswelt finden. Dies wäre nicht nötig, wenn man auch den Arbeitnehmern einen gewissen Arbeitsethos, also den unbedingten Eigenwert der Arbeit, unterstellen würde. Der

kapitalistische Geist ist gerade deshalb notwendig, weil die lohnabhängige Beschäftigung keine Erfüllung bietet, sondern primär zweckrational auf außerökonomische Ziele – der Sicherung des Lebensunterhalts und Lebensstandards – ausgerichtet ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit dem Gewinnmotiv zumindest für die Kapitalbesitzer und Unternehmer eine ökonomische Handlungsmaxime existiert, die einen unbedingten Eigenwert besitzt. Der These, wonach der Kapitalismus zu seiner Stabilität die Hilfe eines kapitalistischen Geistes benötigt, kann somit beigeprpflichtet werden, da sonst der Kapitalismus in der Tat ein absurdes System (Boltanski/Chiapello 2006: 42) ist. Dennoch vernachlässigen die Autoren, auch nach Gründen zur Mitwirkung für Unternehmer und Kapitalisten zu suchen und damit die Konzeption des kapitalistischen Geistes breiter aufzustellen.¹¹ Anschließend an Webers Protestantismus-Studie ließe sich dann von einem Geist sprechen, der bestimmte Elemente des ursprünglichen kapitalistischen Geistes tradiert (hier besonders die Idee der Berufspflicht) und um neue Rechtfertigungen, die nicht ökonomischer Natur sein müssen, angereichert wird. So ist der kapitalistische Geist als Leistungsethos durch das Unternehmertum subjektiv angeeignet, beinhaltet aber zugleich Rechtfertigungsmuster gegenüber derjenigen, die vom Prozess der Kapitalakkumulation nicht profitieren.

¹¹ „Der Geist des Kapitalismus verkörpert nun gerade eine solche Gesamtheit von Glaubenssätzen, die mit der kapitalistischen Ordnung verbunden sind und zur Rechtfertigung dieser Ordnung, zur Legitimation und mithin zur Förderung der damit zusammenhängenden Handlungsweisen und Dispositionen beitragen.“ (Boltanski/Chiapello 2006: 46)

II. Die Dynamik des Kapitalismus und der Kritik

Die institutionelle Ordnung des Kapitalismus

In kritischer Auseinandersetzung mit der Studie beklagt Deutschmann den seiner Ansicht nach nicht ausreichend erläuterten Zusammenhang zwischen den vier für den Kapitalismus konstitutiven Elementen Akkumulation, Konkurrenz, Lohnarbeit und Ideologie (Deutschmann 2008a). Wenn auch auf andere Weise, so soll an dieser Stelle versucht werden, den Zusammenhang differenzierungstheoretisch aufzubereiten. Hierfür wird die kapitalistische Ordnung als institutionelles Gefüge betrachtet, für die die Norm der Kapitalakkumulation und der Profitmaximierung per Definition zentral ist. Differenzierungstheoretisch gefasst bedarf es der Ungestörtheit dieses Binnenkriteriums der Wirtschaftssphäre vor äußeren Einmischungen, etwa durch staatliche oder religiöse Direktiven (vgl. Schwinn 2009: 55). Zu diesem unveränderlichen Wesensmerkmal des Kapitalismus gesellen sich solche Normen, die kulturell geprägt und historisch variabel, aber ebenso notwendig für die Stabilität der kapitalistischen Ordnung sind. Sie schirmen die Norm der Akkumulation vor direkten Eingriffen anderer Wertordnungen ab, indem sie auf externe Erwartungen eingehen und so eine äußere Legitimation der Ordnung generieren. Dadurch können sie auf die wesentliche externe Ressource, derer das ökonomische System bedarf, zurückgreifen: Die Mobilisierung der Arbeitskraft ist nur dann gewährleistet, wenn die Organisation der Arbeit so beschaffen ist, dass auf die seitens der Arbeitnehmer bestehenden Bedürfnisse nach Autonomie, Sicherheit und Gerechtigkeit eingegangen wird.

Insofern ist die kapitalistische Ordnung mit einem Haus zu vergleichen, das attraktiv genug sein muss, damit sich Menschen finden, die bereit wären, in ihm zu wohnen. Würde man allein die Fassade nach dem Geschmack der möglichen Bewohner streichen, würde das vermutlich nur Wenige zum Einzug bewegen. Stattdessen muss dieses Haus immer wieder neu renoviert und die Wohnungen so zugeschnitten werden, wie es dem Bedarf der Menschen entspricht. Neue Normen des Wirtschaftens knüpfen an die Ideenwelt der Menschen an und machen so die kapitalistische Ordnung attraktiver. Welche Kriterien die Normen jedoch konkretisieren sollen, damit tatsächlich eine größere Bereitschaft zur Partizipation besteht, bleibt der kapitalistischen Ordnung aufgrund ihres amoralischen Charakters allerdings erst einmal verborgen. Erst der

kapitalistische Geist als Instanz, die zwischen den Wertsphären vermitteln kann, rezipiert die Ideen und Erwartungen und stößt gegebenenfalls Veränderungen der Normen (jedoch nicht der Akkumulationsnorm) an. Im metaphorischen Sinne liefert er die Umbaupläne für das Haus, dessen Statik allerdings unverändert bleibt.

Aus einer marxistischen Perspektive heraus wäre die Möglichkeit der Transformation der ökonomischen Institutionen aufgrund externen Drucks ausgeschlossen, da alle Sphären jenseits der Wirtschaft ökonomisch bedingt und bestimmt sind, keinesfalls aber einen Einfluss auf die ökonomische Grundstruktur ausüben können. Anders Boltanski und Chiapello, deren Geist des Kapitalismus sich gerade dadurch auszeichnet, nicht allein Ideologie zu sein, sondern die Fähigkeit besitzt, dem kapitalistischen Akkumulationsprozess faktisch Grenzen zu setzen: Er institutionalisiert Regeln, durch die bestimmte Bereicherungsformen delegitimiert werden. Wenn die Autoren auch keine Institutionenanalyse betreiben, so sind dennoch Ansätze dafür erkennbar – besonders in der Unterscheidung von Kraftprobe und Bewährungsprobe (Boltanski/Chiapello 2006: 72): Während bei bloßen Kraftproben der *Stärkere* den Sieg davonträgt und der Einsatz der Mittel unlimitiert ist (vergleichbar mit dem „Faustrecht“ des Mittelalters), sind an moralische Maßstäbe rückgebundene und klare Regeln konstitutiv für legitime Bewährungsproben. Sie legen fest, welche Ressourcen eingesetzt werden dürfen, welche Handlungen verboten und welche erlaubt sind, schließlich welche Kombattanten gegeneinander antreten dürfen, ohne dass der Wettbewerb zur Farce verkommt. All dies stellt sicher, dass ein Urteil über die *Wertigkeit* zwischen Personen gefällt werden kann, dass auf allgemein anerkannten Vorstellungen von Gerechtigkeit beruht.¹²

Naheliegend basiert der gesamte Sportbereich auf solchen Regeln und Wertigkeiten und auf der rationalen Zügelung der Akteure in der Ausübung. Das unterscheidet etwa das Boxen im Ring von einfachen Schlägereien oder Krawallen, bei denen die Grenze zwischen zweckrationalem und affektuelltem Handeln verschwimmt. Während der Sportler für seine Siege gefeiert und ihm öffentlich Anerkennung zu Teil wird, wird der Schläger einer gewalttätigen Handlung angeklagt und seiner Tat entsprechend sanktioniert.

¹² Boltanski und Chiapello bezeichnen diese Wertigkeitsordnungen als „Poleis“ (sing. „Polis“; in der franz. Originalausgabe „Cité“). In einer früheren Studie, die hierfür als Grundlage diente, wurden sieben Poleis aus zumeist philosophischen Werken hergeleitet und als idealtypische Wertigkeitsordnungen gesetzt (Boltanski/Thévenot 2007).

Die Aufgabe ist es nun, die Bedingungen herauszustellen, zu denen etwa der Marktwettbewerb und die Konkurrenz zwischen den Kapitalbesitzern einer legitimen Bewährungsprobe entspricht und dem Sieger einer solchen Prüfung nicht nur der finanzielle Gewinn zukommt, sondern ihm auch Anerkennung zu Teil wird. Ebenso muss herausgestellt werden, wann sich die Bewährungsprobe zu einer Kraftprobe degeneriert. In diesem Fall werden die Wertigkeitsprüfungen durch den versteckten Einsatz illegitimer Ressourcen oder anhand als illegitim erachteter Kriterien ausgehebelt, etwa wenn die qualifikationsbezogene durch eine an den Markterfolg gekoppelte Entlohnung ersetzt (vgl. Hessinger/Wagner 2008: 27) oder einer Erhöhung der Tariflöhne mit Standortverlagerungen entgegnet wird.

Diese Pendelbewegung zwischen einem „Regime der legitimen Bewährungsproben“ und einem „Regime der Verlagerung und Verschiebung“ (ebd.) in der Wirtschaftssphäre kann als Wechselspiel zwischen den Prozessen der institutionellen Ein- und Entbettung gesehen werden. Werden die legitimen Regeln des kapitalistischen Spiels nicht eingehalten, passiert dies erst im Verborgenen und wird, sobald der Fall an die Öffentlichkeit kommt, skandalisiert. Die Empörung als emotionale Ausdrucksform (Boltanski/Chiapello 2006: 524) mündet in die Forderung nach einer Straffung der Bewährungsprobe, sodass hierdurch eine Institutionalisierung neuer Regeln angestoßen werden kann. Somit übernehmen die an den Kapitalismus gerichteten Erwartungen nach Einhaltung der legitimen Regeln eine dauerhafte Kontrollfunktion. Die Veränderung der Institutionen ist allerdings nicht zwangsläufig, denn der Geist des Kapitalismus kennt durchaus auch andere Reaktionen auf die Kritik am Kapitalismus.

Kritik und Rechtfertigung

Kritik ist nach Boltanski und Chiapello ein elementarer Bestandteil zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Den Autoren zufolge ist es nicht der strukturelle Zwang des Kapitalismus, der dieser Ordnung die nötige Stabilität verleiht, denn das würde bedeuten, dass sich der Kapitalismus nur durch endogene Dynamiken wandelt bzw. selbst überwindet. Selbstverständlich gibt es diese endogenen Dynamiken, denn innerhalb der Wirtschaftssphäre brodelte es unentwegt: Angefangen mit dem Konflikt um die Lohn-Profit-Umverteilung, über technologische Neuerungen, die ganz neue Märkte schaffen und neue Produktionsregime etablieren können (naheliegender ist Schumpeters Theorie über die ‚Schöpferische Zerstörung‘), bis hin zu möglichen grundlegenden Antagonismen, wie dem von Marx eingeführten

Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Der Blick von Boltanski und Chiapello richtet sich allerdings nicht auf die ökonomisch bedingten Veränderungen derjenigen institutionellen Ordnung, in die die Wirtschaftsprozesse eingebettet sind. Sie interessieren sich vielmehr für die Fähigkeit des Kapitalismus, sich *äußeren Erwartungen* anzupassen. Kritik am Kapitalismus wird bei ihnen zum wesentlichen Stabilitätsfaktor des Kapitalismus, denn sie transportiert Erwartungen, listet Defizite auf und ermöglicht auf diesem Wege die Überarbeitung der Rechtfertigungsmuster durch den kapitalistischen Geist. Ausgehend von den Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen (den „Poleis“, vgl. Boltanski/Chiapello 2006: 61ff.) wird Kritik zum wesentlichen Korrektiv der kapitalistischen Ordnung.

In den folgenden Abschnitten werden die drei bei Boltanski und Chiapello zentralen Unterscheidungskriterien der Kritik vorgestellt: Die *Wirkungsweisen* der Kritik verweist auf die intendierte und tatsächliche Veränderung der kapitalistischen Struktur und des Geistes; die *Quellen der Empörung* geben Aufschluss darüber, wodurch die Kritik am Kapitalismus erregt wird; die *Kritikformen* legen dar, in welchen Aktionen sich die Kritik manifestiert und wie sehr dadurch die Fürsprecher des Kapitalismus unter Druck geraten. Anschließend soll mit der Unterscheidung von *Kritikpfaden* ein viertes Kriterium eingeführt werden, welches das Veränderungsmodell der Autoren auf eine breitere Basis stellen möchte.

Die Wirkungsweisen der Kritik und die Quellen der Empörung

Wie beschrieben kann Kritik als funktional erachtet werden, da sie Veränderungen der kapitalistischen Struktur anstößt, ohne den Kapitalismus als solchen zu destabilisieren. Der Effekt der Kritik kann aber keineswegs konkret vorhergesagt werden, denn hierfür bedarf es einer tiefergehenden Beschäftigung mit den Motivationen und Intentionen der sich kritisch äussernden Personen wie auch der Deutungsfähigkeit und des Umsetzungswillens der adressierten Vertreter des Kapitalismus. Zwar erfolgt auf jede Kritik eine Reaktion – welchen Charakter diese allerdings hat, ist unbestimmt. Die Autoren machen dennoch drei denkbare *Wirkungsweisen* der Kritik aus (Boltanski/Chiapello 2006: 69f.):

(1) Die *korrektive Kritik* übernimmt die Aufgabe, die Bewährungsproben auf ihren Legitimationsgehalt auf Basis der bisher anerkannten Polis hin zu überprüfen und Alarm zu

schlagen, sollte diese Wertigkeitsordnung verletzt werden. Während der fordistischen Periode wurde es beispielsweise als gerecht angesehen, wenn der unternehmensinterne Aufstieg mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit gekoppelt war. Das Senioritätsprinzip war die organisatorische Umsetzung des Ideals der familienweltlichen Polis, welche die Wertigkeit von Personen mitunter an ihr Alter knüpfte. Kritik wurde laut, als dieses Prinzip durch die Anwerbung jüngerer Führungskräfte über unternehmensexterne Arbeitsmärkte zu kippen drohte.

(2) Kritik kann andererseits auch dafür sorgen, dass der kapitalistischen Ordnung die bisherige legitime Grundlage entzogen und der kapitalistische Geist dysfunktional wird. Im Gegensatz zur korrektiven Kritik wird von der *radikalen Kritik* nicht die Schläffheit der legitimen Bewährungsprobe angesichts der bisherigen Wertigkeitsordnung als defizitär erachtet, sondern sie wird in Gänze delegitimiert. Solche Umbruchphasen widerfuhren dem Kapitalismus nach Boltanski und Chiapello historisch bislang zweimal und jedes Mal war das Produkt eine neue Erscheinungsform des kapitalistischen Geistes. Erstmals geschah dies mit der Hinwendung zur Massenproduktion in den 30er-Jahren und schließlich in den 70er-Jahren, als der Geist der fordistischen Ära im Zuge der 68er-Revolution zum Opfer der Forderungen nach größerer Autonomie und Kreativität wurde. Ausführlich legen Boltanski und Chiapello dar, wie eine neue Wertigkeitsordnung, die projektbasierte Polis, entstand und zur Basis für die Heranbildung des neuen kapitalistischen Geistes wurde, der die Sicherheit der langfristigen Festanstellung in einem Unternehmen gegen die (vermeintliche) Autonomie einer projektförmigen Beschäftigung eintauschte (a.a.O.: 152ff.).

(3) Nicht immer sind die Reaktionen der Verantwortlichen des Kapitalismus im Sinne der Kritik. Besonders die korrektive Kritik ist aufgrund ihres eher starren Orientierungsrahmens anfällig für „*Mikroverschiebungen*“ (a.a.O.: 76f.), durch die sich der Kapitalismus der Kritik zumindest zeitweise entziehen kann. Da er der Kritik für kurze Zeit ihren Gegenstand beraubt, muss sich diese erst wieder ideologisch neu ordnen und die neue Situation noch einmal evaluieren. Unterdessen ist es möglich, dass die Kapitalbesitzer und Vorstände ihre Maßnahmen zur Veränderung des Produktionsprozesses ungehindert implementieren können und neuerliche Kritik erst zu spät einsetzt. Auf die Mikroverschiebungen wird am Ende dieses Kapitels nochmals ausführlicher eingegangen werden.

Neben der Unterscheidung der Kritik nach ihren Wirkungsweisen differenzieren die Autoren auch nach den *Quellen der Empörung*, aus denen sich die Kritik speist (a.a.O.: 80ff.): Die Sozialkritik erblickt im Kapitalismus die Quelle der Armut und Ungleichheit, des Opportunismus und Egoismus und steht in der Tradition der Arbeiterbewegung, weshalb vor allem Gewerkschaften die Träger dieser Kritikform sind. Daneben machen Boltanski und Chiapello die Künstlerkritik als neuere Kritikform aus, welche den Kapitalismus aufgrund seiner fehlenden Authentizität und der Unterdrückung des Menschen durch den Markt rügt. Als Träger der Künstlerkritik hat sich historisch die 68er-Bewegung aufgetan, denn ihr Bestreben nach individueller Freiheit und einem selbstbestimmten Leben wandelte sich in der Folge zur Forderung nach größerer Autonomie und dem Abbau von Hierarchien in der Arbeitswelt (vgl. a.a.O.: 213ff.). Zwar ist es den Kritikern prinzipiell möglich, Sozialkritik und Künstlerkritik in gleicher Weise auf die politische Agenda zu setzen, denn einen grundlegenden Widerspruch zwischen ihnen gibt es nicht. Glaubt man den Autoren, so hat sich aber gezeigt, dass die Sozialkritik inzwischen zurückgedrängt wurde und stattdessen die Künstlerkritik ihre Wirksamkeit entfalten konnte.

Die Formen der Kritik

Die Autoren nehmen an verschiedenen Stellen ihrer Studie Bezug auf Albert O. Hirschmans Arbeit „Exit, Voice and Loyalty“ (dt. „Abwanderung und Widerspruch“, Hirschman 1974), welches sich als Grundlage für die Analyse verschiedener Handlungsformen, durch die sich Kritik äußern kann, durchaus eignet. Darin untersucht Hirschman die Formen und Wirkungen zweier grundlegender Reaktionsweisen auf Leistungsverschlechterungen eines Produkts oder einer Organisation. Er kritisiert dabei die Nationalökonomie und die Politologie, die jeweils nur eine Reaktionsweise auf Leistungsverschlechterung kennen, obwohl die Abwanderung und der Widerspruch jeweils auf ihre Art wirkungsvoll sein können:

„Es liegt auf der Hand, daß auf beiden Seiten Leidenschaften und Vorurteile abgebaut werden müssen, wenn die außergewöhnliche Chance genutzt werden soll zu beobachten, wie ein typischer Marktmechanismus und ein typischer nicht marktmäßiger, politischer Mechanismus Seite an Seite wirken, möglicherweise harmonisch und einander gegenseitig unterstützend, möglicherweise aber auch so, daß sie einander behindern und in ihrer Wirksamkeit stören.“ (Hirschman 1974: 15)

Die Reaktionsweise *Abwanderung* hängt direkt mit der Kauf- oder Mitgliedschaftsentscheidung der Personen zusammen, denn für sie besteht stets die Möglichkeit, im nächsten Moment ein Konkurrenzprodukt zu kaufen oder die Organisation zu verlassen. Dies erzeugt durch den Rückgang an Einkünften oder der Mitgliederzahl einen Druck auf die Leitung der Organisation, den Grund für dieses Verhalten ausfindig zu machen und Nachbesserungen anzustellen (a.a.O.: 4). Interessant ist diese Reaktionsweise besonders für die neoklassisch geprägte Volkswirtschaftslehre, da sie die Effizienz freier Wettbewerbsmärkte, in der sich ein Unternehmen auf dem Markt nur vermittels des Eingehens auf die Kundschaft bewähren kann, zu untermauern scheint.¹³ Dem widerspricht Hirschman indem er herausstellt, dass bei einem möglichen Leistungsrückgang aller Unternehmen einer Branche für den Kunden keine Ausweichmöglichkeit mehr besteht (a.a.O.: 21f.). In diesem Fall bleibt die von den Ökonomen nur stiefmütterlich behandelte Reaktionsweise *Widerspruch* die einzige Option. Vermutlich aufgrund der vielfältigen Gestalt, in der sich Unmut äußern kann, und den auf den ersten Blick wenig konkretisierbaren Wirkungen, scheint der Widerspruch für die Neoklassik modelluntauglich und daher vernachlässigbar zu sein. Jedoch transportiert der Widerspruch den Informationsgehalt darüber, was verbessert werden muss und entfaltet damit auch eine aufmerksamkeitssteigernde Wirkung, bis hin zu öffentlicher Skandalisierung (a.a.O.: 38).

Geht es bei Hirschman noch um die Reaktionsweisen bei einem Leistungsabfall von Unternehmen und Organisationen, wenden Boltanski und Chiapello diese für die Kritik an der kapitalistischen Ordnung insgesamt an (Boltanski/Chiapello 2006: 86f., 522). Der Widerspruch (*Voice-Kritik*) verbalisiert den Unmut der Arbeitnehmer, ermöglicht es den Fürsprechern des Kapitalismus aber gleichfalls, darauf angemessene Rechtfertigungen zu entwickeln. Die Abwanderung (*Exit-Kritik*) bezieht auch bei ihnen auf das Konkurrenzverhältnis zwischen den Unternehmen, die sich stets an die Wünsche der Kunden und Arbeitnehmer anpassen müssen, damit diese einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Mitbewerbern haben. Diese an Hirschman orientierte Kritikform ist mit dem Markt durchaus kompatibel und entspricht der endogenen Dynamik des Kapitalismus. Handelt es sich in der Ausübung der Kritik allerdings um eine dauerhafte (wenngleich nicht langfristige) Verweigerung der aktiven Teilnahme am

¹³ Diese Annahme findet sich bekanntlich schon bei Adam Smith: „It is not from the benevolence of the butcher, the brewer, or the baker, that we expect our dinner, but from their regard to their own interest. We address ourselves, not to their humanity but to their self-love, and never talk to them of our own necessities but of their advantages.” (Smith 1904: 7)

Produktions- oder Marktprozess, geraten die Vertreter des Kapitalismus unter Druck und müssen strukturelle Reformen an der kapitalistischen Ordnung vornehmen. Abweichend von Boltanski und Chiapello ist es für den Fortgang dieser Arbeit angebracht, eine weitere Unterscheidung der Exit-Kritik vorzunehmen: Während die *marktkonforme* Kritik durchaus im Sinne des Wettbewerbs ist und durch die Marktanpassung der Produzenten möglicherweise wohlfahrtssteigernde Resultate erbringen kann, wirkt die *marktfremde* Kritik destruktiv auf die Legitimation der Bewährungsprobe, da sie dem gesamten Markt Ressourcen (Arbeitskraft, Kaufkraft, Kapital etc.) entzieht.

Als eine Ordnung, deren Koordination im Wesentlichen über Märkte stattfindet, ist der Kapitalismus in gewisser Hinsicht flexibel genug, um auf die Bedürfnisse der Kunden einzugehen. Die marktkonforme Exit-Kritik ist somit ein Charakteristikum für die kapitalistische Dynamik und wirkt mitunter strukturverändernd auf die Produktion ein. Verbale Protestbekundungen gegen die Erosion legitimer Bewährungsproben können daneben für einen Rückgang der Gewinnspanne sorgen. Für die Ausbildung des kapitalistischen Geistes ist die Voice-Kritik zentral, denn mit ihr liegen die Forderungen an den Kapitalismus artikuliert vor. Gepaart mit der marktfremden Exit-Kritik, d.h. dem dauerhaften Entzug wichtiger Ressourcen, kann sie auf eine Veränderung der kapitalistischen Ordnung hinwirken, ja diese unabwendbar machen.

Die Einflusspfade der Kritik

In ihrer Studie legen Boltanski und Chiapello den Fokus auf die Veränderung von Produktionsregimen und gehen davon aus, dass für jedes Regime ein bestimmter kapitalistischer Geist steht, der es schafft, die Mobilisierung der Arbeitskräfte zu gewährleisten. Das Desinteresse an allem, was jenseits der Produktionssphäre liegt, scheint vor dieser thematischen Engführung nachvollziehbar. Schon bei Weber bezog sich der Geist auf die Arbeitsmotivation, nicht aber auf die Konsummotivation oder auf generelle normative Vorstellungen des Wirtschaftens.¹⁴ Bezieht sich die Kritik auch primär auf die Organisation der

¹⁴ Ein Autor, der auch die Motivation der Menschen in der Konsumsphäre in den Blick nimmt, ist Daniel Bell in seinem Werk „The cultural Contradictions of Capitalism“ (dt. „Die Zukunft der westlichen Welt“, Bell 1976). Dabei kritisiert er, dass die puritanischen Tugenden der Sparsamkeit und Enthaltbarkeit, wie sie in der Produktion gebraucht werden, dem Hedonismus des Konsums preisgegeben werden: „Einerseits möchten die Wirtschaftsunternehmen, daß der Mensch hart

Arbeit, ist es dennoch möglich, dieses Konzept auch auf andere Bereiche anzuwenden. Zu diesem Zweck werden die Akteure in ihren Rollen als Produzenten, Verbraucher und Bürger betrachtet und die Adressaten der Kritik ausfindig gemacht. Grundsätzlich gilt die Annahme, dass wirkungsvolle Kritik an den Bewährungsproben nicht notwendig auf dem von Boltanski und Chiapello beschriebenen Weg des innerbetrieblichen Protests geäußert werden muss, sondern auch in anderen Protestformen zum Ausdruck kommen kann. Die folgenden drei Kritikpfade werden dies unter Berücksichtigung der Kritikformen (Voice und Exit) verdeutlichen.

Produzentenkritik

Als Produzenten sollen *Arbeitnehmer* bezeichnet werden, also Personen, die lohnabhängig beschäftigt sind und weder über eine nennenswerte Beteiligung am Unternehmen noch über ein Mitspracherecht in der Geschäftsführung besitzen. Ihre Ressource ist die *Arbeitskraft* (worunter auch ihre Qualifikationen gefasst werden), die sie auf dem Arbeitsmarkt anbieten und in den Betrieben zur Wertschöpfung einsetzen. Ihr gemeinsames Interesse gilt der Erhaltung von Arbeitsplätzen zu angemessenen Löhnen, sowie einer Arbeitswelt, die sich an den Prinzipien von *Autonomie, Sicherheit und Gerechtigkeit* orientiert. Zumindest die materiellen Interessen der Arbeitnehmer werden traditionell durch *Gewerkschaften*, welche als kollektive Großorganisationen Druck auf die Arbeitgeber ausüben können, vertreten.

Ausführlich beschreiben Boltanski und Chiapello die Ablösung des Geistes des fordistischen Produktionsregimes durch den neuen Geist des Kapitalismus. Für den interessierten Leser stellt sich die Frage, weshalb eine offenbar stabile Ordnung, in der die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer eine feste Größe darstellten, als beengend angesehen wurde und der Wunsch nach größerer Autonomie aufkeimte. Zwar war und ist die Form der Arbeitsbeziehung in Frankreich nicht so sehr institutionalisiert wie in Deutschland, dennoch konnten die Forderungen nach Lohnerhöhungen größtenteils antizipiert und umgesetzt werden, ohne dabei das kapitalistische System ernsthaft in Gefahr zu bringen. Ähnlich wie in Deutschland konnte so

arbeitet, eine Karriere anstrebt, Aufschub von Befriedigungen hinnimmt – daß er, im kruden Sinne, ein Organisationsmensch ist. Im Gegensatz dazu propagieren sie in der Werbung und mit den Produkten Lust und Vergnügen, sofortigen Spaß, Erholung und Sichgehenlassen. Man hat am Tage ‚korrekt‘ und am Abend ‚Herumtreiber‘ zu sein.“ (a.a.O.: 90) Gut möglich, dass es sich hierbei um einen Scheinwiderspruch handelt, etwa weil Arbeit dann als Mittel zum Zweck des Konsumierens aufgefasst werden könnte. Kritikwürdig ist in jedem Fall die einseitige Betrachtung des Konsumenten als passives und hedonistisches Wesen, welches sich von Marketing und Werbung total (!) verführen lässt (vgl. a.a.O.: 88f.).

ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Profiten und Löhnen geschaffen werden. Welchen Grund hätten die Arbeitnehmer demnach, sich gegen dieses Produktionsregime mit seiner Arbeitsorganisation zur Wehr zu setzen?

Boltanski und Chiapello setzen die Künstlerkritik der 68er-Bewegung an den Anfang der Transformation des Kapitalismus. Bekanntermaßen ging es den im Wesentlichen marxistisch geprägten Studenten um die Überwindung des kapitalistischen Systems, was seinen Niederschlag auch in den Forderungen nach antiautoritären und hierarchiefreien Strukturen fand. Was in Deutschland nicht gelang, konnte für Frankreich im Mai 1968 attestiert werden: Studenten und Arbeiter verbündeten sich, wodurch sich die Empörung über Entfremdung, Unterdrückung und das „Elend des Alltags“ mit dem (immerwährenden) Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, dem Egoismus der kapitalistischen Oligarchie und gegen die Nichtbeteiligung an Wachstumsgewinnen vermengte (Boltanski/Chiapello 2006: 216).

Voice-Kritik. Mit den Ereignissen in Frankreich war der Grundstein für die anstehende Veränderung gelegt, der sich in den Betrieben als „Desorganisation der Produktion“ (a.a.O.: 220f.) manifestierte. Durch vermehrte Arbeitsfehlzeiten und Streiktage wurde der Druck schließlich so enorm, dass eine Reaktion seitens der Arbeitgeber aus finanziellen Überlegungen heraus erfolgen musste. Auslöser von Veränderungen ist daher erst der vorübergehende Entzug der Arbeitskraft, der allein noch keine Abwanderung, sondern einen wirksamen Widerspruch darstellte. In Deutschland wird wirksamer Widerspruch nach wie vor von den Gewerkschaften organisiert, wobei der Arbeitskampf bis zu einem gewissen Grad unter gesetzlichem Schutz steht. So gehören Streiks, Aussperrungen und Verhandlungen zu einem quasi-routinisierten Prozess und machen Aktionen im französischen Ausmaß unwahrscheinlich.

Exit-Kritik. Wanderungsbewegungen über den Arbeitsmarkt und zwischen den Arbeitgebern können als Abwanderung bezeichnet werden. Auch im Zuge der Proteste nach 1968 gab es eine größere Kündigungswelle, welche dieser zweiten Reaktionsweise zugerechnet werden kann. Bei einem gegebenen Produktionsregime ist es eher unwahrscheinlich einen neuen Arbeitgeber zu finden, der die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen bereits umgesetzt hat. So ist eine marktkonforme Exit-Kritik eher schwierig und nur dort möglich, wo die Arbeitnehmer über Qualifikationen verfügen, die sie in eine bessere Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt bringen. Die marktfremde Exit-Kritik auf der anderen Seite ist dauerhaft nicht praktikierbar, da eine Abwanderung aus dem Arbeitsmarkt, etwa in die Selbstständigkeit oder die

Erwerbslosigkeit ein persönliches Risiko darstellt und mit möglichen Statuseinbußen und der Verringerung der Lebensqualität einhergeht.

Boltanski und Chiapello beschreiben die Reaktionen der Arbeitgeber während der Krisenzeit nach 1968, die den Protest zuerst als korrektive Sozialkritik deuteten und daraufhin die Gewerkschaften konsultierten (a.a.O.: 228f.). Als trotz neuer Lohn- und Arbeitsplatzgarantien keine erhöhte Leistungsbereitschaft erkennbar war, mussten die Proteste einer neuerlichen Deutung unterzogen werden. Nun verstanden die Arbeitgeber, dass nicht die Straffung der bisherigen legitimen Bewährungsprobe zur Diskussion stand, sondern die Forderung nach größerer Autonomie auf die Schaffung einer neuen Bewährungsprobe abzielte: Nicht Zugeständnisse der Autoritäten waren das Ziel der radikalen Künstlerkritik, sondern der Abbau von Hierarchien und eine größere Handlungsfreiheit am Arbeitsplatz. Damit war das Produktionsregime des Taylorismus angezählt und wurde allmählich durch ein netzwerkförmiges, flexibles Produktionsverfahren ersetzt.¹⁵

Auch in der Managementliteratur macht sich dieser Wandel bemerkbar. Wurde in den 60er-Jahren noch die organisatorische Hierarchie mit dem Verweis auf die Leistung und Verantwortung der Führungskräfte begründet, so wird diese in den 90er-Jahren abgelehnt. Als normativer Bezugspunkt hat die industrielle Polis, die die Wertigkeit nach Qualifikation anstrebt, ausgedient und machte der in der späteren Literatur mit den Schlagwörtern Flexibilität, Teamarbeit und Networking beschriebenen projektbasierten Polis Platz.¹⁶ Der bisherige kapitalistische Geist wurde so aus den Angeln gehoben, da er seine Rechtfertigungsmuster auf der Grundlage der alten Polis (namentlich der industriellen und der bürgerweltlichen Polis, vgl. a.a.O.: 63) herleitete; der neue Geist ist das Resultat der Veränderung der Arbeitsorganisation (dem Abbau von Hierarchien und der Zunahme der projektbezogenen Beschäftigung der Arbeitnehmer) und steht sinnbildlich für die Fähigkeit des Kapitalismus, sich der ursprünglich antikapitalistischen Kritik zu bedienen und in seinem Sinne zu gebrauchen.

¹⁵ Auf die Frage, ob die Sozialkritik mit dem Erfolg der Künstlerkritik und der Etablierung der Projektpolis endgültig gescheitert ist, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden (siehe dazu Wagner 2008).

¹⁶ Die Wertigkeit bemisst sich in der projektbasierten Polis durch die Aktivität und Mobilität ihrer Beteiligten (vgl. Boltanski/Chiapello 2006: 155).

Verbraucherkritik

Als Verbraucher sollen diejenigen bezeichnet werden, die als Konsumenten Waren und Dienstleistungen zum Zweck des *Endverbrauchs* beziehen oder als private Kleinanleger einen Teil ihres Vermögens zum Zweck der *Geldmehrung* in Finanzprodukte anlegen. Damit wird an dieser Stelle explizit eine weite Definition des Verbraucherbegriffs verwendet.¹⁷ Die Ressource der Konsumenten ist ihre *Kaufkraft*, welche auf Güter- und Dienstleistungsmärkten als effektive Nachfrage zum Ausdruck kommt. Ihr Interesse ist der Erwerb eines qualitativ hochwertigen Produkts oder die Inanspruchnahme einer qualitativ hochwertigen Dienstleistung zu einem angemessenen Preis und als ‚*kritische Konsumenten*‘ die Beeinflussung des Angebots zugunsten *moralisch unbedenklicher Produkte*. Den Vorteilen eines individualisierten Konsums steht die mangelnde Fähigkeit der Konsumenten entgegen, sich im Kollektiv zu organisieren. Stellvertretend setzen sich *Verbraucherzentralen und Non-Profit-Organisationen* für die Interessen der Konsumenten gegenüber den Unternehmen ein.

Die Rolle der Konsumenten hat in den letzten Jahren eine Umwertung erfahren. Wurde er in älteren Beiträgen als passiver Rezipient des Produktangebots, der durch Werbung steuerbar ist, gesehen, so entsteht in neueren Studien ein komplexeres Bild des Konsumenten (vgl. Hellmann 2009). Konsum wird nunmehr als soziales Handeln gesehen, d.h. die Konsumenten verbinden mit ihren Kaufentscheidungen einen subjektiven Sinn, der auf ihre (moralischen, ästhetischen, u.a.) Einstellungen schließen lässt und durch soziale Beziehungen geformt ist. Die Schlagworte Lebensstil, Identität und Status machen deutlich, dass der Konsum ein soziales Phänomen ist und sich dadurch von der einfältigen Auslegung der neoklassischen Ökonomik abhebt. Ebenso wenig wie der an den Mitmenschen orientierte Konsum ist auch der kritische Konsum nicht

¹⁷ Dies mag auf den ersten Blick kontraintuitiv sein, steht es doch der makroökonomischen Trennung von Konsum und Investition entgegen, welche das ‚Sparen‘ bereits als Investition betrachtet. Durch die Vermittlung sog. *institutioneller Investoren* (Banken, Versicherungen, Fonds) fallen hingegen das Anlegen und das Investieren auseinander: Nicht die Sparer entscheiden darüber, wem ein Investitionskredit gewährt wird; nicht die Kleinanleger entscheiden darüber, welche Wertpapiere in einem Finanzprodukt gebündelt werden (mehr dazu in Kapitel III).

Ebenso möchte die hier dargebotene Behandlung der Kleinanleger als Konsumenten von der einfältigen Zurechnung dieser Gruppe zu den Kapitalisten (Boltanski/Chiapello 2006: 40f.) Abstand nehmen. Zwischen den ‚Großkapitalisten‘ und dem Kleinanleger liegen allein schon aufgrund der unterschiedlichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten Welten.

Da die Bedeutung der privaten Kleinanleger in Kapitel III genauer untersucht wird, soll an dieser Stelle der Konsum im engeren Sinne betrachtet werden.

Gegenstand dieser Theorieschule – obwohl es inzwischen Hinweise auf die wachsende Bedeutung des an ethischen Maximen ausgerichteten Kaufverhaltens gibt.

Nico Stehr führt als historische Voraussetzungen für die „Moralisierung der Märkte“ zwei wesentliche Gründe auf: Zum einen befreit der rapide wachsende Wohlstand der letzten Jahrzehnte die Konsumenten von ihren existentiellen Nöten, zum anderen geht der vergrößerte Wissensstand der Bevölkerung mit einer höheren Reflexivität der Entscheidungen einher (Stehr 2007).¹⁸ Die Hinwendung zu postmateriellen Werten lässt moralische Aspekte in die Konsumententscheidungen mit einfließen und sorgt über den Marktprozess für eine allmähliche Veränderung des Produktangebots. Der kritische Konsument ist damit längst kein marginaler Marktakteur mehr, sondern eine ernsthafte (und umworbene) Größe auf den Absatzmärkten. Während Hirschman Abwanderung noch als Reaktionsweise auf die Verschlechterung der Produktqualität sah, bezieht sich die Kritik der Konsumenten nicht mehr allein auf das Produkt an sich, sondern berücksichtigt insbesondere den vorgelagerten Produktionsablauf.

Exit-Kritik. Eine marktkonforme Exit-Kritik sorgt dafür, dass sich das Marktangebot auf den bestehenden Märkten verändert und damit auch neue Produktionsweisen etabliert werden (wenn etwa von konventionellen zu biologischen Anbauweisen gewechselt wird). Zudem können Unternehmen, die sich nicht an die gängigen Moralvorstellungen halten, durch Boykotte ausgebootet werden.

Der Schlecker-Konzern, der aufgrund seiner schlechten Arbeitsbedingungen und einer fragwürdigen Personalpolitik massiv an Kundschaft verlor, ist ein Paradebeispiel für die Wirkung der Verbraucherkritik. Eine im Auftrag des Tagesspiegels durchgeführte Befragung aus dem Jahr 2009 macht dies deutlich: „Dabei gaben drei von vier Kunden an, die Diskussion über die Qualität von Arbeitsplätzen im Einzelhandel verfolgt zu haben. 44 Prozent der Verbraucher erklärten, wegen dieser Berichte hätten sie in den vergangenen Monaten die Läden von Schlecker gemieden. Schleckers Wettbewerber kommen dagegen auf eine Boykottquote von unter vier Prozent.“ (Der Tagesspiegel, 27.07.2009)

Damit diese marktkonforme Exit-Kritik allerdings funktionieren kann, muss erkennbar sein, dass sich die Unternehmen an die Beschränkungen des Wettbewerbs halten. Nicht immer ist das der Fall: Wenn etwa Mineralölkonzerne im Verdacht stehen, Preisabsprachen getroffen zu haben,

¹⁸ Einen ähnlichen Befund hält Barnett für Großbritannien bereit (vgl. Barnett et al. 2011).

oder die global verzweigten Zuliefererketten die wahre Herkunft eines Kleidungsstückes oder eines Stofftiers verdecken, ist es möglich, dass die Konsumenten das Vertrauen in die Unternehmen verlieren. Ähnlich den Schilderungen Hirschmans (1974: 22f.), kann dies dazu führen, dass die marktkonforme Abwanderung aus Mangel an Alternativen ins Leere läuft und in eine marktfremde Exit-Kritik transformiert wird. Diese kommt etwa bei Lebensmittelskandalen zum Ausdruck und kann von unterschiedlicher Intensität sein: Sie reicht von einem dauerhaften Verzicht auf bestimmte Produkte (Boykotte) bis hin zur kompletten Umstellung der Konsumgewohnheiten (bspw. den Verzicht auf Fleischprodukte aufgrund der industriellen Massentierhaltung).

Voice-Kritik. Da die Verbraucher sich nur schwer für einen kollektiven Widerspruch organisieren lassen und mit ihren Kaufentscheidungen nur über die Reaktionsweise der Exit-Kritik verfügen, treten Non-Profit-Organisationen und Verbraucherverbände an ihre Stelle. Sie möchten durch Voice-Kritik auf eine Veränderung der bestehenden Produktionsbedingungen hinwirken, wobei dies durchaus mit dem Aufruf zum zeitweiligen Boykott bestimmter Produkte einhergehen kann. Dabei ist diese ‚Desorganisation des Konsums‘ nicht weniger wirksam als die Exit-Kritik, denn wie Stehr am Beispiel der Biotechnologie erläutert, kann dieser verbale Protest so weit gehen, dass neue Märkte erst gar nicht geschaffen werden (in diesem Fall der Markt für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel, vgl. Stehr 2007: 259ff.).

Nach Jörn Lamla bezeichnet der Begriff politischer Konsum all jene Praktiken, mit denen sich die Konsumenten „bewusst und absichtsvoll auf eine Politik hinter den Produkten beziehen“ (Lamla 2006: 12). Damit ist der kritische Konsument zugleich ein politisches Wesen, welches durch seine Kaufentscheidungen auch (aber nicht ausschließlich) auf die Produktionsweise und die Art der Unternehmensführung einwirken möchte. Attraktiv ist diese Protestform nicht zuletzt dadurch, dass sie im Vergleich zu kollektiven Aktionen alltagsnäher und kostengünstiger ist und keiner großen Mobilisierung und Koordination bedarf. Es scheint so, als entspräche der politische Konsum durch die weitgehende Autonomie seiner Träger einem modernen Zeitgeist, der das Individuum und nicht ein Kollektiv in den Mittelpunkt stellt. Jene paradoxe Form des „individualisierten kollektiven Handelns“ (Micheletti, zit. nach Lamla 2006: 13) entbehrt offenbar strukturellen Zwängen, wie sie teilweise in der Arbeitswelt vorzufinden sind und ermöglicht dem Konsumenten, das Produktangebot zu beeinflussen und sich dadurch selbst durch seinen Konsum besser zu fühlen. Die Möglichkeit, über seinen Konsum das

Produktangebot verändern zu können, macht den Kapitalismus aus Konsumentensicht überaus attraktiv. Anders als bei der Produktion scheint so die Beteiligung am Konsum nicht durch ein eigens dafür entworfenes Rechtfertigungssystem gestützt werden zu müssen, denn das Angebot richtet sich nach den Wünschen der Kunden.

Es mag sein, dass durch solche Formen des politischen Konsums der Absatz einzelner Branchen sinkt, dies muss allerdings nicht notwendig inkompatibel mit den Marktmechanismen sein und zu einer Instabilität des Kapitalismus führen. Hingegen kann ein umgreifender Vertrauensverlust die Legitimität der kapitalistischen Ordnung durchaus in Frage stellen: Was wäre, wenn die Mechanismen der Marktanpassung *dauerhaft* ausfallen, etwa weil Unternehmen andere Profitwege finden und so für die Steigerung des Umsatzes nicht mehr allein auf den Produktabsatz angewiesen sind? In diesem Fall sehen sich die Konsumenten ihrer Souveränität zunehmend beraubt und werden die Forderung nach einer Straffung der Bewährungsproben und einer stärkeren Abgrenzung und Kontrolle der Märkte über andere Kanäle vermitteln.

Bürgerkritik

Als Bürger sollen die Angehörigen einer Gemeinschaft verstanden werden, denen die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte zustehen und die in diesem Rahmen öffentlich in Erscheinung treten (franz. ‚*Citoyens*‘). Damit grenzt sich der Begriff von den Angehörigen des Bürgertums (franz. ‚*Bourgeois*‘) als sozialer Klasse ab. Ihr Betätigungsfeld ist der öffentliche Raum, welcher als *politische Arena* (Schuppert 2008: 95ff.) nutzbar gemacht wird. Die Kommunikation in der Öffentlichkeit ermöglicht es dem einzelnen Bürger, sich eine Meinung zu bilden, seine Werthaltungen zu überdenken und aktiv für Veränderungen einzutreten. Aus der Assoziation von Bürgern mit ähnlichen Vorstellungen und Interessen ergibt sich schließlich die *zivilgesellschaftliche Infrastruktur*, die „Welt der Vereinigungen und Verbände“ (a.a.O.: 89), die Druck auf die Entscheidungsträger in der Politik und der Wirtschaft ausüben kann. Darüber hinaus werden die Staatsbürger durch *Wahlen* in den institutionalisierten politischen Prozess direkt einbezogen.

Kritik in den Betrieben und auf Märkten trifft nicht immer auf Resonanz. Sowohl die Produzentenkritik als auch die Verbraucherkritik haben es häufig schwer, Veränderungen anzustoßen, die über ein kritisiertes Unternehmen hinausgehen. Zwar können sie auf eine gute

Unternehmensführung hinwirken und Präzedenzfälle schaffen, die möglicherweise in Unternehmen derselben Branche ähnliche Veränderungen zur Folge haben. Doch sind sie dabei auf die Bereitschaft der Unternehmensleitungen angewiesen, welche nicht selten mit den bereits erwähnten Mikroverschiebungen antworten und die Kritik für einen Moment lang aushebeln. Zusagen werden schließlich von den Kritikern nicht mehr länger akzeptiert, da deren Verbindlichkeit angezweifelt wird. Der einzige in Betracht kommende Weg, ein Driften der Bewährungsprobe zu verhindern, wird sodann in seiner *rechtlichen Regulierung* gesehen. Das verlorene Vertrauen in die Möglichkeit, über Abwanderung und Widerspruch auf ökonomischen Märkten eine Straffung der Bewährungsprobe zu erreichen, lässt den Ruf nach politischen Maßnahmen lauter werden.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung, die in Deutschland seit den 70er-Jahren den Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie forderte, ist hierfür ein anschauliches Beispiel. Die von dieser Bewegung angestrebte Bewährungsprobe besteht darin, dass Energieunternehmen den Strom aus nicht-atomaren (bestenfalls nicht-fossilen) Energieträgern gewinnen. Ein Umstieg auf diese neuen Energieträger bedurfte aber eines gesetzlich festgelegten Ausstiegs aus der Atomenergie, nicht zuletzt aufgrund einer jahrzehntelang mangelnden Bereitschaft der großen Unternehmen, diesen Schritt von sich aus zu vollziehen.

Ihre Adressaten sind folglich nicht mehr (allein) die Unternehmen, sondern in erster Linie die politischen Entscheidungsträger, welche in demokratischen Staaten auf ihre Wählerschaft angewiesen sind. In diesem Sinne ist die Bürgerkritik originär politischer Natur und äußert sich als Voice-Kritik im öffentlichen Raum und als Exit-Kritik auf dem politischen Markt.

Voice-Kritik. Proteste im öffentlichen Raum sind ohne Zweifel die reinste Form des Widerspruchs, ganz gleich an wen ihre Kritik gerichtet ist. Demonstrationen, Blockaden oder Besetzungen sind neben einigen anderen Aktionsformen die häufigsten Arten, seine Empörung über einen Sachverhalt zu äußern.¹⁹ Auf Dauer sind diese Proteste in sozialen Bewegungen, welche aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Menschen, Gruppen und Organisationen bestehen, gebündelt. Beteiligen sich viele Menschen an den Protesten, sorgt dies dafür, dass

¹⁹ Eine weitere Form der bürgerschaftlichen Voice-Kritik kann, sofern es sich bei den Kritikern um Akteure aus der Zivilgesellschaft handelt, im *Lobbyismus* gesehen werden. Da dieser allerdings nicht im öffentlichen Raum stattfindet, vorwiegend von Wirtschaftsakteuren ausgeübt wird und sein Legitimationsgehalt umstritten ist (vgl. Crouch 2008), bleibt der Lobbyismus an dieser Stelle unberücksichtigt.

die Bewegung von den Medien und schlussendlich auch von den politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen wird. Die Politiker müssen ihrerseits das Thema auf die politische Agenda setzen und ihre Entscheidungen wohl begründen. Der zivilgesellschaftlichen Mobilisationsstärke steht allerdings häufig ein Koordinationsproblem entgegen, denn häufig scheinen sich die Mitglieder einer Bewegung nicht auf gemeinsame Forderungen einigen zu können. Für die Zukunft kann man annehmen, dass die Bürgerkritik zunehmend an Bedeutung gewinnt. So fand etwa das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung unter der Leitung von Dieter Rucht heraus, dass die Zahl zivilgesellschaftlicher Proteste seit den sechziger Jahren in Deutschland deutlich zunahm (Rucht 2010: 5). Nicht immer ist die Kritik an Verantwortliche der Wirtschaft gerichtet, jedoch sind viele Missstände eng mit der (industriellen) Produktion verbunden. Dazu sind in den letzten Jahren mit der globalisierungskritischen und der Occupy-Bewegung zwei neue Strömungen entstanden, die thematisch einen größeren Bezugsrahmen wählen und gezielt auf Regulierungen der kapitalistischen Ordnung hinwirken wollen.

Exit-Kritik. So gut Kritik als Widerspruch im öffentlichen Raum artikuliert werden kann, so ungeeignet ist dieser für die Ausübung von Exit-Kritik. Da diese Kritikform lediglich auf Märkten oder in Organisationen ausgeübt werden kann, bleibt diese unwirksam für die öffentliche Kritik an Wirtschaftsunternehmen oder Politiker.²⁰ Man darf demokratischen Staaten dennoch attestieren, dass Exit-Kritik in besonderem Maße berücksichtigt wird, denn durch die direkte Partizipation an der Politik durch Wahlen wird ein politischer Markt geschaffen, auf dem die Kandidaten um die Gunst der Bürger kämpfen müssen. Damit setzt sich die Exit-Kritik in Stimmen gegen die Regierung um und macht sich in den Wählerwanderungen zwischen den Kandidaten und Parteien bemerkbar. Im Umkehrschluss sind die politischen Entscheidungsträger für die Stimmungen innerhalb der Bürgerschaft sensibilisiert, denn Wahlen lassen sich nur gewinnen, wenn die Kandidaten auf die Bevölkerung zugehen. Wahlprogramme gleichen damit dem Warenangebot auf ökonomischen Märkten, zwischen denen die Verbraucher auswählen können. Werden die Unterschiede zwischen den Programmen jedoch undeutlich, äußert sich dies in der Wahlenthaltung oder der Protestwahl – beides Erscheinungen einer marktfremden Exit-Kritik.

²⁰ *Innerhalb* der Zivilgesellschaft kann diese durchaus zum Tragen kommen, schließlich können sich die Bürger entscheiden, welche Non-Profit-Organisation sie durch Spenden oder eine Mitgliedschaft unterstützen möchten.

Der Weg, den die Kritik einschlägt, ist im Fall der Bürgerkritik offensichtlich ein anderer als bei den zuvor besprochenen Kritikpfaden. Nicht der Geist des Kapitalismus fungiert als Intermediär zwischen dieser Kritik und der kapitalistischen Ordnung, denn es geht nicht mehr um die Befriedung des Unmuts durch die Bereitstellung von Rechtfertigungen. Sobald aus der Bevölkerung der Wille hervortritt, eine Bewährungsprobe nicht degenerieren zu lassen, sondern sie institutionell auf der Grundlage rechtlicher Normen zu stützen, kann dies nicht durch neu bereitgestellte Rechtfertigungsmuster geblockt werden. Die Forderung seitens der Bürger besteht hier in der Regulierung der kapitalistischen Ordnung durch bestimmte politische Maßnahmen, sodass sich die Straffung der Bewährungsprobe über den Umweg des politischen Marktes vollzieht. Dies funktioniert allerdings nur durch die Rückbindung der politischen Vertreter, die zu ihrer Wiederwahl auf die Selbstbeschränkung ihres politischen Handelns angewiesen sind. Zwar können sie selbst zur Zielscheibe der Kritik werden, in erster Linie sind sie aber aufgrund der von ihnen vertretenen politischen Ansichten und angekündigten Maßnahmen gewählt. In diesem Sinne entscheiden sie als Volksvertreter im Namen der Bevölkerung auch über wirtschaftspolitische Sachverhalte und damit auch über die Regulierung von Märkten und Produktionen.

Reaktionen auf die Kritik

Die Diskussion darüber, ob Unternehmen und Kapitalbesitzer nicht nur gewinnorientiert, sondern auch sozial verantwortlich sind, entstammt ursprünglich der Unternehmensethik als einer philosophischen Teildisziplin. Inzwischen ist sie auch in der Soziologie angekommen. Eine wesentliche Frage bezieht sich auf das Verhältnis von ökonomischer Rationalität und moralischen Erwartungen. In diesem Punkt gibt es Überschneidungen mit dem Ansatz von Boltanski und Chiapello, jedoch verlagert sich der Schwerpunkt bei ihnen bedingt durch das Mobilisationsdefizit des Kapitalismus auf die moralische Beschränkung wirtschaftlichen Handelns zur Legitimation und Stabilisation der Wirtschaftsordnung insgesamt. Ist das Gewinnstreben, wie in Kapitel I angenommen wurde, konstitutiv für die ökonomische Wertsphäre, so wirkt dessen regulative Einhegung anhand externer Erwartungen legitimierend auf den Kapitalismus. Das Passungsverhältnis von Gewinnstreben und moralischer Geltung darf allerdings nicht nur vor diesem differenzierungstheoretischen Hintergrund beleuchtet werden. Für die in Konkurrenz stehenden Wirtschaftsakteure (Kapitalbesitzer und Unternehmer) stellt

sich vielmehr die Frage, welche Vorteile sie aus einem *verantwortlichen Unternehmenshandeln* (*corporate social responsibility*) ziehen können.

Die in einem Beitrag von Wolfgang Streeck aufgeworfene Formel des „beneficial constraint“ besagt, dass durch institutionelle Regulierungen der Handlungsspielraum der Wettbewerber beschränkt und so für diese die Kontingenz der Märkte reduziert wird (Streeck 1997). Im Anschluss daran lässt sich sozial verantwortliches Unternehmenshandeln als „beneficial self-constraint“ (Beckert 2006: 7) bezeichnen, welche ebenso zur Reduktion von Kontingenz beiträgt und eine Investition weniger riskant macht. In der Ungewissheit des künftigen Marktgeschehens liegt ein bedeutendes Problem für die Planung und Kalkulation von Unternehmen und Investoren, weshalb sie ihre Entscheidungen zur Absicherung auch an anderen Kriterien als der Effizienz ausrichten können:

„Ungewissheit öffnet Spielräume und schafft Anreize für rational motivierte Abweichungen von einer Strategie rigoroser Profitmaximierung im Sinne einer Anpassung an gesellschaftliche Erwartungen, vorausgesetzt, dass diese wirkungsmächtig genug artikuliert werden.“ (Streeck 2007: 18)

Lässt sich in einem differenzierungstheoretischen Sinne ein Spannungsverhältnis zwischen dem Binnenkriterium der Profitmaximierung und den an die Wirtschaftssphäre gerichteten externen Erwartungen attestieren, so scheint dies mit Blick auf die Unternehmer und Kapitaleigner überwindbar. Keineswegs wird das Gewinnmotiv durch die Berücksichtigung moralischer Kriterien ausgehebelt, vielmehr um die ebenso bedeutsame Ressource der Legitimation des eigenen wirtschaftlichen Handelns ergänzt. Es scheint möglich, Gewinn zu machen und dabei ein ‚gutes Gewissen‘ zu haben. Selbstverständlich ist damit lediglich die Legitimation des eigenen Unternehmens eingeholt, nicht aber die Legitimation der gesamten Wirtschaftsordnung gewährleistet.

Kritik ist umso wahrscheinlicher, je deutlicher eine illegitime Bereicherungsform für die Öffentlichkeit sichtbar wird. Wie bereits gesehen, kann die Kritik sich dabei an bestehenden Wertmaßstäben orientieren und eine Straffung der bestehenden Bewährungsprobe verlangen oder neue Wertmaßstäbe an den Wettbewerb anlegen, wodurch die Forderung nach einer gänzlich neuen Bewährungsprobe zum Ausdruck kommt. Wenn Legitimation neben der

ökonomischen Effizienz die zweite Zielgröße des unternehmerischen Handelns ist, müssen die Unternehmer und Kapitalinvestoren – als diejenigen, die an den Schalthebeln des Kapitalismus sitzen – auf die sich in der Form der Kritik äussernden externen Erwartungen eingehen. An dieser Stelle wird im Anschluss an den soziologischen Neoinstitutionalismus (DiMaggio/Powell 1983; Meyer/Rowan 1977) die These vertreten, dass die Reaktion auf die Kritik in drei wesentliche Richtungen gehen kann, die sich im unternehmerischen Handeln niederschlagen oder auch nur eine Veränderung der Argumentation darstellen: (1) Verteidigung der Bewährungsprobe, (2) Übernahme einer Vorreiterrolle durch Veränderung der Formalstruktur des Unternehmens, (3) Anpassung an die gesellschaftlichen Erwartungen ohne Veränderung der Formalstruktur.

(1) In dem Fall, dass die öffentliche Aufmerksamkeit nicht besonders hoch ist und die Erosion einer legitimen Bewährungsprobe nur von einem kleinen Personenkreis kritisiert wird, scheint es für Unternehmen rational zu sein, Argumente zur Verteidigung der im Wettbewerb praktizierten Bereicherungsformen zu formulieren. Dabei wird auf die wirtschaftliche Situation des Unternehmens verwiesen, etwa auf die starke internationale Konkurrenz oder die ohnehin schon restriktiven Reglementierungen, denen sich das Unternehmen ausgesetzt sieht. Vor allem das Argument, um sich auf dem Markt bewähren zu können müssten die Produktionsbedingungen (bspw. durch steuerliche Vorteile oder eine Abmilderung des Arbeitsrechts) verbessert werden, ist mit dem Hinweis auf den Erhalt bestehender Ausbildungs- und Arbeitsplätze vermehrt vorzufinden.

Bei diesen auf das Verständnis des Publikums abzielenden Argumenten bleibt es allerdings nicht, denn gerade multinational agierende Konzerne neigen dazu, gegenüber Regierungen, Arbeitnehmern und Gewerkschaften Abwanderungsdrohungen auszusprechen (Hiß 2006: 44). Diese Drohungen sind erst durch den Abbau von Handelsschranken und der damit verbundenen Zunahme der Mobilität der Produktionsfaktoren, besonders von Kapital und technischem Wissen, möglich geworden. Ob es sich bei der Drohung um eine tatsächliche Exit-Option handelt und die Mobilität selbst ganzer Produktionsstätten möglich ist, kann von Außenstehenden nur schwer beurteilt werden. Faktisch stärkt dieses Drohpotential die Verhandlungsmacht der Unternehmen, wenn damit auch lediglich ökonomische Vorteile einhergehen (ebd.). Ein solches Unternehmen riskiert jedoch einen Legitimationsentzug durch die Konsumenten, Produzenten und Bürger, denn schnell fallen Unternehmen mit solch einem

Geschäftsgebaren in Misskredit und büßen aufgrund der anhaltenden Kritik ihre ökonomischen Potentiale ein.

(2) Das Gegenbild zu dieser Reaktionsweise zeigt sich im Verständnis der Kritik an der erodierenden Bewährungsprobe seitens der Unternehmensverantwortlichen. In der Auseinandersetzung mit den neu angelegten Wertmaßstäben werden Selbstverpflichtungen zur Neuausrichtung der Produktion und der Produktpalette gesetzt. Bei solchen Maßnahmen muss es sich keineswegs um bloße Philanthropie handeln, wie es etwa manch bekanntem Unternehmer nachgesagt wird. Vielmehr sprechen zwei andere Gründe für eine Veränderung der Formalstruktur des Unternehmens: Zum einen wird einer Zunahme des Drucks durch die öffentliche Kritik entgegengewirkt, denn zu befürchten wäre es, dass sich ab einem gewissen Punkt die Politik in die Diskussion einschaltet und eine Straffung der Bewährungsprobe durch gesetzliche Maßnahmen herbeiführt (a.a.O.: 28). Da gesetzliche Einschränkungen der ökonomischen Effizienz des Unternehmens entgegenstehen können, wird dem durch die Umgestaltung der Produktion oder des Produktangebotes vorgebeugt.²¹ Dies kann einhergehen mit dem Versprechen, für mehr Transparenz zu sorgen, um so der Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen und ein höheres Maß an Legitimität zu erlangen.

Zum zweiten haben Unternehmen, die offensiv für ihre Veränderungen werben und sich diese bestenfalls zertifizieren lassen, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der konventionell wirtschaftenden Konkurrenz. Das Argument, sich aufgrund des Konkurrenzkampfes keine Veränderungen der Formalstruktur leisten zu können, wird damit geradezu auf den Kopf gestellt, denn die Aussage ist schließlich: Wir schaffen es, ökonomisch erfolgreich zu sein *und* den Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden. Das Unternehmen kann sich von der Konkurrenz absetzen, da es durch einen Legitimationsbonus neue Kunden an sich bindet. Über die Marktmechanismen vermittelt macht sich diese Sogwirkung auch bei der Konkurrenz bemerkbar, die um einen Reputationsverlust bangen muss. Dies setzt eine Dynamisierung des Wettbewerbs in Gang, die allgemein zur Straffung der Bewährungsprobe führen kann. In Anlehnung an DiMaggio/Powell lässt sich der anschließende Wandel als mimetischer

²¹ Sind Gesetze erst einmal geschaffen, lässt sich nur noch schwer mit verantwortlicher Unternehmenspolitik werben, da legitimes und legales Handeln zusammenfallen. Die Verantwortung der Unternehmen zur Einhaltung von *Gesetzen* ist auch dann unbedingt, „wenn ihr Umgehen durch Korruption oder aufgrund unzureichender Kontrolle möglich und vorteilhaft wäre.“ (Beckert 2006: 7f.)

Isomorphismus beschreiben, da sich die konkurrierenden Unternehmen aufgrund der gesteigerten Kontingenz durch diese Marktverschiebungen an dem Vorreiterunternehmen orientieren (DiMaggio/Powell 1983: 151f.). Sie knüpfen demnach an Handlungsstrategien an, die eine Einschränkung der bisherigen Bereicherungsformen zum Inhalt haben und auf neue Formalstrukturen setzen – allerdings im organisationalen Feld als legitim erachtet werden (vgl. Beckert 2006: 6).

Eine Analogie zur Sichtweise der neoklassischen Ökonomik liegt nahe: Ähnlich wie bei technischen Neuerungen, so ließe sich annehmen, gelte auch für den Legitimitätsbonus des innovativen Unternehmens, dass dieser kurzzeitig einen Extragewinn beschert, langfristig aber nicht ertragreich ist, da die anderen Unternehmen nachziehen. Tatsächlich ist der langfristige Effekt anderer Natur, denn die Beschaffenheit der Bewährungsprobe erfährt über die Legitimation einzelner Wirtschaftsakteure hinaus eine generelle legitime Aufwertung. Äußert sich Kritik seitens der Konsumenten und Produzenten zu Beginn noch als marktfremde Exit-Kritik, ermöglicht die Anpassung des Wirtschaftshandelns eine Internalisierung der Kritik. Gerade im Falle der Verbraucherkritik können diese Maßnahmen zur Stärkung der Bewährungsprobe führen.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als wären die Aspekte der ökonomischen Effizienz und der Legitimität gegenläufig: Die Wahl eines Unternehmens wäre demnach die zwischen Kosteneinsparung zur Gewinnsteigerung bei gleichzeitigem Legitimitätsverlust oder das Eingehen auf externe Erwartungen, wodurch die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gefährdet werden kann. Der zweite Blick verrät allerdings, dass (zumindest langfristig gesehen) die beiden Aspekte in Einklang gebracht werden können. Statt des viel prophezeiten ‚*Race-to-the-bottom*‘ (dem Aufweichen regulativer Beschränkungen und der Verringerung von Steuern und Abgaben) im Standortwettbewerb, könnte somit ein ‚*Race-to-the-top*‘ in Gang gesetzt werden, der vor allem durch die Verbraucherkritik, aber auch der durch die Bürgerkritik aufgebauten Drohkulisse der gesetzlichen Regulierung veranlasst wird. In diesem Sinne ist es aus wirtschaftlichen Gründen durchaus rational, sich den Forderungen anzunehmen und sie in der Formalstruktur umzusetzen.

(3) Werden bisherige Formen der Bereicherung durch anhaltende Kritik delegitimiert, so gibt es für Wirtschaftsunternehmen neben der freiwilligen Straffung der Bewährungsprobe auch die

Möglichkeit, der Kritik unbemerkt auszuweichen. Die Suche nach neuen Profitwegen kann in Gestalt der „nicht sehr auffälligen Verschiebungen geringer Tragweite“ (Boltanski/Chiapello 2006: 76, Hervorhebung weggel.) von sich gehen, wobei nach außen hin der Schein der Redlichkeit gewahrt bleiben muss. Ein geschicktes Umgehen der Kritik, welches die Legitimität wahren kann, zugleich durch Kosteneinsparungen die ökonomische Effizienz steigert, bietet sich in der Verbindung dieser Mikroverschiebungen bei gleichzeitiger *äußerlicher* Anpassung an gesellschaftliche Erwartungen. So argumentiert Hiß, dass es zur Gewinnung von Legitimation für Unternehmen häufig ausreicht, eine Fassade zu errichten, die von den tatsächlichen Produktionsbedingungen ablenkt (Hiß 2005: 220).²² Die Kritik läuft dann vorerst ins Leere, da sie über die faktischen Bedingungen nur Mutmaßungen treffen kann.

Bei den zuvor genannten Reaktionsweisen schlägt sich das argumentative Muster zugleich in der Formalstruktur der Organisation nieder. Diese dritte Reaktionsweise auf Kritik zeichnet sich durch das Auseinanderfallen des argumentativen Musters und der Formalstruktur aus²³, wobei dem Mangel an Transparenz eine wichtige Rolle zukommt. Transparenz würde bedeuten, einen Einblick in die tatsächlichen Unternehmensabläufe zu gewähren, wodurch die Täuschung jedoch auffliegen würde. Da allerdings auch fehlende Transparenz als kritikwürdig erachtet werden kann, werden Maßnahmen getroffen, die den Schein der Anpassung an die Forderungen wahren können, etwa indem sich das Unternehmen bei der Ausarbeitung von Umwelt- und Sozialreports dem Vokabular der Kritiker bedient und interne Monitoring-Programme zur Überwachung der selbstgesetzten Normen aufsetzt (vgl. Hiß 2006: 62). Was im Falle der ersten Reaktionsweise noch als Drohung verstanden wird, kann durch die Mikroverschiebung im Verborgenen stattfinden: Die Mobilität wichtiger Ressourcen ermöglicht es, das Feld der Profiterwirtschaftung zu wechseln und sich weniger streng kontrollierten Bewährungsproben zu stellen (Boltanski/Chiapello 2006: 532). Den neuen Gegebenheiten wird die Formalstruktur angepasst, jedoch nicht im Sinne der Kritik, sondern hinsichtlich des Effizienzkriteriums: Kosteneinsparungen durch Standortverlagerungen, Übernahmen anderer

²² Lippenbekenntnisse dieser Art werden von Kritikern gerne als ‚window dressing‘ oder im Fall des Umweltschutzes als ‚green washing‘ bezeichnet. Beispiele gibt es dafür genug, etwa wenn große Energiekonzerne trotz des Betriebs von Atom- und Kohlekraftwerken ihr grünes Image pflegen.

²³ Während für Meyer und Rowan eine Entkoppelung zwischen der Formalstruktur einer Wirtschaftsorganisation und den (informellen) Aktivitäten des Personals möglich ist (Meyer/Rowan 1977: 356f.), fallen bei Boltanski und Chiapello diese beiden Aspekte zusammen. Lediglich eine Entkoppelung von Argumentationsmustern und dem Unternehmenshandeln wird proklamiert.

Unternehmen um neue Märkte zu erschließen oder Investitionen in andere, profitablere Bereiche.

Folgerichtig ist die Kritik aufgrund der unklaren Informationslage nicht fähig, die Gegebenheiten zu deuten und die Missstände öffentlich anzuprangern (Boltanski/Chiapello 2006: 77). Zwar sind die Wertmaßstäbe für die Evaluation von Bewährungsproben durchaus vorhanden, doch gestaltet sich das Anlegen dieser Maßstäbe aufgrund der fehlenden Transparenz als schwierig. Boltanski und Chiapello sprechen hierbei von einer „Neutralisierung der Kritik“, die sich in der Trägheit der Kritik, sich an neue Gegebenheiten anzupassen, begründet.²⁴ Eine zur Kraftprobe erodierte Bewährungsprobe zieht demnach nicht sofort Kritik nach sich, diese muss sich vielmehr erst orientieren und neu konstituieren. Anschließend an die zu Beginn dieses Kapitels geäußerte Vermutung, dass es zwischen der Kraftprobe und der Bewährungsprobe durch Prozesse der institutionellen Ein- und Entbettung eine Pendelbewegung gibt, kann auch davon ausgegangen werden, dass durch *politische* Maßnahmen herbeigeführte Kraftproben erst mit entsprechender Verzögerung Kritik auf sich ziehen. Besonders im Falle der im nächsten Kapitel ausführlich geschilderten Deregulierung der Finanzmärkte wird dies deutlich.

²⁴ „Die Kritik kann nur mühsam, unter großen Opfern und mit Verspätung eine isomorphe Beziehung zu den Institutionen, auf die sie ihren Einfluss geltend machen will, begründen. (...) Sie wird also von der schnellen Veränderung der Organisationsmodalitäten und der Rechtfertigungsformen derjenigen Realitäten überrascht, an denen sie sich gerade ausrichten musste, um daran mitzuwirken.“ (Boltanski/Chiapello 2006: 545)

III. Entstehung und Wandel des Finanzmarkt-Kapitalismus

Nicht nur der kapitalistische Geist kann in verschiedenen Erscheinungen neu hervortreten, ebenso wandeln sich auch die institutionellen Arrangements des Kapitalismus, denn es treten neue Produktionsregime an die Stelle der alten, nicht mehr tragfähigen Formen der Kapitalmehrung. In den vorigen Kapiteln wurden die wesentlichen Ursachen für derartige Veränderungen ausgemacht: Boltanski und Chiapello sehen besonders die Kritik an den Bewährungsproben am Werk, auf die der Kapitalismus gegebenenfalls mit Veränderungen in der Arbeitswelt reagieren muss. Dieses Konzept wurde an voriger Stelle um die durch die Verbraucher und Bürger geäußerte Kritik erweitert und mit den Forderungen nach institutioneller Regulierung verknüpft. Dennoch müssen Kritik und Regulierung auseinandergehalten werden. Zwar beinhaltet die Kritik die Straffung von Bewährungsproben, dies kann aber auch durch die Selbstbeschränkung von Unternehmen gewährleistet werden und ruft nicht automatisch die staatlichen Akteure auf den Plan. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass Kritik eine Forderung nach Maßnahmen zur Deregulierung beinhaltet, etwa dann, wenn Bewährungsproben zwar reguliert sind, allerdings nach veralteten Wertmaßstäben funktionieren. Indes bleibt die Straffung der Bewährungsproben in den meisten Fällen mit Regulierungsabsichten verbunden (Boltanski/Chiapello 2006: 524).

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems hat der Kapitalismus in den 90er-Jahren seinen vermeintlichen Siegeszug angetreten (vgl. Fukuyama 1992). Tatsächlich befindet sich der Kapitalismus seitdem in einer neuen Entwicklungsphase, die sich durch die weltweite Vernetzung insbesondere der Güter- und Kapitalströme auszeichnet. Bemerkenswert ist die Entstehung eines internationalen Finanzmarktes, dessen Bedeutung in den letzten Jahren durch die erhöhte Mobilität des Kapitals erheblich zugenommen hat. Dies beinhaltet wichtige Implikationen für die Art der Unternehmensführung ebenso wie für die Ausgestaltung der Arbeits- und Konsumwelt. Dementsprechend ist es angebracht, sich unter Anwendung des in den beiden vorigen Kapiteln erarbeiteten Instrumentariums diesem neuen Phänomen anzunähern, freilich mit dem Wissen, den Finanzmarkt-Kapitalismus nicht erschöpfend darstellen zu können. Die Absicht dieses Kapitels ist es stattdessen, eine theoretische Neubewertung des Ansatzes von Boltanski und Chiapello zu geben und zu zeigen, dass erst eine erweiterte Fassung die Möglichkeiten zur Analyse der gegenwärtigen Veränderungen aufweist.

Die Entstehung des Finanzmarkt-Kapitalismus

Zu Beginn dieser Arbeit wurde die von Fernand Braudel getroffene Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft eingeführt, welche für ein tieferes Verständnis der Wandelbarkeit der kapitalistischen Ordnung hilfreich ist. Besteht der Kapitalismus im Kern aus der Forderung nach Kapitalakkumulation, die sich im Gewinnstreben der Kapitalbesitzer niederschlägt, so kommt diese doch nicht ohne regulative Einschränkungen aus. Wurde in dem vorigen Kapitel noch die Möglichkeit der unternehmerischen Selbstbeschränkung angeführt, so konzentriert sich die folgende Abhandlung auf die institutionelle Rahmung des Wirtschaftshandelns. Nach Windolf definiert sich ein Produktionsregime anhand seiner „spezifischen Konfiguration von ökonomischen Institutionen“ (Windolf 2005: 20), wobei er einen Übergang vom organisierten Kapitalismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus attestiert. Welche Faktoren haben dazu geführt, dass sich dieses neue Produktionsregime ausbreiten konnte und nun eine dominante Stellung innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems einnimmt? Dazu nun ein kurzer historisch-analytischer Abriss.

Zur Stabilität des organisierten Kapitalismus trug wesentlich das auf dem Interesse nach langfristigem Fortbestand des Geschäftsbetriebs aufbauende Verhältnis zwischen Banken und Unternehmen bei. Durch die Vergabe von Krediten binden sich die Banken als Gläubiger an Unternehmen und ermöglichen so neue Investitionen, die allerdings erst auf lange Sicht lohnenswert sind. So ist die Bank nicht daran interessiert,

„(...) dass ihre Schuldner eine Strategie der Profitmaximierung verfolgen (und damit relativ hohe Risiken eingehen). Vielmehr ist die Bank an einer verlässlichen (Rück-) Zahlungsfähigkeit des Unternehmens interessiert (...) Die Kredite der Banken waren geduldiges, kontrollierendes und risikoaverses Kapital.“ (Windolf 2005: 22; Hervorhebung im Original)

Angesichts dessen, dass zuvor Profitmaximierung als wesentliche Zielgröße innerhalb der Wirtschaftssphäre ausgemacht wurde, scheint es verwunderlich, dass die Banken *kein* Interesse an dieser Strategie ihrer Schuldner haben. Unter dem Gesichtspunkt der Risikovermeidung wird die gemeinsame Stoßrichtung der Unternehmen und der Kreditgeber hingegen wieder verständlich: Ihnen geht es um das langfristige Überleben des Unternehmens im Wettbewerb

mit der Konkurrenz. Von einem Selbsterhaltungsmotiv in der Konkurrenz oder dem strukturellen Imperativ der Profitmaximierung kann bei Weitem nicht gesprochen werden – worum es stattdessen geht ist Unternehmenswachstum durch ‚zufriedenstellende‘ Profite (a.a.O.: 23, vgl. Lütz 2008: 346). Daran änderten auch die Entstehung von Aktiengesellschaften und die damit einhergehende Trennung von Eigentum und Kontrolle nicht viel, da der große Streubesitz an Aktien den Einfluss ihrer Inhaber auf die Unternehmensführung beschränkte (Berle/Means 1997). Kurzum blieb dem Management ausreichend Autonomie, um längerfristige Investitionen zu tätigen, die sich nicht unmittelbar positiv in den Bilanzen wiederfinden.

Eingebettet in feste Beziehungen zwischen Kapitalgebern und Management, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sowie zu Lieferanten und Kunden, konnte der organisierte Kapitalismus lange Zeit eine innere Stabilität aufweisen, die es auch zuließ, den divergierenden Interessen – besonders in der Verteilung von Lohn und Profit – gerecht zu werden. Ab den 80er-Jahren änderten sich schließlich die institutionellen Rahmenbedingungen und das Streben nach Profitmaximierung wurde zum primären Zweck des unternehmerischen Wirtschaftens erhoben. Als wesentliche Ursache machen viele Autoren die *Ausweitung des von institutionellen Investoren verwalteten Vermögens* aus, die den Aktienbesitz privater Kleinanleger bündeln, verwalten und ihr Interesse nach möglichst hohen Dividenden auf Hauptversammlungen vertreten (Lütz 2008: 348; Windolf 2005: 23).²⁵ Sie üben eine vielfach stärkere Kontrolle auf die Unternehmensführung aus, denn sie verfügen trotz ihres geringen Anteils an den Aktien des Unternehmens über die Möglichkeit, glaubhaft mit dem Verkauf der Anteile zu drohen (dazu Windolf 2008: 38f.). Eine solche Konstellation schränkt den Handlungsspielraum der Unternehmensführung ein und verändert die Definition von Unternehmenserfolg: Nicht langfristiges Wachstum der Produktion und der Marktanteile sind nunmehr von Bedeutung, sondern die Erwirtschaftung kurzfristiger Renditen. Der in Kapitel I zur Sprache gekommene Geist des Unternehmertums, der Aspekten der Kreativität, Innovationsfreude und Gemeinwohlorientierung bereithält, leidet unter diesen strikten Bedingungen. In dieser

²⁵ Paul Windolf spricht von Investment- und Pensionsfonds, Versicherungen und Investmentbanken als *Investment-Fonds* (2005: 35, Fußnote 38), Deutschmann nennt sie *institutionelle Investoren*. Um möglichen Verwechslungen vorzubeugen, wird im Folgenden die letztere Sammelbezeichnung gebraucht. Zur Entwicklung der von institutionellen Investoren verwalteten Vermögen, vgl. Abbildung 1 im Anhang.

Situation können Risiken von der Geschäftsführung nicht eingegangen und innovative Prozesse nicht angestoßen werden, da dies die Geldgeber abschrecken würde (Deutschmann 2005: 73). Das Unternehmen stellt sich schließlich einem zweifachen Wettbewerb, denn geht es nicht mehr allein um den Absatz des produzierten Gutes auf dem Gütermarkt, sondern ebenso um eine positive Performanz des Unternehmens auf dem Aktienmarkt, da sonst die Finanzierung nicht sichergestellt ist.

Der Übergang vom organisierten Kapitalismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus betrifft im Wesentlichen die Finanzierungsstruktur von Unternehmen.²⁶ Während im organisierten Kapitalismus den Geschäftsbanken eine tragende Rolle in der langfristigen Unternehmensfinanzierung zukam, sind es nun kollektive Akteure wie die genannten Fonds, die nicht als Gläubiger, sondern als Eigentümer der Unternehmen deren Geschäfte finanzieren. Die Aktie ersetzt fortan den Investitionskredit als dominantes Finanzierungsinstrument (Windolf 2005: 23). Unternehmen buhlen um Finanzinvestoren, welche sich auf der Suche nach möglichst hohen Renditen einer marktkonformen Exit-Option zunutze machen können. Schließlich können Aktien aufgrund der im Vergleich zu Krediten geringen vertraglichen Bindung ohne großen Aufwand abgestoßen und neu angekauft werden. So begründet sich auch der *Shareholder-Value* als Unternehmensstrategie über die primäre Verfolgung der Aktionärsinteressen, da diese ihre finanziellen Ressourcen jederzeit zurückziehen können, was zu einem ernsthaften Problem für das gesamte Unternehmen werden kann. Der Konsens zwischen den Interessen der an dem Unternehmen beteiligten Gruppen (*Stakeholder*) ist damit aufgelöst, denn unter dem Druck der institutionellen Investoren müssen andere Ziele der kurzfristigen Gewinnerwirtschaftung untergeordnet werden, wodurch sich auch die Gewinnverteilung zwischen Lohn und Profit zu Ungunsten der Arbeitnehmer verändert.

Neben dem Auftreten dieser neuen kollektiven Akteure trugen seit den 70er-Jahren auch *institutionelle Neuordnungen* zum Heranreifen des Finanzmarkt-Kapitalismus bei. Gemeinsam sind diesen wirtschaftspolitischen Reformen der Abbau internationaler Beschränkungen des Kapitalverkehrs und die Liberalisierung heimischer Finanzmärkte (Lütz 2008: 349), wodurch sich

²⁶ Nicht die Existenz von Finanzmärkten, sondern ihre Bedeutung als primäre *Refinanzierungsquelle* ist prägend für den Finanzmarkt-Kapitalismus. So ist in den Vereinigten Staaten die Börsenkapitalisierung von Unternehmen seit jeher von großer Bedeutung gewesen, dennoch war der Einfluss der Aktienbesitzer auf die Unternehmensführung lange Zeit überschaubar (vgl. Lütz 2008: 345).

zahlreiche neue Wege des Gelderwerbs abseits der Produktionssphäre ergaben und zugleich der Handlungsspielraum der Nationalstaaten eingeschränkt wurde. Drei wesentliche Wegmarken hin zum Finanzmarkt-Kapitalismus seien an dieser Stelle genannt:

- Die Aufhebung des Systems der festen Wechselkurse und die damit verbundene Bindung aller Währungen an den US-Dollar als Leitwährung (Bretton-Woods-System) im Jahr 1973 kann als Beginn der Deregulierung der Finanzmärkte gesehen werden. Seitdem ist es Investoren möglich, über den Handel mit Devisen kurzfristige Kursschwankungen auszunutzen und damit Arbitrage-Gewinne einzufahren. Zugleich wurde den Nationalstaaten die Möglichkeit genommen, durch die Festlegung von Zinssätzen und Wechselkursen die Kapitalströme zu beeinflussen (ebd.). Die volatilen Wechselkurse und die damit verbundenen Wanderungsbewegungen von Investitionen stehen einer langfristigen Planbarkeit entgegen und haben sich volkswirtschaftlich als problematisch herausgestellt (bspw. in der Argentinien-Krise ab 1998).
- Als weiterer Schritt wurden in den 90er-Jahren Gesetze aufgekündigt, die die Trennung von Investmentbanken und Geschäftsbanken vorsahen. So wurde 1999 unter Präsident Clinton der Glass-Steagall-Act aus dem Jahre 1933 aufgehoben, wodurch US-amerikanische Banken riskante Wertpapiergeschäfte mit langfristigen Einlagen und Kreditsicherheiten absichern konnten. Damit wurde die Grundlage für neue Finanzprodukte geschaffen, die eine Mischung der bisher voneinander getrennten Geschäftsbereiche widerspiegelt: Etwa bei der ‚Verbriefung‘ von Schuldtiteln, oder im Handel mit Kreditrisiken durch sog. ‚Kreditausfallversicherungen‘. Um für die Kunden interessant zu bleiben und in der Konkurrenz zu anderen Banken bestehen zu können, wurden mit diesen zunehmend komplexeren Produkten riskante Geschäfte abgewickelt. Die so entstehenden Spekulationsblasen sind ihrerseits ein großes Risiko für Volkswirtschaften, wie zuletzt das Bersten der durch Subprime-Kredite genährten US-Immobilienblase im Jahr 2005 gezeigt hat (dazu ausführlich Campbell 2011).
- Geleitet von der Hoffnung, die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft zu steigern und nationale Haushaltsdefizite mit ausländischem Kapital auszugleichen, wurden ab der 90er-Jahre verschiedene Maßnahmen getroffen, die die Liberalisierung der Finanzmärkte in vielen Industrienationen weiter vorantrieben. Darunter fallen etwa der Abbau von Beschränkungen für ausländische Finanzmarktinvestoren, die Zulassung

neuer Fondstypen (darunter die vielfach kritisierten Hedgefonds) oder Neuregelungen der Bankenaufsicht zugunsten eines größeren Investitionsspielraumes der Banken (Lütz 2008: 350).

- Im europäischen Raum sorgten Reformen der Europäischen Union für die Entgrenzung wirtschaftlicher Faktoren. So wurde mit dem Abbau von Kapitalverkehrskontrollen (ab 1992), der Umsetzung der Wertpapier-Dienstleistungsrichtlinie (1993) und der Einführung des Euros als Gemeinschaftswährung (1999) ein europäischer Binnenmarkt geschaffen, der einen freien Kapitalfluss innerhalb der europäischen Staaten ermöglichte (vgl. ebd.). Jedoch bereitet das Auseinanderfallen des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraumes mit unterschiedlich starken Volkswirtschaften und der weitgehend nationalen Wirtschaftspolitik dem Betrachter in der gegenwärtigen Euro-Krise Sorgen, denn eine koordinierte Regulierungspolitik für die gesamte Euro-Zone scheint unter diesen Bedingungen schwer durchführbar zu sein.

In der Gegenwart angekommen lässt sich für den Finanzmarkt-Kapitalismus attestieren, dass er nicht das Produkt eines natürlichen Ausleseprozesses zwischen konkurrierenden Wirtschaftssystemen ist, wie es Fukuyama verstanden haben möchte (Fukuyama 1992). Er ist im Gegenteil das gewollte Ergebnis einer ganzen Reihe politischer Maßnahmen, welche, getrieben von einer wirtschaftspolitischen Leitidee, alte Schutzmechanismen aushebelten und den Kapitalinvestoren dadurch neue Profitwege ermöglichten. Deutschmann zufolge wurden diese Reformen zum Teil auch unter dem Druck der institutionellen Investoren vollzogen, die ein zunehmend größeres Finanzvermögen verwalten und dadurch mit der Abwanderung zu anderen Finanzplätzen drohen können (Deutschmann 2005: 78). Mit jeder weiteren Liberalisierung des Kapitalverkehrs verbessert sich die Verhandlungsmacht der Investoren, weshalb hier ein Verstärkungseffekt eintritt, der eine Re-Regulierung zunehmend erschwert.

Charakteristisch für die neuen Profitwege über Finanzmarkt-Transaktionen ist ihre partielle Entkoppelung vom Produktmarkt. Zwar findet die Wertschöpfung nach wie vor in der Produktion und den Dienstleistungen (in der *Realwirtschaft*) statt. Doch können die daraus gewonnenen Renditen nicht mit den möglichen Renditen durch Finanzmarktgeschäfte mithalten. So findet, wie Deutschmann feststellt, die Kapitalverwertung nicht mehr *ex post* über den Einsatz als Produktionsfaktoren, sondern *ex ante* durch das Ausnutzen von sich aus Bewertungsdifferenzen ergebenden Kursschwankungen statt:

„Anleger können in ein Unternehmen investieren, nicht mit der Absicht, aus seinen Operationen einen Gewinn zu erzielen, sondern mit dem Ziel profitablen Wiederverkaufs nach einem erwarteten Anstieg der Kurse.“ (Deutschmann 2005: 63)

Dieses Verhalten insbesondere der institutionellen Investoren hat zur Folge, dass die langfristige Performanz des Unternehmens nicht sichergestellt werden kann, da dem das Interesse an einem kurzfristigen Abschöpfen von Arbitrage-Gewinnen entgegensteht. Zugleich setzen sich die Investoren einem nicht geringem Risiko aus, denn die tatsächliche Deckung der auf dem Finanzmarkt eingestrichenen Renditen durch reales Wachstum ist bei weitem nicht gegeben: Während den Anlegern zum Teil Renditeversprechungen im zweistelligen Prozentbereich gegeben werden, gehen die Nettoprofitraten der Unternehmen auf dem Produktmarkt nicht über 8 Prozent hinaus (a.a.O.: 71). Für die Akteure auf den Finanzmärkten besteht ein erhebliches Problem in der Einschätzung von Unternehmen hinsichtlich ihrer Gewinnträchtigkeit, denn dazu bedürfe es einer genauen Einschätzung zukünftiger Entwicklungen. Wie Windolf herausstellt, können die zahlreichen Informationen nur unzureichend zu einer Prognose verdichtet werden, sodass die Orientierung an anderen Investoren zunimmt (Windolf 2005: 30). Letztlich führt die Bildung von ‚*Erwartungs-Erwartungen*‘ zu einem Herdenverhalten der Investoren, wodurch sich der Blick auf die *tatsächliche* Entwicklung eines Unternehmens oder einer Branche weiter eintrübt (vgl. Deutschmann 2005: 70). Dies destabilisiert die gesamte Volkswirtschaft, denn es verändert sich nicht allein die Art der Unternehmensführung durch die „Anpassung der Unternehmen an die operatorischen Logiken des Finanzmarktes“ (a.a.O.: 34). Vielmehr zeigen sich in Krisenzeiten (besonders durch die dann entstehenden Finanzierungsengpässe) Effekte, die weit in die produktive Wirtschaft hineinreichen.

Zusammenfassend sind zwei wesentliche Veränderungen von zentraler Bedeutung: (1) Die kapitalistische Wirtschaft hat mit dem Übergang zum Finanzmarkt-Kapitalismus einen zweiten Dynamisierungsprozess durchgemacht. Nachdem die ökonomische Wertsphäre um das Binnenkriterium des Gewinnstrebens konstituiert wurde, welches autonom gegenüber externen Erwartungen ist, muss man mit der weitreichenden Börsenkapitalisierung großer Unternehmen und dem Heraufkommen der institutionellen Investoren von einer Intensivierung des Gewinnstrebens sprechen. Die neue institutionelle Konfiguration räumt den

Kapitalbesitzern, vertreten durch große Fondsgesellschaften, eine größere Kontrollmöglichkeit ein. Zugleich fehlt ihnen die Bindung zu einem bestimmten Unternehmen, sodass jegliche andere (zumal längerfristige) Motive des Wirtschaftshandelns außer Acht gelassen werden. Mit den Fonds sind die Anleger anonym und ihre Profitorientierung ultimativ geworden. (2) Eine Reihe von politischen Reformen hat die Mobilität des Kapitals und seine Anlagemöglichkeiten vergrößert und damit die Machtstellung der Kapitalbesitzer gestärkt. Mit den Schlagwörtern Liberalisierung und Deregulierung lässt sich schließlich der Prozess des Abbaus von institutionellen Schutzvorrichtungen beschreiben, die u. A. aus den Erfahrungen früherer Krisen heraus geschaffen wurden (z.B. das Bretton-Woods-System oder das Trennbankensystem). Während sich der organisierte Kapitalismus im Wechselspiel von institutioneller Ein- und Entbettung idealtypisch am Extrem der institutionellen Einbettung befindet, stellt der Finanzmarkt-Kapitalismus sein genaues Gegenstück dar. Diese institutionelle Konfiguration zeichnet sich durch ad-hoc-Beziehungen zwischen Unternehmen und weitestgehend anonymen Fondsgesellschaften aus und stößt an immer weniger extern festgelegte Grenzen des Gelderwerbs.

Zur Herkunft der Finanzmarkt-Kritik

Die Entwicklung hin zum Finanzmarkt-Kapitalismus legt aus Sicht des vorgestellten erweiterten Ansatzes von Boltanski und Chiapello nahe, dass es sich dabei um eine Erosion einer legitimen Bewährungsprobe handelt. Bisherige Vorstellungen von der Funktion der Banken als Geldgeber für produktive Wirtschaftszwecke und dem Finanzmarkt als Mittel für die in den Unternehmen realisierte Wertschöpfung, wurden mit dieser Entwicklung untergraben. Stattdessen fand eine Aufwertung der Finanzmärkte statt, welche sich nunmehr als Spielwiese für Investoren präsentieren, wobei die Dienstbarkeit für die Realwirtschaft zur Nebensache wird. Die ‚rationale Temperierung des Erwerbstriebs‘, die Weber zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Entstehung des Kapitalismus ins Feld führte, scheint im „*Casino Capitalism*“ (Strange 1986) verloren gegangen zu sein. Die für legitime Bewährungsproben so charakteristische Rückbindung an moralische Maßstäbe scheint den institutionellen Investoren zu fehlen, was auch auf ihre Anonymität zurückzuführen ist. Diese machen sich das *Recht der Stärke* zueigen, welches auf einem wachsenden Pool an finanziellen Ressourcen durch ständige Einwerbung zusätzlicher Anlagemittel (Deutschmann 2005: 68) basiert. Dazu streben sie danach, immer

neue rentablere Investitionsmöglichkeiten zu erschließen, indem sie ihre Machtposition gegenüber den politischen Verantwortlichen ausspielen. All dies sind deutliche Hinweise, dass das Agieren auf den Finanzmärkten einer Kraftprobe entspricht.

Was an dieser Stelle analytisch hergeleitet wurde, muss allerdings nicht der Sichtweise der Wirtschaftsakteure entsprechen. Daher muss gefragt werden: Ist die Ansicht, wonach der Finanzmarkt-Kapitalismus einer degenerierten Bewährungsprobe gleichkommt, tatsächlich in der Bevölkerung vorzufinden? Wenn dem so ist, in welcher Weise wird diese Kritik präsentiert? Die folgende Ausführung wird diesen Fragen nachgehen, wobei die an die Rollen gebundenen Interessenlagen nach ihrer Eignung für die Kritik am Finanzmarkt-Kapitalismus hinterfragt wird.

(a) In Kapitel II wurde als **Produzentenkritik** jene Kritik verstanden, die von Arbeitnehmern innerbetrieblich durch Arbeitsverweigerung oder über den Arbeitsmarkt durch das Verlassen des Unternehmens geäußert wird. Das Eingehen auf diese Kritik ist die ureigenste Aufgabe des kapitalistischen Geistes, der dadurch das Mobilisationsdefizit an Arbeitskräften beheben muss. Voraussetzung dafür ist allerdings ein Machtgleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit, denn nur dadurch können die restriktiven Wirkungen der Kritik tatsächlich eintreten und einen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitswelt haben. Mit der Globalisierung der Produktion stellt sich die Mobilisation der Arbeitskräfte als geringeres Problem dar, da nun aus einem größeren Pool an Arbeitskräften auf internationalisierten Arbeitsmärkten geschöpft und dem Druck der Kritik durch Produktionsverlagerungen entgangen werden kann. Natürlich bedeutet dies nicht, dass der ‚neue‘ kapitalistische Geist seine Funktion einbüßt, aber das Mobilisierungsdefizit stellt sich nicht mehr als so schwerwiegend dar wie unter den Gegebenheiten einer national begrenzten Produktion.

Auf den Finanzmärkten liegt die Sache anders: Im Gegensatz zu den großen Produktionsstätten des industriellen Sektors (der weiterverarbeitenden Industrie) müssen die institutionellen Investoren nur wenige, hoch qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigen, die zudem ein Gehalt erhalten, welches ihnen zur Existenzsicherung reicht. Zwar sind diese Arbeitskräfte selbst lohnabhängig beschäftigt, identifizieren sich aber vermutlich nur geringfügig mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, sodass sie außerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung stehen. Für die auf den Finanzmärkten tätigen Unternehmen gilt, dass sie sich für die Umsatzerwirtschaftung nicht in dem Maße mit Fragen der optimalen Organisation

der Arbeitskräfte auseinandersetzen müssen, wie dies im industriellen Sektor der Fall ist. Dadurch entfällt weitestgehend das Problem der Massenmobilisierung an Arbeitskräften. Es mag sein, dass das Bedürfnis nach größerer Autonomie, Sicherheit und Gerechtigkeit Widerstände wecken kann, die sich auch unter den Mitarbeitern von Investment- und Pensionsfonds, Versicherungen und Banken als Voice- oder Exit-Kritik bemerkbar machen, doch bleiben diese auf die eigene Arbeitswelt bezogen und haben wohl kaum Auswirkungen auf die finanzmarktbezogenen Strategien ihrer Arbeitgeber. Im Gegenteil partizipieren die Angestellten häufig durch leistungsorientierte Entlohnungssysteme (etwa durch Verkaufsprovisionen oder Gewinnbeteiligungen) an den radikalen Bereicherungsformen des Unternehmens. Es ist nicht vollends ausgeschlossen, dass krisenhafte Erscheinungen auch auf das (psychische) Befinden der Angestellten von am Finanzmarkt tätigen Unternehmen zurückwirken. Dennoch ist davon auszugehen, dass sich auch bedingt durch die Mechanismen der Personalauswahl wohl kaum Arbeitnehmer finden lassen, die den Finanzmarkt-Kapitalismus besonders kritisch sehen, ohne langfristig mit dieser kognitiven Dissonanz zwischen persönlicher Einstellung und Handeln brechen zu müssen.²⁷

(b) Die **Verbraucherkritik** wurde im Kapitel II als die besonders auf den Gütermärkten geäußerte Kritik an der Produktqualität oder an der Herkunft eines Produkts eingeführt. Für die Finanzmärkte lassen sich dazu Parallelen nachzeichnen, denn hier sind es die privaten Kleinanleger, die ihrerseits ein Interesse an einer hohen Qualität der Finanzprodukte besitzen: Diese hohe Qualität zeichnet sich durch ein *ausgewogenes Verhältnis von Rendite und Risiko* aus. Darüber hinaus kann das Anlegen mit Motiven verbunden sein, die über den persönlichen Nutzen hinausgehen (z.B. ethisches Investment oder der Förderung mittelständischer Betriebe). Wie die letzten Jahre gezeigt haben, sind es häufig Zugehörige dieser Gruppe, die aufgrund von fehlender Transparenz um ihr Vermögen gebracht wurden. Grund dafür ist häufig die Tendenz der institutionellen Investoren, durch die Konkurrenz getrieben mit hohen Renditen zu werben, ohne die Kleinanleger über die Risiken der Finanzprodukte aufzuklären, deren Kosten sie im Fall von Fehlinvestitionen zu tragen haben (Windolf 2005: 37, 40). Diese mangelnde Transparenz

²⁷ Ein Weg sich dieser Dissonanz zu entledigen, ist das vollständige Ausscheiden aus der Finanzbranche (eine Form der Exit-Kritik). Bekannt wurde etwa der Fall des früheren Investment-Bankers Geraint Anderson, der unter dem Pseudonym *„city boy“* über zwei Jahre hinweg Kolumnen zu den fragwürdigen Geschäftsmethoden von Londoner Investmentbanken schrieb, bevor er 2008 aus der Branche ausstieg (vgl. das Interview in der Süddeutschen Zeitung: „Ich fühle mich wie ein Sünder“, Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010).

und das unter den privaten Kleinanlegern vorhandene Unwissen über die Vorgänge auf den Finanzmärkten tragen dazu bei, dass die institutionellen Investoren wirtschaftlich an Einfluss gewinnen, mögliche Verluste hingegen als Vermögenseinbußen bei privaten Kleinanlegern zu Buche schlagen.²⁸ Da sich auch private Kleinanleger mit der Koordination ihrer Handlungen schwer tun, artikuliert sich die *Voice-Kritik* stellvertretend über Verbraucherschutzorganisationen und Aktionärsverbände. Der Unmut über den Umgang mit dem angelegten Geld mündet in die Forderung nach größerer Transparenz und einer hochwertigeren Bewertung der Finanzprodukte. An dieser Stelle kommen Analysten ins Spiel, denen diese Aufgabe anvertraut wird – offenbar als marktendogene Lösung dieses *Agency-Problems*.²⁹

Eine Kritik an den Investitionsstrategien ist vonseiten der Kleinanleger nur dann zu erwarten, wenn die Transparenz nicht gegeben ist und das Risiko nicht kalkulierbar wird. Da es allerdings für die privaten Kleinanleger primär um hohe Renditen geht, sind sie (zumindest implizit) mit der Strategie des „Shareholder-Values“ einverstanden und machen sich über die Folgen ihrer Beteiligung keine großen Gedanken. Dazu passt die Schilderung von Deutschmann:

„Der gerade in Mittelschichtskreisen so gern beklagte ‚Terror der Ökonomie‘ geht nicht auf finstere Mächte, sondern zu einem erheblichen Teil auf die gut entwickelten finanziellen Instinkte der gleichen Mittelstandsbürger selbst zurück. Solange die Einsicht in den Zusammenhang zwischen der eigenen Opfer- und Täterrolle so gering ist wie in der Gegenwartsgesellschaft, wird auch politisch über das Kurieren der Krisensymptome des Finanzmarktkapitalismus hinaus wenig getan werden können.“
(Deutschmann 2005: 81)

Offenbar macht sich die Mittelschicht keine großen Gedanken darüber, worin eigentlich die Folgen ihrer Geldanlagen liegen und woher die Renditen kommen. Dazu nochmals Deutschmann:

²⁸ Auch in den wiederkehrenden Finanzmarktkrisen findet nach Deutschmann eine Umverteilung zulasten der meisten Kleinanleger statt: „Gewinner sind dabei in der Regel die professionellen Spekulanten (Insider), die rechtzeitig ein- aber auch wieder aussteigen. Verlierer sind die ‚Outsider‘, das heißt das breite Publikum der Amateure, die regelmäßig zu spät einsteigen und dann ebenfalls zu spät und mit großen Verlusten aussteigen.“ (Deutschmann 2008b: 5)

²⁹ Unter einem *Agency-Problem* (auch *Principal-Agent-Problem*) wird das opportunistische Ausnutzen eines Informationsvorteils gegenüber des Prinzipals (hier den privaten Kleinanlegern) seitens des Agenten (den Investment-Fonds) verstanden (vgl. Windolf 2005: 37).

„Weit verbreitet ist die Vorstellung, man habe so etwas wie ein ‚Naturrecht‘ auf Rendite. Stellen sich dann Verluste statt Gewinne ein, so fühlt man sich betrogen und möchte seine Ansprüche vor Gericht durchzusetzen. (...) Der Gewinn scheint aus dem Portfolio zu fließen wie der Strom aus der Steckdose.“ (Deutschmann 2008b: 13)

Eine solche Diagnose mag nicht auf alle Anleger zutreffen, denn es gibt auch Anleger, die sich einer aus der Zeit des organisierten Kapitalismus entstammenden Illusion hingeben und meinen, durch ihren finanziellen Beitrag die Mittel zu neuen Innovationen bereitzustellen, mit denen das Unternehmertum Wohlstand und Arbeitsplätze sichern kann. Dieser Gedanke ist keineswegs falsch, jedoch ist er für fortgeschrittene und internationalisierte Finanzmärkte mit ihren neuen Akteuren nicht mehr haltbar: Die bei Smith anzutreffende Idee, durch die Verfolgung der eigenen Interessen (hohe Renditen als Dividenden oder Zinsen) auch dem Gemeinwohl etwas Gutes zu tun (Innovationsförderung, Arbeitsplatzsicherheit, prosperierende Industrie), verliert dann an Gültigkeit, wenn institutionelle Investoren ihren Einfluss nutzen, um ein Unternehmen *gerade nicht* zukunfts- und wettbewerbsfähig zu machen. Dann können sich zwar die privaten Kleinanleger im günstigen Fall ihrer Renditen sicher sein, allerdings verbunden mit negativen Effekten für die Realwirtschaft.

Die Divergenz zwischen den Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und (langfristige) Wirtschaftlichkeit der Unternehmen soll keineswegs als universal gültig missverstanden werden. Nach wie vor gibt es viele Unternehmen (besonders mittelständische Unternehmen) deren Finanzierung entweder durch ein dauerhaft gutes Verhältnis zu lokalen Kreditinstituten oder durch klassische Eigentumsstrukturen, die sich durch Langfristigkeit und persönlichen Beziehungen auszeichnen, annähernd gesichert ist. Zudem gibt es auch auf der Seite der privaten Kleinanleger manches Bestreben, sozial verantwortlich zu investieren und sich so für eine Neuausrichtung der Wirtschaft stark zu machen (Hiß 2006: 100f.). In diesem Fall bekommt das eigennützige Streben in der Verantwortlichkeit für die Folgen des Investments eine wichtige Ergänzung – freilich bedarf dies einer transparenten Darlegung über die tatsächlichen Auswirkungen, da sonst diese Form der *marktkonformen Exit-Kritik* ins Leere laufen würde.

Zurück zur Frage nach den möglichen Trägern einer generellen Kritik an den Finanzmärkten. Wie aufgezeigt wurde, besteht diese Kritik in der Erosion der legitimen Bewährungsprobe, die die Bereicherung auch dann ermöglicht, wenn diese der Wirtschaftlichkeit von Unternehmen

entgegensteht. Da geradezu das einzige Ziel der institutionellen Investoren darin besteht, die Renditen ihrer Anleger zu maximieren, kann nicht erwartet werden, dass diese von sich aus ihre Bereicherungsstrategien beschränken. In der Konkurrenz mit anderen Finanzdienstleistern würden sie sich damit ökonomisch schlechter stellen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Selbstbeschränkung auch ökonomisch positive Wirkungen haben kann. Dazu bedürfe es des eben erwähnten Bewusstseins der privaten Kleinanleger über die Auswirkungen ihrer Geldanlagen. Mit diesem Bewusstsein scheint es allerdings (darin darf man Deutschmann folgen) nicht weit her zu sein.

(c) Bleibt die **Bürgerkritik** als mögliche Trägerin einer generellen Kritik an den Finanzmärkten. Wie bereits im vorigen Kapitel gezeigt, beinhaltet die Bürgerkritik häufig die Forderung nach Regulierung einer Bewährungsprobe. Gleichmaßen gilt dies auch für die Kritik an den Finanzmärkten: Der im öffentlichen Raum geäußerte Unmut über die illegitimen Bereicherungsformen der Finanzmarkt-Akteure und den negativen Folgen ihrer Strategien (in Form von Unternehmensaufspaltungen, Massenentlassungen, Lohnkürzungen, bis hin zu den Folgen von Finanzmarkt-Krisen) wird in gebündelter Form von sozialen Bewegungen aufgenommen und als *Voice-Kritik* an die Politik gerichtet. Dahinter steht die Überlegung, dass die politischen Entscheidungsträger Maßnahmen zur Re-Regulierung des Finanzmarktes und zur Förderung von sicheren Finanzierungsformen für Unternehmen treffen sollen. Zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren zählen dabei nicht allein Gruppierungen, die durch Demonstrationen, Blockaden und anderen Protestaktionen eine Gegenöffentlichkeit auf der Straße aufbauen wollen. Auch Gewerkschaften und Industrieverbände können sich durch ihr öffentliches Auftreten als kollektive Akteure der Bürgerkritik anschließen und die Forderung nach einer schärferen Regulierung teilen, denn sowohl aus der Sicht der Arbeitnehmer als auch der Unternehmer bestünde angesichts des Drucks zur „kapitalmarktorientierten Unternehmensführung“ (Deutschmann 2008b: 17) Anlass dazu.

In ihrer Rolle als Staatsbürger haben die Menschen schließlich die Möglichkeit, Politiker zu wählen, die dem Bedürfnis nach einer stärkeren Regulierung nachkommen möchten. Eine Politik die es nicht schafft, das Bereicherungsstreben der Kapitalbesitzer über die Finanzmärkte in Zaum zu halten, würde über die Abwanderung (*Exit-Kritik*) von Wählern auf dem politischen Markt bestraft werden. Daher bemühen sich die Repräsentanten der Parteien um eine Programmatik, die Maßnahmen zur institutionellen Veränderung bereithält: Angefangen von

der Einführung einer Finanztransaktionssteuer, über die Straffung der Banken- und Finanzaufsicht bis hin zum Vorschlag der erneuten Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken. Als markteigener Mechanismus kann so ein Wettbewerb um die besten politischen Lösungen ausgelöst werden, wobei die Wähler am Wahltag in Vorleistung treten, denn ob eine neue Regierung tatsächlich diese Maßnahmen ergreift, bleibt offen.

Im Vergleich der drei Kritikpfade zeigt sich das größte Potential für eine Kritik des Finanzmarktes als degenerierter Bewährungsprobe in der Bürgerkritik. Allein ihre Perspektive ist weit genug, um auch generelle Fragen des menschlichen Zusammenlebens – und eben auch des gemeinschaftlichen Wirtschaftens – zu stellen. Allein der sozialen Rolle *Bürger* ist es eigentümlich, Kritik als Tugend (Bürgerpflicht) aufzufassen und dementsprechend Missstände anzuprangern. Letztlich beanspruchen die in der Bürgerkritik vermittelten Forderungen im Namen eines gemeinschaftlichen Interesses zu stehen (charakteristisch dafür ist der Slogan der Occupy-Bewegung: *‘We are the 99%’*). Speziell die Kritik an den Finanzmärkten orientiert sich an Gerechtigkeitsidealen, die die Erträge des Kapitalismus nicht einseitig zugunsten eines reichen Bevölkerungsteils verstanden wissen will, sondern keinen von diesen Erträgen ausschließt. In diesem Sinne sind die Occupy-Bewegung und die globalisierungskritische Bewegung das Produkt eines Wirtschaftssystems, das die Ungleichheit durch einseitige Umverteilungen zugunsten der auf dem Finanzmarkt aktiven Großinvestoren intensiviert hat. Vor diesem Hintergrund kann die Kritik am Finanzmarkt-Kapitalismus nicht als korrektive Kritik beschrieben werden, sondern geht es dieser Kritik um die Implementierung von externen Schranken, die die zur Überhitzung neigenden Finanzmärkte samt der auf ihnen vorhandenen Akteure temperieren und wieder auf ein erträgliches Maß zurückstufen. Ob die Kritik allerdings mit den Dimensionen ‚Sozialkritik‘ und ‚Künstlerkritik‘ zu fassen ist, bleibt fraglich, da die Kategorisierung in ‚Ausbeutung‘ und ‚Entfremdung‘ außerhalb der Arbeitswelt blass erscheint. Eine weitere Erörterung dazu kann an dieser Stelle nicht stattfinden.

Der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus – Eine Beschreibung

Im Anschluss an die erweiterte Fassung des Theoriemodells Boltanskis und Chiapellos und der Schilderungen der Kritik am Finanzmarkt-Kapitalismus soll nun der Frage nachgegangen werden, wie sie im Titel dieser Arbeit gestellt wurde: Gibt es einen Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus? In Analogie zur Studie der beiden französischen Autoren wird die Relevanz dieser

Frage darin gesehen, dass sich der Hauptschauplatz der kapitalistischen Akkumulation offenbar von der Arbeitswelt hin zu den Finanzmärkten verlagert hat, wobei sich auch dort Fragen nach der Mobilisation wesentlicher Ressourcen und der Legitimation dieses neuen Produktionsregimes stellen. Im vorigen Abschnitt wurde bereits aufgezeigt, dass dieser neue Typus des Kapitalismus sich durchaus Kritik ausgesetzt sieht, welche an seiner legitimatorischen Basis nagt. Nach Boltanski und Chiapello besteht die Aufgabe eines kapitalistischen Geistes darin, dieser Kritik durch das Ausrichten der Rechtfertigung an ihren Inhalten zu begegnen. Ähnliches ließe sich auch für den Geist des Finanzkapitalismus vermuten. Entsprechend ließe sich die im Folgenden zu bearbeitende These aufstellen: *Auch der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus vermag es, die Kritik an den Finanzmärkten zu antizipieren, sein Rechtfertigungssystem nach ihr auszurichten und so die Beteiligten geistig an sich zu binden.*³⁰

Bevor auf diese These eingegangen werden kann, müssen zunächst die Herausforderungen eines Geistes des Finanzmarkt-Kapitalismus umrissen werden. Diese lassen sich (ebenfalls in Analogie zum ‚neuen‘ kapitalistischen Geist) in zwei möglichen Problemlagen zusammenfassen:

(1) *Mobilisation*: Im Gegensatz zum in der Produktionssphäre verankerten Geist nach Boltanski und Chiapello geht es nicht mehr länger darum, Arbeitskräfte als bedeutende Ressource zur Teilnahme am Kapitalismus zu mobilisieren. Der Finanzmarkt entbehrt weitestgehend der Produktion von realen Gütern und damit der Organisation der Arbeit, sondern ist auf Geldvermögen angewiesen, welches als *fiktives Kapital* investiert wird (vgl. Windolf 2005: 26). Dazu bedarf es, wie Deutschmann bezogen auf die institutionellen Investoren als wichtigste Akteure der Finanzmärkte schreibt, der Einwerbung zusätzlicher Anlagemittel: „Weil die versprochenen Renditen aus der normalen Verwertung des investierten Kapitals nicht zu bedienen sind, muss dafür gesorgt werden, dass ständig frisches Geld ins System fließt und die Kurse nach oben treibt“ (Deutschmann 2005: 67). Der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus muss demnach die Motivation der Kleinanleger aufrecht erhalten und ihnen immer neue Anlagemöglichkeiten geben. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung sind die in vielen Ländern Europas angestoßenen Reformen der Sozialsysteme, besonders auf dem Feld der Altersvorsorge, welche den privaten Fonds Ersparnisse zukommen ließ, die vormals in staatlichen Versicherungen gebunden waren (a.a.O.: 68).

³⁰ Zur Formulierung, vgl. Boltanski/Chiapello 2006: 517.

Im ersten Kapitel wurde die von Boltanski und Chiapello beschriebene Lage der Arbeitnehmer diskutiert und geschildert, dass weder struktureller Zwang noch höhere Löhne als Anreiz die Beteiligung dieser Gruppe am Kapitalismus erklären können. Ähnlich verhält es sich auch mit den privaten Kleinanlegern, wenn auch auf andere Art: Zum einen besteht kein struktureller Zwang, ihr Geld den institutionellen Investoren zur Verfügung zu stellen, denn als Verbraucher befinden sie sich untereinander nicht im Wettbewerb. Einzig die Angst vor einem Wertverlust des Geldes könnte diese Gruppe zur Anlage ihres Vermögens verleiten, wobei die Realzinsen positiv sein sollen, doch heißt dies nicht, dass dieses Geld den Fonds zukommen muss. Zum zweiten wirken hohe Renditeversprechen für private Kleinanleger tatsächlich als Anreiz, denn jenseits von strukturellem Zwang lässt sich keine andere Erklärung für die steigenden verwalteten Vermögenswerte der institutionellen Investoren finden.³¹ Jedoch kann dies unter der Kenntnis der ökonomischen Zusammenhänge irrational sein, denn wie Deutschmann aufzeigt, sind sie zugleich Täter und Opfer ihres Handelns: Als Geldanleger fördern sie die Strategie des *Shareholder-Values*, welche sie als Arbeitnehmer den Arbeitsplatz kosten könnte.

Es muss also ein weiteres Motiv geben, das implizit zur Entscheidung, sein Geld den institutionellen Investoren zu überlassen, beiträgt. Der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus, sofern es ihn denn gibt, profitiert dabei von der tradierten Vorstellung der privaten Kleinanleger, mit ihren Einlagen zur Prosperität der Unternehmen beizutragen. Damit ist der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus aber eine Ideologie im herkömmlichen Sinn: Er mobilisiert Kapitalvermögen indem er die realen Zusammenhänge *verschleiert*. In Realität tragen die Anleger zur Konzentration des fiktiven Kapitals in den Händen der institutionellen Investoren bei und fördern damit die spekulativen Bereicherungsformen, die sie im nächsten Moment als unerträgliche Auswüchse des Finanzmarkt-Kapitalismus kritisieren. Bedeutete für Boltanski und Chiapello der kapitalistische Geist noch „eine Ideologie (...), die das Engagement für den Kapitalismus rechtfertigt“ (Boltanski/Chiapello 2006: 43), so ist diese neue Erscheinungsform ebenso als Ideologie zu beschreiben, die die ohnehin vorhandene Sparfreude der privaten Kleinanleger durch die Ablenkung von den realen Zusammenhängen und der Überbetonung des Eigennutzes (Rendite!) aufrecht erhalten soll. Letztlich wendet sich der Geist damit zugleich

³¹ Keineswegs soll hier behauptet werden, dass es nicht auch andere Bestrebungen der privaten Kleinanleger gibt. Tatsächlich ist im Moment zu beobachten, dass viele Anleger zu klassischen Anlagen mit geringem Risiko zurückkehren und dafür auch Vermögensverluste hinnehmen, da die Inflationsrate häufig größer als die Rendite ist (vgl. Abbildung 2 im Anhang).

gegen Bestrebungen des Anlegerschutzes, der eine größere Transparenz über die Finanzprodukte und die damit verbundenen ‚Wetten‘ einfordert.

(2) *Legitimation*: Für den von Boltanski und Chiapello beschriebenen Geist besteht die Lösung des Mobilisationsdefizit noch darin, mithilfe von Rechtfertigungsmustern die Legitimation des Kapitalismus aufrecht zu erhalten und so die Arbeitnehmer zur Arbeit zu bewegen. Es wurde in Kapitel I bereits dargelegt in welcher Weise die Umgestaltung der Arbeitswelt zu einer Legitimation dieses Systems beiträgt. Den Arbeitnehmern bleiben Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen nicht verborgen, denn jegliche Maßnahmen die vorsehen, die Organisation der Arbeit zu verändern, betreffen direkt die Beschäftigten der Betriebe: Die Befolgung von neuen Vorschriften der Vorgesetzten, die Schaffung interner Arbeitsmärkte, die Einführung befristeter Arbeitsverträge, die Erhöhung des Arbeitstaktes oder die Drohung, bei Nichtbefolgung gekündigt zu werden – dies alles sind situativ sichtbare Tatbestände, die von den Betroffenen direkt erfahren und subjektiv als Missstand aufgefasst werden. Demgegenüber wirken die negativen Effekte der Finanzmärkte nur dann direkt auf die privaten Kleinanleger zurück, wenn deren Geldbestand aufgrund verlustreicher Spekulationen zu schrumpfen beginnt. Jedwede *real*ökonomischen Effekte zeitigen sich hingegen erst in einem über Unternehmenskontrolle und Geschäftspolitik vermittelten Prozess, der möglicherweise dieselben Personen in ihrer Rolle als Arbeitnehmer treffen kann. Dies erschwert die kausale Rückführung auf die eigenen Handlungen, wodurch Transparenz unabdingbar – jedoch nicht im Sinne eines Geistes des Finanzmarkt-Kapitalismus wäre. Solange gewährleistet bleibt, dass das Kapital durch private Anlagen dem Finanzmarkt zugeführt wird, bedarf es keiner Rechtfertigungsmuster gegenüber den privaten Kleinanlegern. Die Legitimation ist durch den *Glauben* an die guten Wirkungen der eigenen Geldanlagen garantiert.

Der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus schafft es zwar, die privaten Kleinanleger bei Laune zu halten und löst damit das Mobilisationsdefizit. Dennoch sieht er sich einem anderen Problem ausgesetzt: Wie lässt sich der Kritik begegnen, wonach die Finanzmärkte eine erodierte Bewährungsprobe seien – paradoxerweise eine Kritik, die von denselben Personen geäußert werden kann, die zunächst noch als private Kleinanleger nach hohen Renditen streben. Damit benötigt der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus schließlich doch Rechtfertigungsmuster, mit denen er der als Bürgerkritik formulierten Forderung nach Regulierung der Finanzmärkte begegnen kann, ohne dabei die Akkumulation des (fiktiven) Kapitals zu gefährden. Gegenüber

einer aufmerksamen Öffentlichkeit muss er begründen können, auf welche Weise der Finanzmarkt-Kapitalismus dem Allgemeinwohl dient und weshalb eine Regulierung diesem Zweck entgegensteht.

Zusammenfassend zeigen sich einige Hürden, die einer einfachen Übertragung des Geist-Konzeptes von Boltanski und Chiapello entgegenstehen. Zum einen besteht die Lösung des Mobilisationsdefizits nicht darin, die Kleinanleger durch Rechtfertigungen zur Mitwirkung zu begeistern, sondern die tatsächlichen ökonomischen Verkettungen zu verbergen und darüber hinaus durch den Appell an den Eigennutz noch mehr privates Vermögen zu akquirieren. Zum zweiten ergibt sich daraus, dass die Legitimation seitens der privaten Kleinanleger unter der Voraussetzung eines ausreichenden Anlegerschutzes bereits gegeben ist, der öffentlichen Forderung nach einer Regulierung hingegen anderweitig begegnet werden muss. Im folgenden Abschnitt wird aufgezeigt, dass mit der Transformation des organisierten Kapitalismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus eine Zunahme der Kritik zu beobachten ist: Die Forderungen nach einer stärkeren regulativen Einbettung der Finanzmärkte und dem Verbot bestimmter Spekulationsstrategien haben sich mit der Finanzkrise seit 2008 nochmals verstärkt. Damit sehen sich die Verfechter des Finanzmarkt-Kapitalismus (allen voran die Manager großer Investment- und Pensionsfonds und Banken) einem großen öffentlichen Druck ausgesetzt, der sie zu einer Reaktion drängt.

Rechtfertigungsversuche

Polanyi sah innerhalb der Gesellschaft zwei Organisationsprinzipien am Werk, deren Doppelbewegung einem Kräfterennen auf dem Gebiet der institutionellen Ordnung entspricht:

„Das eine war das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das auf die Schaffung eines selbstregulierenden Marktes abzielte (...) und als Methode weitgehend Laissez-faire und den Freihandel benützte; das andere war das Prinzip des Schutzes der Gesellschaft, das auf die Erhaltung des Menschen und der Natur sowie der Produktivkräfte abzielte (...) und Schutzgesetze, Schutzvereinigungen und andere Interventionsmittel als Methoden benützte.“ (Polanyi 1977: 172)

Obwohl dieser Befund auf das Jahr 1944 datiert, finden sich beide Prinzipien auch heute noch als grundlegend unterscheidbare Ideen über die richtige Wirtschaftspolitik wieder. Das Prinzip

des Wirtschaftsliberalismus erlebt seit den 80er-Jahren ein Comeback, firmiert seither unter der Bezeichnung ‚Neoliberalismus‘ und löste die Ära des ‚Keynesianismus‘ ab. Bis dato war eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mit staatlichen Interventionen in den Markt zum Schutz der Menschen vor den negativen Effekten des Marktes (allen voran die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verstetigung der Einkommen) weitestgehend anerkannt. In den 80er-Jahren fand ein radikaler Richtungswechsel statt, der besonders von den Ökonomen der Chicagoer Schule angestoßen wurde und nicht Vollbeschäftigung, sondern Preisstabilität als einziges Zielkriterium vorsah (vgl. Crouch 2011: 14).³² Wie Crouch feststellt, geht mit dem Richtungswechsel hin zum Neoliberalismus auch eine Umdeutung des Wettbewerbs einher, denn die Analyse gilt seither nichtmehr dem Prozesscharakter und der daran anschließenden Frage, wie der Wettbewerb zum Schutz der Produktivkräfte und seiner selbst (!) eingebettet werden kann. Stattdessen wird der Output des Wettbewerbs von vornherein als Wohlfahrtssteigernd betitelt und die Forderung nach möglichst freien Märkten mit Nachdruck geäußert (a.a.O.: 16f.). Das tiefe Misstrauen gegenüber der Fiskalpolitik setzte sich in der Folge auch in den zuvor beschriebenen Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen um und ist seitdem die dominante wirtschaftspolitische Leitidee.

Die Bedeutung dieses politischen Richtungswechsels wurde bereits in der Entwicklung zum Finanzmarkt-Kapitalismus aufgezeigt. Es lässt sich argumentieren, dass der Neoliberalismus der ideelle Wegbereiter dieser Transformation der institutionellen Konstellation ist (siehe dazu ausführlich Blyth 2002). Offenbar sind die Stärken des Neoliberalismus auch darin zu sehen, dass er zum einen flexibel genug ist, um mit anderen politischen Ansätzen (etwa dem Konservativismus) kombiniert zu werden (Crouch 2011: 22). Zum anderen macht ihn sein dennoch vorhandener fundamentaler Charakter gegen Kritik immun:

„Marktfundamentalisten wissen sehr genau, dass sie eine Angriffsideologie proklamieren. Auf diese Weise wird die transportierte Botschaft unerschöpflich. Wo immer die Marktradikale Doktrin scheitert, können ihre Anhänger geltend machen, dass nach wie vor marktbegrenzende Institutionen wirken, die den Wettbewerb

³² „Policy-makers were persuaded by economic experts to abandon Keynesianism in favour of a tougher approach. Full employment was rejected as a direct object of policy rather than as by-product of a sound economy (...)“ (Crouch 2011: 14)

verzerren und dadurch Fehlallokationen bewirken, (...) Insofern hat der Marktfundamentalismus immer Recht“ (Dörre 2009: 30)

So gesehen wähnen die größtenteils im Verborgenen handelnden Vertreter dieser Ideologie auf sicherem Boden, zudem entspricht die Idee deregulierter Märkte so ganz dem Interesse der neuen Finanzmarkt-Akteure, die ihrerseits den Reformdruck auf die Politik vergrößern. Jedoch sind gerade sie in einem verhängnisvollen Prozess verhaftet, denn sie *müssen* immer mehr Bereiche der Verwertbarkeit durch institutionelle Investoren zuführen, da sonst spekulative Blasen umso wahrscheinlicher werden: „Expansion setzt Einwerbung voraus, die Einwerbung wiederum kann nur dann anhalten, wenn für die eingeworbenen Mittel auch profitable Anlagefelder gefunden werden.“ (Deutschmann 2005: 70). Folglich sind die institutionellen Investoren der Bereitschaft der Politik zur weiteren Privatisierung und Deregulierung bisher marktunabhängiger Bereiche unumgänglich ausgeliefert. Andererseits verfügen sie durch die anwachsende Kapitalmobilität auch nach der Finanzkrise ein großes Drohpotential, wodurch sich mitunter das ‚befremdliche Überleben des Neoliberalismus‘ („*The Strange Non-Death of Neoliberalism*“, Crouch 2011) erklären lässt.

Angesichts dieser Entwicklungen hat der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus einen schweren Stand. Er muss sich mit zwei Forderungen auseinandersetzen, die gegensätzlicher nicht sein können: Einerseits, dem Prinzip des Wirtschaftsliberalismus folgend, der Forderung nach weiteren Maßnahmen zur Privatisierung und Deregulierung; andererseits der Forderung nach einer Einhegung des Finanzmarkt-Kapitalismus durch regulative Eingriffe des Staates zum Schutz der Gesellschaft. In Anbetracht dieses offensichtlichen Dilemmas lässt sich vermuten, dass der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus, bevor er überhaupt in Erscheinung tritt, bereits obsolet ist. Ein Kompromiss zwischen den beiden Prinzipien scheint zwar aussichtslos zu sein, dies bedeutet aber nicht, dass der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus nicht trotzdem Rechtfertigungen bereithält, die in der offensiven Verteidigung des Finanzmarkt-Kapitalismus als Produktionsregime bestehen. Kurz gesagt: Der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus muss *Überzeugungsarbeit* leisten und begründen, weshalb ein von Finanzmärkten gesteuerter Kapitalismus das Wohl jedes Einzelnen fördern kann. Er antizipiert damit die Bürgerkritik nicht in dem Sinne, institutionelle Veränderungen anzustoßen, sondern einzig und allein, um sein Argumentationsmuster zu komplettieren und zu begründen, weshalb der Status Quo dem Allgemeinwohl dient.

Der Neoliberalismus dient somit als *normative Richtschnur*, jedoch bedarf es ebenso der Rückbindung der Rechtfertigungsmuster an legitime Wertordnungen. Wie im ersten Kapitel gezeigt wurde, zeichnen sich legitime Bewährungsproben durch ein Wertigkeitsmaß aus, dass es möglich macht, eine Rangordnung zwischen Personen zu bilden und danach die Anerkennung zu verteilen. Eine Wertigkeitsordnung, die mit den neoliberalen Ideen durchaus zu harmonisieren scheint, ist die *marktwirtschaftliche Polis* (vgl. Boltanski/Chiapello 2006: 63). Bereicherung und Gewinnstreben sind in dieser Ordnung keineswegs verwerflich, sondern als wirtschaftliches Handeln geboten, wobei Reichtum als Resultat dieses Handelns Anerkennung verdient.³³ Dies erinnert stark an die von Weber postulierte Idee der ‚innerweltlichen Bewährung‘, freilich mit der Einschränkung, dass Reichtum nicht als Zeichen der Gnadengewissheit gesehen wird. Dennoch bedarf es für ein ausgereiftes Rechtfertigungsmuster eines Bezugs zum Allgemeinwohl. Aufbauend auf den Ideen Adam Smiths verdient derjenige Erfolg und Anerkennung, der es schafft, begehrte Güter anzubieten und damit das Wohl der Kundschaft (bzw. die Konsumentenrente) zu maximieren. Egoistische Neigungen werden somit durch den Markt zu einer würdevollen Form der Teilhabe am Gemeinwohl (Boltanski/Thévenot 2007: 270).

Wie passt aber die Bereicherung, das Streben nach Profiten (oder im Fall der Finanzmärkte nach Renditen) mit dem ureigenen Kriterium der Bewährungsprobe nach Delegitimierung bestimmter Bereicherungsformen zusammen? Das Vorhandensein der marktwirtschaftlichen Wertordnung und die Anerkennung von Markterfolgen sind gleichsam kein Freibrief für *jede* erdenkliche Form der Bereicherung: Ein Markt, auf dem sich der ressourcenstärkere Kontrahent mit undurchsichtigen Strategien durchsetzen kann und auf diese Weise Profite macht, entspricht gerade nicht einer legitimen Bewährungsprobe – folglich wird dem ‚Sieger‘ kaum Anerkennung zu Teil. Wenn sich auf den ersten Blick der Neoliberalismus und die marktwirtschaftliche Polis zu ergänzen scheinen, ist an diesem Punkt der Bruch beider Ideenwelten offenbar: Wenn die Deregulierung der Märkte eine Ausweitung der Bereicherungsformen zur Folge hat und diese nicht mehr durch Barrieren zum Schutze des

³³ Dass die vielen Gemeinsamkeiten zwischen dem Neoliberalismus und der marktwirtschaftlichen Polis keinesfalls zufällig sind, erklärt sich dadurch, dass Boltanski in einer früheren Studie die „Welt des Marktes“ auf der Grundlage eines Ratgebers über „die Kunst geschäftlichen Erfolgs“ und nicht zuletzt auf den Arbeiten Adam Smiths abgefasst hat (Boltanski/Thévenot 2007: 217f.).

Wettbewerbs und der Gesellschaft beschränkt sind, kann auch eine marktwirtschaftliche Polis nicht mehr zur Legitimation dieser Märkte beitragen.³⁴

Schlussendlich findet der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus keine argumentative Basis um den Finanzmarkt-Kapitalismus zu legitimieren. Im Gegenteil neigt er dazu, die Kritik anstatt sie aufzunehmen, harsch abzublocken und zu riskieren, dass mit jeder krisenhaften Erscheinung diese noch stärker wird. Damit folgt der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus, anders als der kapitalistische Geist der Arbeitswelt einer ruinösen Logik, die ihn letztlich zum Anti-Geist werden lässt: Nicht die Anpassung an die Kritik macht ihn zum Garant der Stabilität des Kapitalismus, stattdessen schottet er die Kapitalakkumulation vor der Kritik ab und sorgt gerade nicht für eine Limitierung des unersättlichen Akkumulationsprozesses. Damit ist die vorangestellte These, wonach der Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus die Beteiligten geistig an sich binden kann, hinfällig. Dies darf allerdings nicht mit der gänzlichen Funktionslosigkeit des Geistes gleichgesetzt werden, denn zum Erhalt des *Status quo* bedarf es ihn durchaus – als Fassade und Brandmauer gegen jeglichen Einspruch. Wenn aber die Wellen der Kritik in Folge wiederkehrender Krisen zu hoch schlagen, kann die Stabilität des Finanzmarkt-Kapitalismus nicht mehr garantiert werden.

³⁴ Sofern man eine größere Passung zwischen einem wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog und der marktwirtschaftlichen Polis finden möchte, ist man mit dem Keynesianismus besser bedient, denn der Blick auf die Marktprozesse und das Ziel, wettbewerbsbedingte Selektionsprozesse zu unterbinden, ermöglichen die Einbettung des Marktes zum Schutz der Gesellschaft (vgl. Crouch 2011: 12).

Schlussbetrachtung: Auf dem Weg zum ‚vierten Geist‘?

Zwischen egoistischen Antrieben und strukturellem Zwang ist es der kapitalistische Geist, der den modernen Menschen zu seinem wirtschaftlichen Handeln bewegt. Wie zu Beginn dieser Arbeit aufgezeigt wurde, unterscheidet sich allerdings der neue Geist als ‚*Rechtfertigungsordnung*‘ von Max Webers Definition der ‚*Wirtschaftsgesinnung*‘. Während die wertrationale Fundierung bei Weber als inkorporierte Haltung zur Welt zum Ausdruck kommt, bleibt diese bei Boltanski und Chiapello vorerst äußerlich und überlässt es dem Akteur, sich von den bereitgestellten Motiven überzeugen zu lassen. Damit handelt der Wirtschaftsmensch nach Boltanski und Chiapello letztlich zweckrational – wenn auch der Zweck durch eine wertrationale Orientierung, der Orientierung an Gerechtigkeitsidealen, gesetzt wurde. Zugleich ist für Boltanski und Chiapello der neue Geist eine Ideologie, allerdings nicht in dem Sinne, dass er Fassaden errichtet, die eine Mehrheit der Bevölkerung vom tatsächlichen Kernprozess, der Kapitalakkumulation zugunsten der Kapitalbesitzer, ablenken soll. Sie stellen stattdessen explizit heraus, dass vom kapitalistischen Geist auch Strukturveränderungen ausgehen können (Boltanski/Chiapello 2006: 67).

Wenn man mit Boltanski und Chiapello die Auffassung teilt, dass Kritik strukturverändernd wirken kann, ist es plausibel, von einem Geist auszugehen, der zwischen der Gesellschaft und der Wirtschaft vermittelnd tätig ist. *Wie* diese Vermittlung aussieht, ob mit der Rezeption der Kritik im Sinne des *neuen* Geistes oder der Abwehr der Kritik im Sinne des hier geschilderten Geistes des Finanzmarkt-Kapitalismus, ist von Fall zu Fall neu zu klären. Die Ausführungen zum Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus haben gezeigt, dass sich die Erscheinung des ‚vierten Geistes‘ weder als subjektive Wirtschaftsgesinnung (wie der Webers Geist) noch als auf die Kritik eingehende Rechtfertigungsordnung (wie die drei Erscheinungen des ‚*neuen*‘ Geistes) darstellen lässt. Er trägt vielmehr den Charakter einer Ideologie im klassischen Sinn: Es geht ihm ausschließlich darum, die auf den Finanzmärkten sich vollziehende Akkumulation des fiktiven Kapitals vor Kritik abzuschirmen und stattdessen die Kritiker von der Richtigkeit einer neoliberalen Reformpolitik zu überzeugen. Ob damit die Stabilität des Kapitalismus nachhaltig gefährdet ist, ist eine Frage für die es sich lohnt, differenzierungstheoretische Ansätze heranzuziehen.

Das erklärte Ziel dieser Arbeit war es, den Theorieansatz des ‚neuen Geistes des Kapitalismus‘ so zu erweitern, dass er für die Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als Ganzes genutzt werden kann und auch Entwicklungen außerhalb der Produktionssphäre berücksichtigt. Letztlich bleibt es dem Leser überlassen, ob er die Grundannahme Boltanskis und Chiapellos teilt, wonach es wertrationale Momente des Wirtschaftens gibt, die nicht originär im Wirtschaftssystem zu finden sind und die sich im Geist des Kapitalismus vergegenständlichen. Sofern dies der Fall ist, offenbaren sich die inhaltlichen Stärken einer Studie, deren zentrales Anliegen es ist, die Stabilität eines sich in steter Veränderung befindlichen Kapitalismus zu erklären. Als wesentlicher Triebkraft der kapitalistischen Dynamik konzentrieren sich Boltanski und Chiapello schließlich auf das Wechselspiel von Kritik und Rechtfertigung, welches sich in Veränderungen des kapitalistischen Geistes und der ökonomischen Struktur niederschlägt. Dabei gehen sie vorwiegend deskriptiv vor: Sie bilden Kategorien, zeigen unterschiedliche Wege der Veränderung auf und beschreiben damit historische Entwicklungen in der Arbeitswelt, ohne sich dabei einem Trend zu verschreiben und zukünftige Entwicklungen prognostizieren zu wollen. Besonders in der Offenheit gegenüber sich wandelnder Akteurskonstellationen und gegenüber den thematisierten Sachverhalten liegt die Stärke ihres Veränderungsmodells.

Hingegen irren sich die Autoren wenn sie meinen, dass sich die Dynamik des Kapitalismus im Zusammenspiel von Kritik und Rechtfertigung und unter der Vermittlung des kapitalistischen Geistes erschöpft und sich die Legitimation des Kapitalismus als Wirtschaftssystems allein über die Mobilisation der Arbeitskraft bewerkstelligen lässt. Ihre Fixierung auf die Arbeitswelt allein versetzt die Autoren in die ungünstige Lage, von den weitreichenden Veränderungen in der institutionellen Konfiguration des Kapitalismus nichts mitzubekommen. Dass die kapitalistische Struktur mehr beinhaltet als die Arbeitsorganisation in den Betrieben und es ebenso Entwicklungen gibt, die auf den ökonomischen Märkten vonstatten gehen, dürfte jedem an der Wirtschaft interessierten Leser klar sein. Leider verfallen die Autoren einem Denkmuster, welches seit dem 19. Jahrhundert die Analyse des Kapitalismus durchzieht: Während sich Ökonomen der neoklassischen Schule auf die Analyse der Märkte konzentrieren und weitestgehend blind für die Beschaffenheit und Wandlungen der Arbeitsorganisation sind, entwickeln Wissenschaftler vorwiegend marxistischer Provenienz Erklärungen auf der Grundlage der in der Produktion stattfindenden Wertschöpfung. Beide Perspektiven sind nicht falsch, aber womöglich ungeeignet für Aussagen, die das kapitalistische System als Ganzes

betreffen. Statt mit der Einäugigkeit der einen oder anderen Perspektive, lohnt es sich mit beiden Augen auf die kapitalistische Welt zu blicken und so die Dynamiken und ihre Ursachen zu erkennen.

Es ist merkwürdig, dass Boltanski und Chiapello das Potential ihrer Arbeit nicht zu nutzen wissen: Für ihre Kategorienbildung greifen sie auf Arbeiten des Ökonomen Albert O. Hirschman zurück und beziehen ‚Abwanderung‘ und ‚Widerspruch‘ auf die Arbeitsorganisation. Hirschman seinerseits bezog diese Kategorien aber auf Konsummärkte (!) und zeigt damit die Nützlichkeit dieses Instruments für die Analyse jeglicher kompetitiver Märkte. Man kann sagen, dass der Schlüssel für eine groß angelegte Analyse des Kapitalismus hinsichtlich der Beantwortung ihrer Frage nach seinen legitimen Grundlagen vor ihren Füßen lag. Vermutlich ist es ihres ohnehin schon umfangreichen Unterfangens, die Entwicklungen innerhalb der Arbeitswelt nachzuzeichnen, zu verdanken, dass diese Chance nicht genutzt wurde. Die vorliegende Arbeit konnte davon profitieren und die vielen Kompatibilitäten zwischen Hirschmans Kritik-Kategorien und dem Veränderungsmodell von Boltanski und Chiapello für eine Erweiterung nutzbar machen. Dabei wurde auf die Feststellung Wert gelegt, dass Menschen in unterschiedlichen Rollen in das Wirtschaftssystem eingebunden sind und rollenspezifische Interessen (die gelegentlich divergieren können!) vertreten. Sodann können institutionelle Veränderungen ausgemacht werden, die ihren Ursprung nicht in einer Abfolge der Form ‚Kritik – Rechtfertigung – Strukturwandel‘ haben, allerdings ihrerseits für die Kapitalbesitzer Möglichkeitsräume schaffen, die zum Gegenstand der Kritik werden können.

Ein kapitalistisches Produktionsregime, dessen wesentlicher Schauplatz sich von der Produktionssphäre auf die Finanzmärkte verlagert hat, ist nur mit einem integrativen Blick nachzukommen. In dieser Arbeit wurde beschrieben, wie politische Reformen zu einer neuen institutionellen Konfiguration geführt haben, die sich durch den Gewinn an ökonomischen Einfluss für institutionelle Investoren auszeichnet und vermittels des ‚Shareholder Values‘ auf die Produktion zurückwirken kann. Jedoch hängt dieser Einfluss von der Mobilisationsfähigkeit privaten Kapitals ab, weshalb ein Geist des Finanzmarkt-Kapitalismus die privaten Kleinanleger adressiert. Die Eigenheit des deregulierten Finanzmarktes, durch ‚Erwartungs-Erwartungen‘ spekulative Blasen heranzubilden, lässt diese Einwerbung neuer Vermögen zu einem Imperativ der Krisenvermeidung machen – wodurch das Barsten der Blase in die Zukunft verschoben wird, um dann mit umso größerer Sprengkraft vonstatten zu gehen. Wie gezeigt wurde, wird

die Forderung nach einer Regulierung nicht durch die von solchen Ereignissen direkt betroffenen privaten Kleinanlegern erhoben. Zwischen der egoistischen Gier nach Renditen (Deutschmann 2008b: 12), dem Unwissen über die Folgen des Anlageverhaltens oder der Fiktion, damit etwas ‚Gutes‘ zu tun, geht die Kritik privater Kleinanleger nicht über die Forderung nach Transparenz und Anlegerschutz hinaus. Auch die bei Finanzdienstleistern beschäftigten Arbeitnehmer formulieren höchstens Kritik, die auf die eigenen Arbeitsbedingungen abzielen – nicht aber zur Veränderung eines Finanzmarktsystems führen, von dem sie selbst profitieren. Stattdessen artikuliert sich eine Forderung nach Regulierung nur als Bürgerkritik im öffentlichen Raum, wird im Wesentlichen von neuen sozialen Bewegungen getragen und eignet sich inzwischen auch als Wahlkampfthema.

Die hier dargebotene Erweiterung stützt sich auf die Stärken der Studie von Boltanski und Chiapello. Dass diese Studie auch reich an kritikwürdigen Momenten ist, soll an dieser Stelle nicht übersehen werden. Ein methodologisch zumindest fragwürdiges Moment ist die wiederkehrende Quasi-Personifizierung des Kapitalismus, wodurch leicht der Eindruck entstehen kann, der Kapitalismus sei ein eigenständiger Akteur mit ganz eigenen Interessen – und sei es auch nur das ‚Interesse‘ der Selbsterhaltung als System.³⁵ In der Auseinandersetzung mit der Studie neigt man dazu, das Vokabular der Autoren zu übernehmen, für die eigene Analyse zu nutzen und dementsprechend selbst von den *Bedürfnissen, Zwängen* und *(Un-) Fähigkeiten* des Kapitalismus und des kapitalistischen Geistes zu sprechen. Wie in dieser Arbeit aber auch aufgezeigt wurde, handelt es sich bei beiden um keine Akteure: Der Kapitalismus ist ein institutionelles Arrangement mit den für ihn typischen Eigenschaften, einen Teil der Bevölkerung durch die Akkumulation des Kapitals besser zu stellen, den weitaus größeren Teil hingegen von dieser Bereicherung auszuschließen. Folglich ist der Kapitalismus ein historisches (dazu noch ein unintendiertes) Produkt menschlichen Handelns und ebenso veränderbar. Besonders in Kapitel III wurde deutlich gemacht, wer die tatsächlich handelnden Akteure hinter dem Begriff Kapitalismus sind.

³⁵ „Dass eine solche Erklärung, sofern sie nicht nur ein Artefakt quasi-personifizierender Redeweisen ist, soziologisch nicht befriedigen kann, liegt auf der Hand. Die Frage nämlich bleibt, wer denn realiter handelt, wenn ‚der Kapitalismus‘ ‚sich transformiert‘: Wie kommt es zur gesellschaftlichen Hegemonie der Finanzmärkte und ihrer Funktionslogik, auf welche Weise setzt sie sich durch? Wie wurden die Bürgerinnen und Bürger von dieser neuen Formation ‚gefangen genommen‘, wie nahm der Finanzmarktkapitalismus die Subjekte ‚für sich ein‘?“ (Lessenich 2009: 227)

In der Kürze dieser Arbeit konnte nur auf ausgewählte – dafür umso bedeutsamere – Momente der kapitalistischen Entwicklung eingegangen werden. Dementsprechend nicht aufgenommen wurden bestimmte Aspekte, die eng mit dem Finanzmarkt-Kapitalismus zusammenhängen, wie etwa das Landnahme-Theorem (Dörre 2009) oder der „Buddenbrooks-Effekt“ (Deutschmann 2008b). Dem Anspruch dieser Arbeit folgend ging es lediglich um eine erste Formulierung einer an der Studie von Boltanski und Chiapello anschließenden Erweiterung, weshalb viele Facetten der Problematik rund um den Finanzmarkt-Kapitalismus ausgeblendet wurden. Möglich wäre es aber, den hier dargebotenen Theorieanbau um diese Facetten zu erweitern und an bestehende Forschungsstränge (Konsumforschung, Zivilgesellschaftsforschung) anzuschließen. Da die Arbeit das Zusammenspiel von Finanzmarkt-Kapitalismus und Kapitalismuskritik nicht ausschöpfend behandeln konnte, wurde auf mögliche Schlussfolgerungen über die weitere Entwicklung des Kapitalismus verzichtet. Es wurde mit dem neu gewonnenen Instrumentarium lediglich aufgezeigt, dass Defizite in der Legitimation des Finanzmarkt-Kapitalismus existieren, die auch auf die Stabilität des Wirtschaftssystems rückwirken *können*. Inwieweit es zu einem Zusammenbruch oder zur Erhaltung des Kapitalismus, als anhaltend krisengeschütteltes System oder in einem abermals neuen Produktionsregime, kommen kann, hängt davon ab, wie die politisch und ökonomisch Verantwortlichen auf die Bürgerkritik reagieren. Orientiert am Postulat der weitestgehenden Freiheit von Werturteilen, allerdings mit dem Anspruch einer kritischen Wissenschaft, sollte die Soziologie beide Augen für die Dynamiken des Kapitalismus offen halten und „nüchtern und ohne Illusionen neben Alternativen *im* auch Alternativen *zum* Kapitalismus ausloten“ (Dörre, 2009: 84).

Anhang

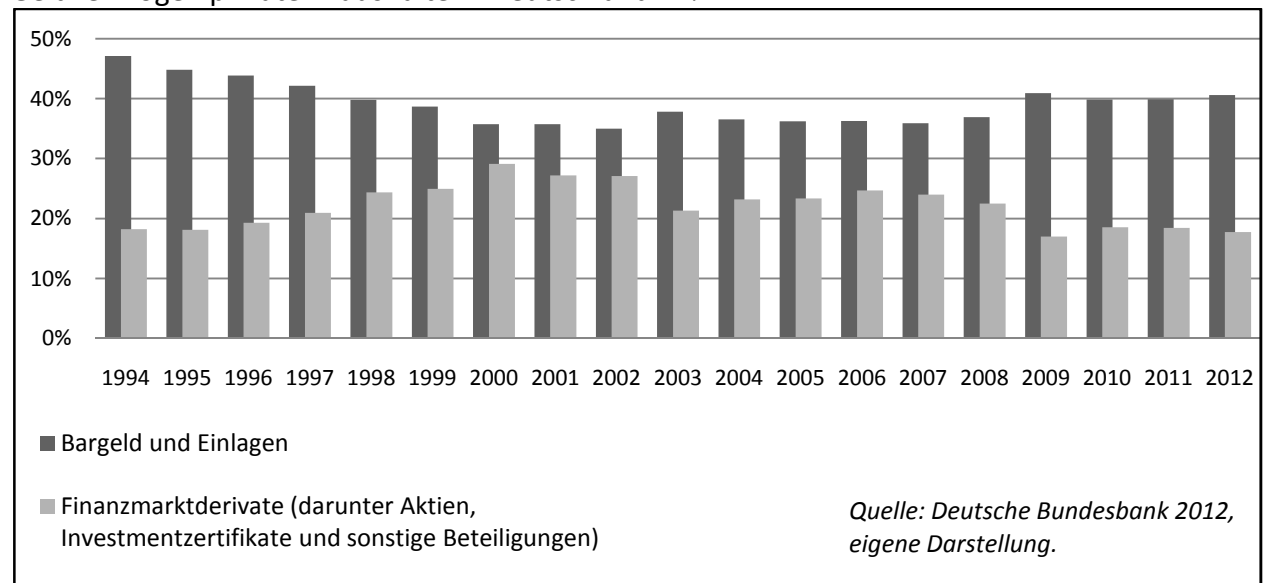
Abbildung 1 Verwaltetes Vermögen institutioneller Investoren
in Mrd. US-Dollar zu konstanten Preisen von 2000

	1980	1990	2000	2005
Deutschland	152	599	1.887	2.271
Frankreich	72	656	1.736	2.310
Vereinigte Staaten	2.190	6.572	18.074	20.908
Vereinigtes Königreich	272	1.117	3.051	3.397

Quelle: OECD: *Statistics on Institutional Investors – Data from 1980 onwards.*

Entnommen aus: Bundeszentrale für politische Bildung 2012.

Abbildung 2 Anteil von Bargeld und Einlagen bzw. Finanzmarktderivaten am
Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland in %



Quelle: Deutsche Bundesbank 2012, eigene Darstellung.

Literatur

- Bachinger, Karl, und Herbert Matis. 2009. *Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Barnett, Clive, Paul Cloke, Nick Clarke, und Alice Malpass. 2011. *Globalizing responsibility. The political rationalities of ethical consumption*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- Beckert, Jens. 2006. Sind Unternehmen sozial verantwortlich? *MPIfG Working Paper 06/4*, 1-13.
- Bell, Daniel. 1975. *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Bell, Daniel. 1976. *Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Berle, Adolf, und Gardiner Means. 1997. *The Modern Corporation and Private Property*. New York: Macmillan.
- Blyth, Mark. 2002. Disembedding Liberalism. Ideas to Break a Bargain. In *Great Transformations. Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century*, Hrsg. Mark Blyth, 126-152. Cambridge: University Press.
- Boltanski, Luc, und Ève Chiapello. 2006. *Der neue Geist des Kapitalismus*, Bd. 38. Brosch. Ausg. Konstanz: UVK.
- Boltanski, Luc, und Laurent Thévenot. 2007. *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bundeszentrale für politische Bildung. 2012. *Institutionelle Investoren*. Online unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52609/institutionelle-investoren>. Zuletzt geprüft am 04.12.2012.
- Campbell, John L. 2011. The US Financial Crisis: Lessons for Theories of Institutional Complementarity. In *Socio-Economic Review*. Vol. 9, no. 2, 211-233.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Crouch, Colin. 2011. *The Strange Non-Death of Neoliberalism*. Cambridge: Polity Press.
- Deutsche Bundesbank. 2012. Makroökonomische Zeitreihen. Online unter http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/makrooekonomische_zeitreihen_node.html. Zuletzt geprüft am 17.12.2012.
- Deutschmann, Christoph. 2005. Finanzmarkt-Kapitalismus und Wachstumskrise. In *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Sonderheft 45/2005, Hrsg. Paul Windolf, 58-84. Wiesbaden: VS Verlag.
- Deutschmann, Christoph. 2008a. „Kapitalismus“ und „Geist des Kapitalismus“. Anmerkungen zum theoretischen Ansatz Boltanski/Chiapellos. In *Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie*, Hrsg. Gabriele Wagner und Philipp Hessinger, 127-143. Wiesbaden: VS Verlag.
- Deutschmann, Christoph. 2008b. Der kollektive "Buddenbrooks-Effekt". Die Finanzmärkte und die Mittelschichten. *MPIfG Working Paper 08/5*.

- DiMaggio, Paul J, und Walter W. Powell. 1983. The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. *American Sociological Review*, 147-169.
- Dörre, Klaus. 2009. Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In *Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte*, Hrsg. Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, 21-86. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fukuyama, Francis. 1992. *The End of History and the Last Man*. London: Hamilton.
- Hall, Peter A., und David Soskice. 2001. *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: University Press.
- Harrison, Lawrence E, und Samuel P. Huntington. 2000. *Culture matters. How values shape human progress*. New York: Basic Books.
- Hellmann, Kai-Uwe. 2009. Konsum, Konsument, Konsumgesellschaft. Die akademische Konsumforschung im Überblick. In *Wirtschaftssoziologie*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft, Bd. 49, Hrsg. Jens Beckert und Christoph Deutschmann, 386-408. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hessinger, Philipp, und Gabriele Wagner. 2008. Max Webers Protestantismus-These und der "neue Geist des Kapitalismus" - Eine deutsch-französische Gegenperspektive. In *Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie*, Hrsg. Gabriele Wagner und Philipp Hessinger, 9-40. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hirschman, Albert O. 1974. *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmen, Organisationen und Staaten*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hiß, Stefanie. 2005. Durch Reden zum Handeln?! Zur Rolle freiwilliger Unternehmensinitiativen bei der Verbreitung von Sozialstandards. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 215-230.
- Hiß, Stefanie. 2006. *Warum übernehmen Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung?* Frankfurt a. M.: Campus.
- Lamla, Jörn. 2006. Politischer Konsum - konsumierte Politik. Kritikmuster und Engagementformen im kulturellen Kapitalismus. In *Politisierter Konsum - konsumierte Politik*, 1. Aufl., Hrsg. Jörn Lamla und Sighard Neckel, 9-40. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lepsius, M. R. 2009. *Interessen, Ideen und Institutionen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lessenich, Stephan. 2009. Künstler- oder Sozialkritik? Zur Problematisierung einer falschen Alternative. In *Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte*, Hrsg. Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, 224-244. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lütz, Susanne. 2008. Finanzmärkte. In *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*, Hrsg. Andrea Maurer, 341-362. Wiesbaden: VS Verlag.
- Marx, Karl. 1962. *Das Kapital. Erster Band*, Bd. 23. 4. Auflage. Berlin: Dietz.
- Meyer, John W, und Brian Rowan. 1977. Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. *American Journal of Sociology*, 340-363.
- Paa, Philipp. 2010 (unveröffentlicht). *Die normative Einbettung des Kapitalismus*. Bachelorarbeit am Institut für Soziologie an der Universität Heidelberg.

- Pohlmann, Markus. 2008. Die neue Kulturtheorie und der "Geist des Kapitalismus" - Max Weber and beyond. In *Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie*, Hrsg. Gabriele Wagner und Philipp Hessinger, 103-126. Wiesbaden: VS Verlag.
- Polanyi, Karl. 1977. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Wien: Europa.
- Rucht, Dieter. 2010. Engagement im Wandel: Politische Partizipation in Deutschland. *WZBrief Zivil-Engagement*, 2-7.
- Schimank, Uwe. 2010. Max Webers Rationalisierungsthese - differenzierungstheoretisch und wirtschaftssoziologisch gelesen. In *Wirtschaftssoziologie nach Max Weber*, 1. Aufl, Hrsg. Andrea Maurer, 226-247. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schluchter, Wolfgang, Hrsg. 1988. *Religion und Lebensführung. Studien zu Max Webers Religions- und Herrschaftssoziologie*, Band 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schluchter, Wolfgang. 1996. *Unversöhnte Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schluchter, Wolfgang. 2005. *Handlung, Ordnung und Kultur. Studien zu einem Forschungsprogramm im Anschluss an Max Weber*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schluchter, Wolfgang. 2009. Der Kapitalismus als eine universalgeschichtliche Erscheinung. Max Webers institutionenbezogene Analyse. In *Der Sinn der Institutionen. Mehr-Ebenen- und Mehr-Seiten-Analyse*, Hrsg. Mateusz Stachura, Agathe Bienfait, Gert Albert und Steffen Sigmund, 209-235. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schuppert, Gunnar F. 2008. *Politische Kultur*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Schwinn, Thomas. 2001. *Differenzierung ohne Gesellschaft. Umstellung eines soziologischen Konzepts*. 1. Aufl. Weilerswist: Velbrück.
- Schwinn, Thomas. 2009. Institutionenanalyse und Makrosoziologie nach Max Weber. In *Der Sinn der Institutionen. Mehr-Ebenen- und Mehr-Seiten-Analyse*, Hrsg. Mateusz Stachura, Agathe Bienfait, Gert Albert und Steffen Sigmund, 43-69. Wiesbaden: VS Verlag.
- Smith, Adam. 1904. *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 5. Auflage. London: Methuen & Co.
- Stehr, Nico. 2007. *Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie*. 1. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Strange, Susan. 1986. *Casino Capitalism*. Oxford: Blackwell.
- Streeck, Wolfgang. 1997. Beneficial Constraints: On the Economic Limits of Rational Voluntarism. In *Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions*, Hrsg. Rogers J. Hollingsworth und Robert Boyer, 197-219. Cambridge: University Press.
- Streeck, Wolfgang. 2007. Wirtschaft und Moral: Facetten eines unvermeidlichen Themas. *MPIfG Working Paper 07/6*, 11-21.
- Wagner, Gabriele. 2008. Vom Verstummen der Sozialkritik. In *Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie*, Hrsg. Gabriele Wagner und Philipp Hessinger, 311-338. Wiesbaden: VS Verlag.

- Weber, Max. 1972. *Die protestantische Ethik II. Kritiken und Antikritiken*. 2, durchgesehene und erweiterte Auflage. Hamburg: Siebenstein.
- Weber, Max. 1988a. *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, Max. 1988b. *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. 7. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Windolf, Paul. 2005. Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? In *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Sonderheft 45/2005, Hrsg. Paul Windolf, 20-57. Wiesbaden: VS Verlag.

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit knüpft an den Theorieansatz von Boltanskis und Chiapellos Studie „Der neue Geist des Kapitalismus“ (2006) an und erweitert ihr Theoriekonzept, um es für die Analyse des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus fruchtbar zu machen. Ausgehend von einer an Weber orientierten Kapitalismusanalyse müssen den Autoren einige Nachlässigkeiten attestiert werden, die ihrem Erklärungsanspruch, wonach der kapitalistische Geist als Rechtfertigungsordnung zur Stabilität des Kapitalismus beiträgt, entgegenstehen. Da sie ihren analytischen Fokus allein auf die Arbeitswelt legen, nehmen sie nicht wahr, dass sich die institutionelle Konfiguration des Kapitalismus entscheidend verändert hat. Die vorliegende Arbeit erweitert den Theorieansatz, indem sie darlegt, auf welchen Wegen sich Kapitalismuskritik äußern kann und worin die Herausforderungen eines wesentlich über Finanzmärkte gesteuerten Kapitalismus liegen. Schließlich wird die zentrale Frage erörtert, ob es einen Geist gibt, der es schafft, den Finanzmarkt-Kapitalismus zu stabilisieren und auf eine legitimierende Basis zu stellen. Eine erste Annäherung zeigt die Schwierigkeiten eines Geistes des Finanzmarkt-Kapitalismus in der Vermittlung zwischen Regulierungsforderungen und dem Akkumulationsbedürfnis des fiktiven Kapitals.

Danksagung

Für die kritische Lektüre meiner Entwürfe und für ihre konstruktiven Hinweise bin ich Maren Albrecht, Michael Anger und Fiona Ellerbrock zu Dank verpflichtet. Darüber hinaus möchte ich mich bei Philipp Paa und Christian Behrendt für das zur Verfügung stellen von Literatur bedanken.